

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
 Einzelhefte: 3 Pf. (postfrei).
 Einjahresabonnement: 11,00 Mark.
 Ausland: 1,20 Mark pro Monat.
 Postamtliche Zustellung.
 Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigen-
 stelle über deren Raum 10 Wz. für
 politische und gewerkschaftliche Anzeigen
 und Anzeigen für den 30. Wz.
 „Kleine Anzeigen“, das ist: 20 Wz.
 (täglich 2 Zeilenbreite
 Wort 10 Wz. (täglich 2 Zeilenbreite
 Wort) jedes weitere Wort 10 Wz.
 Einmalige Anzeigen und Einmalige An-
 zeigen das erste Wort 10 Wz., jedes
 weitere Wort 5 Wz. (Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Februar 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Jubiläumsbyzantiner.

Ein Jubiläumsbrauch sondergleichen hat die herrschenden Klassen Deutschlands ergriffen und treibt sie wie im Weitschritt im Kreise herum, und allerhand Zeichen und Wunder ereignen sich: Fortschrittsgrößen, die von Rechts in die Synagoge gehören, wallfahren Seite an Seite mit Hof-, Straß- und Polizeijuristen in die protestantische Kirche, und da umgekehrt der kaiserliche Kuchellieferant von Cadix vor kurzem eine Synagoge besucht hat, so ist wenigstens die interkonfessionelle Grundlage für eine konservativ-liberale Paarung gegeben. Als bester Beweis ein solches Bündnis zwischen der harten und der weichen Reaktion schon, schimpfen konservative und liberale Blätter von der „Kreuzzeitung“ bis zur „Vossischen Zeitung“ einträchtiglich über die Sozialdemokratie, weil sie sich den Kopf frei hält von den billigen Erfassen dieses Jubiläumsbrauchs. Weil wir nicht mit wallfahren, weil wir nicht mit Spalter bilden, weil wir nicht mit Hurra brüllen wollen, deshalb sind wir wieder einmal „entlarvt“ als „vaterlandslose Gesellen“, und „Kreuzzeitung“ und „Vossische Zeitung“ bestätigen in einem Atem Herrn Cassel, daß er uns die „Nase“ „vom Gesicht gerissen“ hat.

Nun ist dieses Treiben und dieses Gerede so lächerlich, daß es sich kaum lohnte, es mit einigen wenigen Zeilen anzutun, aber das ist der Anfang erst des sozusagen patriotischen Spuks, der das Jahr 1913 nicht nur, sondern ebenso gut 1914 und 1915 anfüllen wird. Jetzt rasseln schon die Phrasen erheuchelter Begeisterung und jetzt donnert man schon auf dem Blech der Entrüstung herum, und noch hat sich nicht einmal der „Aufruf an mein Volk“ zum hundertsten Male gelehrt. Was werden wir erst alles zu hören bekommen, wenn — hurra! — die Schlacht bei Leipzig geschlagen wird, wenn — hurra! hurra! — Blücher bei Caub den Rhein überschreitet und wenn — hurra! hurra! hurra! — die ersten Preußen in Paris einmarschieren. Eine ganze Schlammsut von Geschichtslegenden wird sich in den kommenden Jahren über die deutschen Gauen ergießen. Um ihr einen Damm entgegenzubauen, der das gesunde Empfinden der deutschen Arbeiterklasse vor dem Verschlammtwerden schützt, ist es die Aufgabe der sozialdemokratischen Presse, die Franzosenzeit in Deutschland und ihr Ende Anno 1813, 1814 und 1815 im Spiegel der historischen Wahrheit zu zeigen, ohne etwas zu verschweigen, ohne etwas hinzuzufügen. Auch der „Vorwärts“ wird, beginnend am Tage des Breslauer Aufstaus, die Ereignisse jener Jahre mit einer Reihe geschichtlicher Artikel begleiten. Für heute nur einiges über das Recht, die Pflicht und die Sucht, der Freiheitskriege feiernd zu gedenken.

Wenn jemand mit ungetriebener Freude an jene Zeit zurückdenken kann, so ist es das preussische Junkertum. Als die Bataillone der jungen französischen Republik rechts des Rheines den ersten Freiheitsbaum aufrichteten, als dem Siegesflug der napoleonischen Adler überall die bürgerliche Gleichberechtigung folgte, als vollends bei Jena und Auerstedt das Junkerpreußen, zermodert und zerfaul wie es war, auf einen Haufen Leinwand zusammenbrach, da schien auch der preussische Feudalstaat das Schicksal der napoleonischen Soldaten zu haben. Es ging dem auch eine schwarze Ahnung durch ihre Reihen, als die Stein-Hardenbergsche Reformgesetzgebung den allerprimitivsten feudalen Unrat aus Preußen herauszufegen begann — das war die leidhaftige Revolution für die Junker, und gegen die Stein und Genossen schnoben die Marwitz und Konforten Gift und Galle: der Reformator Stein schien ihnen eine schlimmere Gottesgeißel als der Bedrücker Napoleon. Wenn daher auch die Junker 1813 den Degen von der Wand nahmen und sich von der Belle der allgemeinen Volksbegeisterung gegen den „Erbfeind“ tragen ließen, so schlugen sie ihre Befreiungsschlachten zum mindesten ebenso sehr, um sich von der „revolutionären“ Reformgesetzgebung als von der französischen Fremdherrschaft zu befreien. Ihr Sehnen ging in Erfüllung. Als kein napoleonischer Soldat mehr auf preussischem Boden stand, da richteten sie sich sofort wieder beglücklich als die Herren im Hause ein und der „unerhörten Revolution“ der Stein und Genossen wurde mit der wirklich unerhörten Reaktion der Schmalz und Konforten ein kräftiges Paroli geboten. Das Jahr 1806 hatte die Junker in den Graben gestürzt, das Jahr 1813 hob sie wieder in den Sattel. Wenn sie daher in unseren Tagen hohnlachend die Gläser heben im Andenken an jene Zeit, da das preussische Volk für sie die Stakhanow aus dem Schlachtenfeuer von Leipzig und Waterloo holte, so ist fürwahr nichts verständlicher.

Auch daß die bürgerliche Klasse der Jahre 1813 bis 1815 gedenkt, ist zu verstehen, denn der Opfermut der bürgerlichen Klasse konnte sich damals sehen lassen, und zum erstenmal kämpfte sie, in der Idee wenigstens, auf jenen Schlachtfeldern für die eigene Freiheit und für eine Verfassung, die ein Königswort ihr verheißt. Doch die Reaktionszeit noch so viel Äsche darauf schütten, an den Lagerfeuern von 1813, an denen sich die akademische Jugend, eingereicht in die freiwilligen Jäger, aus Schillers Dramen Begeisterung in die Seele trank, ist zum erstenmal so etwas wie ein bürgerliches Massenbewußtsein in Deutschland hell aufgestanden. Freilich lassen ihre Nachfahren im Jahre 1913 von diesem schlaffenbewußtsein wenig spüren. Die Cassel o tutti quanti haben sich nie mit so geschäftiger Hast in den Jubiläumsbrauch ge-

stürzt, wenn es das Andenken an bürgerliche Revolutionstage zu feiern galt, und doch scheint uns der 18. März 1848 des 18. Oktober 1813 wert. So liegt die Vermutung nicht fern, daß all dieser Jubiläumsfeier in den fortschrittlichen Kreisen nur entsacht wird, weil zufällig in diesem Jahre der Tag zum fünfundsingzigsten Male wiederkehrt, der Wilhelm II. zum Empfänger der preussischen Zivilliste gemacht hat — Jubiläumsbyzantiner sind es, die während die Häufchen gegen die Sozialdemokratie ballen, und das Gedächtnis an die immerhin große Zeit von 1813 dient ihnen nur als Staffage zum Regierungsjubiläum des Kaisers. Wäre dem nicht so, dann müßte jaust all das, was sich als Vertreter des — wie sagt man doch gleich? — des aufrechten deutschen Bürgertums fühlt, mit aller Entschiedenheit einen Scheidestrich ziehen zwischen den Nachkommen derer, die für eine erträumte Freiheit Gut und Blut eingesetzt, und den Epigonen derer, die diese Freiheit in einen Kerker verwandelt haben. Mit brennendem Jora und brennender Scham haben die besten Vorkämpfer der deutschen Demokratie immer der Freiheitskriege gedacht, weil alles andere danach kam, nur nicht die Freiheit. Und mit Ludwig Pfau, dem unersagten Sänger der Demokratie, haben diese Besten stets aus dem Herzen der Kämpfer von 1813 heraus schmerzhaft empfunden:

Wofür wir unser Blut gelassen
 in der großen Freiheitschlacht,
 ein Spottlied auf den Gassen
 haben sie daraus gemacht.

Aber Jubiläumsfeiern mit den Junkern zusammen zu begehen, das ist diesen Verfechtern eines wirklichen Liberalismus nie beigelommen. In Feierstimmung waren sie ganz und gar nicht. Sehr im Gegenteil! In der preussischen Konfliktperiode, eine kurze Spanne vor der fünfzigsten Wiederkehr der Freiheitskriege, sehnte sich einer dieser Demokraten nicht nach einem zweiten Leipzig, nicht nach einem zweiten Waterloo, sondern nach einem zweiten Jena und einem zweiten Auerstedt, denn das schien ihm die wahren Befreiungsschlachten gewesen zu sein. Ludwig Walewode war es, der in seinen „Demokratischen Studien“ 1861 schrieb: Es ist traurig, es sagen zu müssen. Es gibt nicht wenige brave Patrioten, die es mit blutendem Herzen aussprechen, ein zweiter Tag von Jena tue Preußen not.

Was würde die fortschrittliche Kassel- und Casselbande für einen Lärm schlagen, wenn ein nachgeborener Walewode heute derart seine Meinung formulierte.

Freilich hat die Sozialdemokratie für all diesen pseudo-patriotischen Lärm nur ein verächtliches Achselzucken übrig. Auch sie gedenkt der Toten von 1813 und hat historischen Sinn genug, um die Bedeutung jener Zeit zu erkennen. Aber sie lehnt es ab, Freiheitskriege mit schäumenden Vokalen zu feiern, die schnurstracks zur Unfreiheit führten. Was um Großbeeren und Großgörschen im märkischen Sand vercharrt liegt, was in der Ebene von Leipzig modert, diese „teuren Toten“ Körners rufen uns Freilichtgrafs alte Mahnung der Toten an die Lebenden zu:

O steht gerüstet, seid bereit!
 O schafft, daß die Erde,
 Darin wir ruhen stark und starr,
 ganz eine freie werde!

Diese Mahnung wollen wir beherzigen und die Tat soll unsere Jubiläumsfeier sein!

Die Balkankrise.

Das Wiener „Freundenblatt“, das Organ des österreichischen Auswärtigen Amtes, schreibt, daß die letzten Tage anscheinend eine gewisse Erleichterung der internationalen Situation gebracht haben, wobei es die jüngsten Äußerungen des russischen und die des österreichischen Ministerpräsidenten hervorhebt. Das Blatt fährt dann fort: Sie ergänzen und bekräftigen die Stimmung, die hervorgerufen wurde durch die unentwegten Bemühungen der Großmächte um die Erhaltung des europäischen Friedens und durch die unermüdete Tätigkeit der Staatsmänner der Mächte, die Gegenläge auszugleichen und alle Positionen zu eliminieren, soweit das überhaupt mit dem Schatz der wichtigsten Interessen vereinbar ist. Die beiden Ministerpräsidenten konnten freilich über die konkreten Streitfragen selbst noch keinerlei bestimmte Erklärungen abgeben und mußten sich darauf beschränken, der Hoffnung und dem Wunsch nach einer friedlichen Lösung aller strittigen Fragen Ausdruck zu geben.

Das Blatt konstatiert nun, daß sowohl in der Lage zwischen den Kriegführenden als auch in der bulgarisch-rumänischen Streitfrage ein Ausgleich der Gegensätze bisher leider nicht erfolgt ist und fährt sodann fort: Zu diesen wichtigen Problemen, die bisher noch ungelöst sind, tritt noch die albanische Frage. Eine Einigung über die Abgrenzung des selbständigen albanischen Staates ist noch keineswegs erzielt worden. Vielmehr zeigen sich gerade bei dieser Frage noch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Die Ueberbrückung dieser Gegensätze begegnet schon aus dem Grunde großen Schwierigkeiten, weil die österreichisch-ungarische Monarchie sowohl in dieser als in den anderen mit der Lösung des Balkanproblems im Zusammenhang stehenden Fragen ohnehin schon so viele Beweise ihres Entgegenkommens geliefert hat. Man muß sich diese Tatsachen klar und nüchtern vor Augen halten, um ein wirklichkeitsgetreues Bild der gegenwärtigen internationalen Lage zu gewinnen. Man wird dabei den-

Willen zum Frieden, wie er in den Äußerungen des russischen und des österreichischen Ministerpräsidenten zutage tritt, nicht übersehen dürfen. Er ist geeignet, eine beruhigende Wirkung zu üben und läßt die Hoffnung aufkommen, daß die jetzige Krise ohne weitere ernste Komplikationen an uns vorüberziehen wird.

Das klingt zur Abwechslung mal etwas pessimistischer als die letzten Äußerungen der Wiener Diplomatie. Aber besonders tragisch braucht man dieses „Schwanken zwischen „himmelhoch jauchzend“ und „zu Tode betäubt“ nicht zu nehmen. Denn daß ein Krieg wegen Dsawowa und Dibra und wie sonst die interessanten Resten, über die jetzt die Diplomaten brüten, nicht geführt werden kann, wird man wohl jetzt auch in Wien begriffen haben. Deshalb verdient auch eine andere Meldung aus Wien Beachtung, die, wenn auch in verlausulierter Form, von der Möglichkeit einer beginnenden Mobilisierung spricht.

Die militärischen Maßnahmen Oesterreichs.

Wien, 26. Februar. Von maßgebender politischer Seite wird zu den verschiedenen Zeitungsmeldungen bemerkt, daß eine Verständigung Oesterreich-Ungarns mit Rußland über die beiderseitige Aufhebung beziehungsweise Einschränkung der besonderen militärischen Vorkehrungen an der galizischen Grenze an sich nicht ausgeschlossen ist, daß derzeit aber darüber noch nichts feststeht.

Türkische Kriegsmüdigkeit.

Konstantinopel, 26. Februar. In Stambuler Moscheen und einigen mohammedanischen Theologenschulen wurden Auftrufe gefunden, in denen das jetzige Kabinett, sowie die Fortsetzung des Krieges getadelt und die Politik des früheren Kabinetts als richtig bezeichnet wird. Der Aufruf betont, daß, da die europäische Türkei nicht mehr zu halten sei, es unnützlich wäre, Söhne Anatoliens dafür zu opfern. Die Aufrufe sollen auch unter der Arme verteilt worden sein. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

„Tanin“ sucht in einem Leitartikel, der anscheinend den Standpunkt des jungtürkischen Komitees wiedergibt, in ausführlicher Weise diese Darlegungen zu widerlegen. Wir haben, erklärt das Blatt, den Krieg nicht nur für Adrianopel, sondern auch für die nationale Ehre wieder aufgenommen. Selbst wenn Adrianopel fällt, werden wir die Waffen nicht niederlegen; die Bulgaren werden die Hauptstadt nicht bedrohen können. „Tanin“ hält eine Intervention und einen Druck der Mächte für unmöglich.

Trotz dieser Tendenzen glaubt man in unterrichteten diplomatischen Kreisen, daß der Gedanke der Notwendigkeit des Friedens in leitenden Kreisen täglich an Boden gewinnt.

Der offizielle Kriegsbericht befragt, daß wegen schlechten Wetters gestern die kriegerischen Operationen geruht hätten. Der Gesundheitszustand der Truppen ist befriedigend.

Jugend und Politik.

Immer mehr erregt der Kampf um die Jugend das lebhafteste Interesse der Öffentlichkeit, immer mehr wird man sich in den verschiedensten Lagern über die Notwendigkeit des Einflusses auf das heranwachsende Geschlecht klar, und immer größere und gewaltigere Mittel werden für diesen Kampf aufgewandt; ein Kampf, der wie viele andere Tatsachen die zunehmende Steigerung der Massen-gegenläge beweist. Die gesamten bürgerlichen Jugendorganisationen, mögen sie sich konfessionelle, nationale Jugendvereine oder japsimie nennen, so sehr sie auch noch auf den religiösen, nationalen oder sportlichen Bestrebungen verbleiben, haben letzten Endes den Zweck, dem jüngsten Sproß der modernen Arbeiterbewegung, der proletarischen Jugendbewegung und damit dem vorwärtsstrebenden Proletariat, das Wasser abzugraben. Was nützt aber den herrschenden Klassen alle ideologische Beeinflussung der Jugend, wenn diese doch später durch die harten Tatsachen und bitteren Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Lebens in unsere Reihen geführt und dann nur um so feiler und begeisterter in die Kampftruppe gestellt wird. Indes wäre es Torheit von uns zu verkennen, daß die bürgerliche Jugendbewegung unferer fortschreitenden Entwicklung ein Hindernis ist, mit dem wir ernstlich rechnen müssen. Deshalb haben wir alle Veranlassung, die Jugendbestrebungen unserer Gegner aufmerksam zu beobachten.

Sehr interessant und beachtenswert ist ein anonym „Germanicus“ gezeichnet Artikel in der Berliner Zeitschrift „Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland“, in dem unter Zustimmung der Redaktion nicht mehr und nicht weniger als eine offene politische Erziehung der Zentrumsjugend gefordert wird, obwohl bisher nicht nur die gesamte bürgerliche wissenschaftliche Pädagogik, sondern auch die führenden Zentrumskreise einhellig der Meinung waren, daß Jugend und Politik nicht miteinander zu tun hätten und man sich in jenen Kreisen nicht genug über die angeblich politische Tätigkeit in der proletarischen Jugendbewegung entäußern konnte. In dem Artikel wird die Gefährlichkeit der liberalen und sozialistischen Jugendbestrebungen für das Zentrum geschildert und im Anschluß daran mit der alten Idee der Erziehungsschule, daß man die Jugend mit der Politik verschonen solle, ganz energisch entgeräumt. Die marxistischen Stellen des Artikels geben wir im folgenden wörtlich wieder:

„Die Jugend hat mit der Politik nichts zu schaffen. Andere denken anders. Während man sich auf unserer Seite um den politischen Nachwuchs im allgemeinen herzlich wenig kümmert, ist die Sozialdemokratie rastlos an der Arbeit, sich das heran-

Wachsende Geschlecht zu sichern. Wir stehen erst am Anfang der sozialdemokratischen Jugendbewegung, aber soviel ist heute schon gewirkt: wo mit solchem Weitzbild und solcher Energie, mit so planvoller Zielstrebigkeit gearbeitet wird, da kann der Erfolg nicht fehlen. Manche können sich nicht genug über die sozialistischen Jugendbewegungen ereifern mit ihrer gewissenlosen Verheerung und Vergiftung junger Seelen. Köstler Bürgerjungen, der besser late, vom Feinde zu lernen. Auf unserer Seite besteht hier ein Mangel, der leicht verhängnisvoll werden kann und nachdrücklich bekämpft werden muß. Der überlieferte Spruch, Jugend und Politik hätten nichts miteinander zu schaffen, darf ruhig, ja muß zum alten Eisen geworfen werden. Er war eigentlich nie ganz richtig. ... Und so sprechen wir es unbedenklich aus, unsere Jugend muß politisch erzogen werden, ja, als Zentrumsjugend mit allem Eifer und aller Sorgfalt politisch erzogen werden. Diese Forderung scheint uns so zeitgemäß und von solcher Tragweite und Wichtigkeit, daß sie nicht laut genug erhoben und in allen überzeugten Zentrumskreisen nicht eindringlich genug propagiert werden kann. ... Unsere parteipolitische Zukunft hängt wesentlich von der stillen Entwicklung unserer Nachwuchs ab. Hier sind wir ganz auf die eigene Arbeit angewiesen.

Der Verfasser verlangt dann politische Elternabende und fordert, daß auch die Mädchen politisch erzogen werden. Der Mütter könne man für die Erziehung der politischen Jugend auch nicht länger entbehren.

Der Artikelschreiber ist sich bewußt, daß seine Ausführungen „außen und innerhalb der Zentrumspartei“ auf vielen Widerstand stoßen werden. Das Zentrum wird offiziell jeden Zusammenhang mit dem Artikel bestreiten, schon allein wegen dem berüchtigten Jugendparagrafen des Reichsverfassungsgesetzes, der Jugendlichen unter 18 Jahren den Eintritt in politische Vereine und den Besuch politischer Versammlungen verbietet, vor allem aber verurteilt das Zentrum nach außen hin jede politische Erziehung der Jugend, um sie desto ungehöriger in seinen konfessionellen Jugendvereinen praktisch betätigen zu können.

Stets noch ist die Erziehung und Bildung der Jugend ein Mittel der herrschenden Klassen gewesen, ihre Macht aufrecht zu erhalten. Was ist heute die Erziehung in der Volksschule, in der Fortbildungsschule, in den bürgerlichen Jugendvereinen und bei dem Militär denn anders, als eine Beeinflussung der heranwachsenden Generation im Geiste der bestehenden Klassen. Diese Erziehung muß notwendig mehr oder weniger politisch sein, wenn auch einige Realverhältnisse Erzieher glauben Jugendarbeit nur um der Jugend willen oder aus Liebe zur Jugend zu treiben. Man kann mit Sicherheit behaupten, daß es gar keine tendenzlose Erziehung gibt.

Der politischen Erziehung der Jugend durch die herrschenden Klassen gegenüber muß natürlich die Heranbildung des Nachwuchses der Arbeiterklasse durch diese auch mehr oder weniger politisch sein, ob man dies nun begründen mag oder nicht. Anderes Erachtens liegt aber gar kein Grund vor, eine derartige politische Erziehung der Jugend zu bedauern, es kommt nur darauf an, wie man den Begriff: politische Erziehung auffaßt. Wir verstehen darunter nur eine Einführung der Jugend in die Wissenschaft der Geschichte und der Volkswirtschaft, in das Wesen der Verfassung und Gesetzgebung des Staates usw., die Erweckung des Pflichtbewußtseins der Jugend den mitschöpfenden Kameraden gegenüber, kurz: eine Erziehung der Jugend in unserer Weltanschauung im weitesten Sinne des Wortes.

Aus diesen Gründen kann man auch unserer Meinung nach grundsätzlich gegen die bisher zitierten Ausführungen des Herrn „Germanicus“ nichts einwenden, wenigstens sie aus Zentrumswunden äußerst eigenartig klingen. Worauf es indes ankommt, das ist, daß die historisch-politischen Blätter eine direkt parteipolitische Erziehung der Jugend im engsten Sinne des Wortes verlangen. Ganz deutlich geht das aus dem Artikel hervor.

Die Gegner bemängeln und die feste Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken Zentrumspartei für die Sicherheit und das Gedeihen unserer religiösen, patriotischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen in der Jugend zu schaffen, das sind die Kernpunkte unseres politischen Erziehungsprogramms. ... Von der größten Notwendigkeit ist sodann, gelegentlich auf die stillschweigende Bekämpfung des Zentrums in der gegnerischen Presse und Agitation hinzuweisen. Von da ergibt sich dann die Charakteristik der Sozialdemokratie und des Liberalismus von selbst. ... Unsere gebildete Jugend muß in das Wesen des Liberalismus hineingeleuchtet werden, damit sie ihn bald als die Partei der doppelten Moral, der nationalen Feindschaft und als Schrittmacher des Umsturzes erkennt.

Gegen eine solche parteipolitische Erziehung der Jugendlichen muß sich allerdings jeder entscheidende Mensch wenden. Aber das möchte ich, der Verfasser hält nur eine parteipolitische Zentrumserziehung für erlaubt, indem er schreibt:

Man wird sich über die pädagogische Ungeheuerlichkeit entsetzen, daß die Jugend in den Jahren ihrer Anstalt für politische Zwecke abgerichtet werden soll. Allerdings wenn wir eine politische Erziehung zum Liberalismus und zur Sozialdemokratie befürworten, oder auch nur als erlaubt hinstellen, das wäre in der Tat ungeheuerlich. Die Zentrumspolitik ist eine Politik eigener Art. ... Zu solch stilllichem Streben und Tun wird man auch wohl die Jugend erziehen dürfen.

Eine derartig jesuitische Kasuistik bringt zweifellos nur ein gewiegter Zentrumsmann fertig. Das Zentrum darf die Jugend

parteipolitisch erziehen, die anderen Parteien dagegen nicht. Gegen dieses Erziehungsideal des Liberalismus anerkennt der Sozialismus grundsätzlich und praktisch das Erziehungsideal der deutschen klassischen Philosophie des Bürgertums, das die heute gesättigte Bourgeoisie allerdings längst zum alten Eisen geworfen hat, nämlich das oberste Moralprinzip Kant's, das zugleich den höchsten Wert gläubigsten, modernen und zukünftigen Menschens ausdrückt, wenn es kategorisch verlangt, daß der Mensch nie nur als Mittel, sondern vor allem als Selbstzweck gebraucht werden soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar 1913.

Submissionswesen. — Petitionen.

Aus dem Reichstage. Die Regierung will, wie es scheint, von der Initiative des Reichstags rein gar nichts wissen. Und darum boykottiert sie grundsätzlich die sogenannten „Schwerinstage“, an denen der Reichstag sich den seltenen Luxus erlaubt, seinem eigenen Latendrang die Fühgel schießen zu lassen, anstatt wie sonst gehoramt der Markdronie der Regierung zu folgen. Konnte man vor vierzehn Tagen bei der Beratung des sozialdemokratischen Initiativantrages über das Wahlrecht noch glauben, die Regierung scheue nur das heiße Eisen der Wahlrechtsfrage und bleibe aus diesem Grunde fern; durfte man vor einer Woche bei der jesuitischen Entscheidungsfrage des Zentrums für das Fernbleiben der Regierung eine ähnliche vorsichtige Taktik annehmen — was in aller Welt konnte die Regierung des Herrn Bethmann Hollweg hindern, der harmlosen nationalliberalen Initiative zur reichsgerichtlichen Regelung des Submissionswesens die Rederenz zu erweisen?

Gegenüber dem vorigen Schwerinstage verlief der gestrige Mittwoch recht stimmunglos und matt. Gewiß ist die Regelung des Submissionswesens eine Angelegenheit von erheblicher Bedeutung. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Hüttmann, wies aus der sachkundigen Erfahrung des langjährigen Gewerkschaftsbeamten und Stadtverordneten auf die zahlreichen Mißstände bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten hin; auch die bürgerlichen Redner stützten verschiedene Gründe für die Notwendigkeit des gesetzlichen Eingreifens bei. Freilich kam es ihnen in erster Linie auf den Schutz der Handwerker an, während die Sozialdemokraten neben den Handwerkern vor allen Dingen auch die Arbeiter schützen wollen. Für die Beilegung der Streiklausel trat nur sie allein ein, selbst der fortschrittliche Handwerksmeister Vartjat will die Streiklausel retten.

Aber der Beratung des nationalliberalen Antrages fehlte doch die unmittelbare politische Bedeutung und daher das allgemeine Interesse. Sie war deshalb so früh zu Ende, daß das Haus noch einige Petitionen erledigen konnte.

Eine Petition, die über die Schädigungen der Bündholzindustrie durch die Bündholzsteuer klagt, fand in dem Zentrumsgewählten Sperlich einen Anwalt. Der Herr mußte sich von freisinniger Seite und besonders von unserem Genossen Hazenzahl sehr anfangs daran erinnern lassen, daß die jetzigen Schädigungen der Bündholzindustrie und der darin beschäftigten Arbeiter von den Sozialdemokraten bei der Beratung der letzten Finanzreform vorgeschlagen worden sind, daß aber gerade das Zentrum für die schädliche Steuer mitverantwortlich ist.

Einer Petition, die neben einer Aenderung des Genossenschaftsgesetzes, über die sich allenfalls reden läßt, zugleich eine Verschlechterung der Genossenschaftsrechte zum Nachteil der Konsumvereine, besonders zum schweren Schaden der Beamtenkonsumvereine will, trat unser Genosse Feuerstein ein, ein Praktiker der Genossenschaftsbewegung, in einer gründlichen Rede mit beweiskräftigem Material und schlagkräftigen Argumenten entgegen.

Die Beschlußfassung über den sozialdemokratischen Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, führte abends um 7 Uhr noch zu einem Sammelvortrag. Da Herr Gröber seine Zentrumsmänner außerhalb des Sitzungssaales abkommandierte, ergab sich die Beschlusfähigkeit des Hauses, so daß die Entscheidung über die Petition erst in einer späteren Sitzung erfolgt.

Am Donnerstag geht die Etatsberatung beim Kapitel „Reichseisenbahnen“ weiter.

Gegen die paritätischen Arbeitsnachweise.

Im Abgeordnetenhaus bewegte sich die am Mittwoch fortgesetzte Debatte über die Arbeitsnachweise völlig in den Bahnen der Schärfermacher. Im Gegensatz zu dem Genossen Leinert, der sich am Dienstag ausdrücklich für paritätische Arbeitsnachweise ins Zeug gelegt hatte, schwärmte die konservativ-nationalliberale Koalition für einseitige Unternehmernachweise. Zwar haben die Schärfermacher nicht den Mut, sich offen dazu zu bekennen, aber wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, so kann die Rede des Abgeordneten v. D. O. Ste n (kons.), der letzten Rutes behauptete, die Epochen preisen es von den Dächern, daß die Gewerkschaften Sabotage treiben, garnicht anders gedeutet werden. Das gleiche gilt von der warmen Befür-

wortung des Zwangsarbeitsnachweises der Zechenbesitzer im Ruhrkohlenrevier durch den Minister und vor allem durch den nationalliberalen Herrn Haarmann, und auf denselben Ton war auch die Rede des Abg. Krause-Waldenburg (Z.) gestimmt, der verlangte, die Arbeiter müßten von dem Zwange befreit werden, sich nur an die paritätischen Nachweise zu wenden. Wie ein roter Faden zog sich durch alle Reden vom Ministerialisch und von dem konservativ-freikonservativ-nationalliberalen Triokium die dreifache Behauptung, die Sozialdemokratie mißbrauche die paritätischen Arbeitsnachweise zu parteipolitischen Zwecken, sie solle eher andere organisierte Arbeiter von der Arbeitsvermittlung aus oder zwingen sie zum Beitritt zur sozialdemokratischen Organisation. Leinert unterzog sich nochmals der Mühe, dies Märchen zu zerstreuen, aber was mochten noch so gute Gründe gegen vorgefasste Meinungen besagen? Die Mehrheit stellte den unanfechtbaren Tatsachen unseres Genossen ihre Vagen, durch nichts bewiesenen und auch nicht beweisbaren Behauptungen gegenüber. Kein Wort des Tadels fand sie gegen die Unternehmer, die ihre Arbeitsnachweise ausgegliedert machen als Kampfmittel betrachten, wohl aber scharfe Worte der Kritik gegen alle Arbeitsnachweise, in deren Verwaltung Sozialdemokraten sitzen. Als Leinert zum zweiten Male das Wort ergreifen wollte, um die Angriffe zu widerlegen, machte der übliche Schlussantrag der Debatte ein Ende, obwohl außer unserem Genossen niemand weiter auf der Rednerliste stand. Es geht doch nichts über die Tapferkeit der Dreiklassenleute.

Charakteristisch ist es übrigens, daß die Zentrumsarbeiter, die sonst so weidlich auf die Sozialdemokratie zu schimpfen wissen, sich in Schweigen hüllten; sie wußten, daß die Schärfermacher die Unwahrheit sprachen, aber sie hatten keine Erlaubnis, gegen sie aufzutreten.

Nach Erledigung des Handelsrats begann die Beratung des Etats der Vergewaltigung. Die Debatte, die sich um die Frage des Rohlsyndikats drehte, wurde am Donnerstag vertagt.

Die Stellung des Zentrums zur Reichstagsauflösung.

Die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ hat „Eingeweihte“ des Zentrumslagers als Korrespondenten, die sie oft über die Vorgänge innerhalb der Zentrumskraktion des Reichstages und im Augustinusberein (dem Verband der katholischen Presse) — trefflich informieren. In ihrer heutigen Nummer bringt sie wieder einen dieser Berichte zum Abdruck, in welchem die Frage aufgeworfen wird, ob im Falle einer Reichstagsauflösung das Zentrum geneigt sein würde, bei den Wahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Der Berichterstatter verneint diese Frage. Er schreibt:

„Die Gegner der Sozialdemokratie hat sich im Zentrum während der letzten Jahre derart verschärft, daß es als ausgeschlossen erscheinen kann, das Zentrum werde noch einmal auch nur ein taktisches Zusammengehen mit dieser Partei erstreben. Vollends dann, wenn sich der Parteifreie um nationale Fragen von der Art der jetzt so brennend gewordenen dreht, kann das Zentrum es gar nicht wagen, — selbst wenn es Lust dazu hätte — sich mit den vaterlandsfeindlichen Geistes zu verbinden. Wenn man sich auf zentrumsfremder Seite gegenwärtig, wie hartnäckig das Zentrum sich in den letzten Jahren in die Politik der Liaison mit den Konservativen verbohrt hat, wie es sich bis heute auch durch die Ueberredungskunst überlegener Köpfe in seinen eigenen Reihen nicht einmal zu einer Annäherung an die Rechte liberalen hat bewegen lassen, so wird man aus diesen Tatsachen heraus meiner bestimmten Behauptung Glaubwürdigkeit bemessen. Es ist dabei richtig, daß auch von Seiten mancher Zentrumskräfte besonders aus Kreisen der christlichen Gewerkschaften, die ja viele wirtschaftliche Berührungspunkte mit den roten „Kollegen“ haben, und aus Kreisen der Abgeordneten, die zugleich Journalisten oder journalistisch tätig sind, persönliche Beziehungen unterhalten werden. Diese rühren meist aus schon ziemlich lange verflochtenen Zeit her und sind nichts Besonderes, weil in anderen Parteien die Verhältnisse ähnlich liegen. Aber selbst diese Beziehungen sollen jetzt entschieden und ohne persönliche Rücksichtnahme auf dringendes Verlangen der leitenden Instanzen im Zentrum, die am 17. d. M. s. wichtige Beratungen pflegen, abgebrochen werden, damit auch nicht mehr der Schein „Schwarzer Pläne“ in der Öffentlichkeit erweckt werden kann.“

Zugleich erzählte der ehrenwerte Zentrumsmann, daß die Strategen der Zentrumspartei selbst nicht darauf rechnen, im Falle einer Reichstagsauflösung neue Mandate zu erobern und daß sie daher bereit sind, nach dem üblichen Sträuben die neuen Heeresvorlagen zu bewilligen:

Eine Stärkung des Zentrums aber ist von seinen eigenen Führern für diesen Fall keineswegs erhofft worden. Das Gegenteil ist richtig, so sehr, daß man, wenn man von „schwarzen Plänen“ des Zentrums sprechen will, sie in dem unbedingten Willen der Führer zu erblicken hat, es in dieser Situation nicht zur Reichstagsauflösung kommen zu lassen, losse es was es wolle. Das bedarf an dieser Stelle der Belege. Es ist wahr, was die „R.-W. Z.“ als an den Evangelischen Bund gelangte Mitteilung weitergibt: Freiherr von Hertling hat tatsächlich in der

Der Luftkoller.

London, 25. Februar. (Fig. Ber.)

Wie die Unterbrechung des wahnsinnigen Wettbewerbs des deutschen und englischen Seemilitarismus dem Landmilitarismus in Deutschland neuen Appetit gegeben hat, so ist es hier der Luftmilitarismus, der die Welt als günstig erachtet, um zu versuchen, sich seinen Anteil von den Steuererträgen des Volkes zu sichern. Der Londoner „Economist“ schreibt in seiner letzten Nummer über die Triebfedern der Rüstungswahn: „Die wirklich treibende Kraft hinter der Agitation ist zweifellos finanzieller Art. Die Aussicht, die Jugend des Landes mit 4 Millionen Gewehren zu versorgen, liefert ganz offenbar den Anstoß zu einem geschäftlichen Unternehmen, das der Mühe lohnt, viele Zeitungen und propandandistische Vereine in wiesamer Funktion zu erhalten.“ Der Luftmilitarismus operiert nach demselben Rezept, das schon seinen älteren Brüdern vortreffliche Dienste geleistet hat. Er sucht das Volk zu erschrecken, damit es ihm sein Gut und Blut zur Verfügung stellt. Er hat vor seinen Rivalen sogar etwas voraus. Denn die Gewehren, mit denen er sein Geschäft betreibt, bedrohen auch den ruhigen, kriegsunfähigen Bürger. Keine Stadt, kein Dorf, kein Weiler kann sich gegen die Bomben schützen, die der feindliche Luftkoller aus sicherer Höhe herabfallen läßt. In einigen Stunden sind London und Portsmouth, Sheerness und Devonport in Trümmerhaufen verwanbelt. Was nützt uns da die Flotte oder die Armee! Wir schwaben in einer furchtbaren Gefahr, und wenn wir nicht gleich anfangen, eine genügende Menge Luftfahrzeuge zu bauen, um jedem möglichen Feinde in der Luft die Spitze bieten zu können, ist es mit dem alten England aus.

In den letzten Tagen hat man die Öffentlichkeit durch Meldungen über ein Luftschiff oder Luftschiffe geängstigt, das oder die man in verschiedenen Teilen Ost- und Mittelenglands beobachtet

haben will. Eigentlich hat niemand das Wesen gesehen. Man hat nur Lichter wahrgenommen, die man für die mächtigen Scheinwerfer eines Luftkollers hielt. Einige wollen auch das Surren der Luftschrauben gehört haben. Da man nun auch die Vögel in Scarborough, einem strategisch wichtigen Punkte an der Ostküste, gesehen hat, ist die Kombination leicht: Ein deutscher (!) Luftkoller hat der englischen Küste einen Besuch abgestattet, um zu spionieren. Der Vorkall beweist, wie „jumpy“ — um das einzig passende, nur im Englischen vorhandene Wort zu gebrauchen — der Luftkoller die Leute schon gemacht hat. Natürlich verriet auch der Luftmilitarismus weidlich, die Proklamation seiner Rivalen in anderen Ländern propandandistisch auszunutzen. So wird hier die „National-Zeitung“ zitiert, die vor einiger Zeit verlangte, Deutschland sollte 100 Zeppelin bauen, und dazu bemerke: „Mit einer Flotte von 100 Zeppelin, die in 25 Geschwadern von je 4 Luftschiffen eingeteilt und instand wäre, wenigstens 48 Stunden über Land oder See zu reisen, und in der jedes Luftschiff nur für den Zweck gebaut wäre, ungeheure Mengen Explosivstoffe auszumachen, würde Deutschland die Luft beherrschen und schließlich auch das Meer.“ Doch derartige Auslassungen der deutschen Feuerfresser in England nicht beruhigend wirken, liegt auf der Hand. Und daß die Leute, die Luftschiffe und Flugler oder auch nur patriotische Druckerzwärge zu verlaufen haben, die Verurteilung des Volkes nicht ungern sehen, ist ebenfalls klar. Man begünstigt die Stimmung vielmehr mit allen Mitteln. Man weist darauf hin, daß ein deutscher Luftkoller kürzlich über dem Bodensee in einer Entfernung von 5 Kilometern und aus einer Höhe von 3000 Fuß das Ziel beim dritten Schuß und nach wenigen Sekunden in Schwebereich bekam. Dann heißt es, daß der Zeppelin III in 17 Minuten aus einer Höhe von 6000 Fuß das Ziel, das durch die Silhouette eines Dorfes dargestellt wurde, kurz und klein geschossen habe. Nach den Angaben der Luftkoller ist das Fallenlassen von Bomben aus Luftschiffen heute, dank einer neuen Erfindung, fast eine exakte Wissenschaft. Alle neuen Worbinstrumente und Hilfsinstru-

mente der Luftschiffahrt werden in ihren Wirkungen genau beschrieben, um dem Volke eine genügende Dosis Genuen einzusößen, damit es bereitwillig die Taschen öffne.

Der Luftkapitalismus ist in England noch nicht so hart entwidelt wie in Deutschland und Frankreich, namentlich beschäftigt man sich noch wenig mit der Konstruktiv von Luftschiffen. Aber die Aeroplantaktanten sind schon ziemlich kräftig und lassen ihre Stimme täglich vernehmen. Sie preisen ihre Ware als einen sicheren Schutz gegen die Luftkoller an. Herr Graham-White, der Direktor einer Flugapparatfabrik, verhandelt: „Diese ungeheuren ausländischen Luftschiffe sind für England, das dem Ausbruch eines europäischen Krieges mit der Invasion durch die Luft bedroht ist, eine große Gefahr. Der Gefahr ist nur zu begegnen, indem wir unsere Küste mit gut bewaffneten defensiven Flugapparaten bewachen, die sowohl vom Lande wie vom Wasser aufsteigen können und bereit sind, den großen Luftkoller in seinem eigenen Element aufzusuchen, um ihn vermöge ihrer höheren Geschwindigkeit und Manövrierfähigkeit außer Aktion zu setzen.“ Tüchtige Helfer finden die um die Sicherheit des Vaterlandes so besorgten Luftfahrzeugefabrikanten in der Presse. Herr Alfred Sted, der Sohn des mit der „Titanic“ untergegangenen Journalisten, veröffentlicht in seiner „Review of Reviews“ einen fassenden Aufruf an das englische Volk, in dem die Bürger aufgefordert werden, es den Deutschen, Franzosen und Italienern nachzutun und Gelder für Flugapparate zu sammeln. Herr Sted eröffnet die Subskriptionsliste selbst mit einem Betrage von 50 Pfund Sterling. Auch an die Armen richtet sich der Appell. An der Spitze des Aufrufes stehen Bibelnotzte aus dem Evangelium des Markus, wo berichtet wird, wie Jesus die arme Witwe lobte, die ihr Scherflein gegeben.

Der Worbepatriotismus bedarf immer einer religiösen Zutat, um recht wirksam zu sein. Wenn der Koloss des Militarismus neue Worbmaschinen haben will, zitiert er ein Wort des Friedensfürsten,

Jesuitenfrage abgewinkt. Noch mehr: er hat auch seine begründete Ansicht dahin ausgesprochen, daß der Reichslanzler den Appell an das Volk, auch an das katholische deutsche Volk nicht scheuen werde, weil er aus verschiedenen Anzeichen in der Zeit der künftigen Vertrauen zur Erhaltung des nationalen Bewußtseins unter den deutschen Katholiken geschöpft hat. Diese Auffassung hatte man in führenden Kreisen des Zentrums dem Reichslanzler nicht zugestimmt; man hatte geglaubt, daß er das Blindlings aufgenommen habe, was die zentrumsfeindliche Presse (sonst sie den nationalen Gedanken fördern will, wirklich kurzfristigerweise) gerade in den letzten Jahren mit wachsender Festigkeit behauptete, das Zentrum (als Ganzes) sei antinational. Man glaubte es aber dem Freiherrn v. Hertling, daß man sich da gründlich getäuscht habe.

220 Millionen Mark neue Steuern.

Bisher wurden die Leser der staatsverhaltenden Presse in den Glauben versetzt, die neue Heeresvorlage erfordere „nur“ 150 Millionen. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte man annehmen, daß das Ende auch diesmal nachkommt. Wie richtig diese Annahme war, beweisen die Änderungen in einer zeitweise von offiziöser Seite benutzten Korrespondenz, nach welchen die Forderungen sich auf mindestens 200 Millionen Mark belaufen werden. Und die freikonservative „Post“ bemerkt hierzu:

Man hat im wesentlichen mit der Notwendigkeit gerechnet, 150 Millionen ausbringen zu müssen, und man hat dementsprechend den ganzen Streit und sämtliche Möglichkeiten zur Deckung der Summe auf diese hypothetische Ziffer gestützt. Nun erweist sich aber der ganze Streitkampf als ein Streit um Kaisers Bart, denn die erforderliche Summe wird wesentlich höher sein. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, beziffern sich die durch die neue Heeresvorlage notwendig werdenden Kosten nicht auf 150, sondern auf 200 bis 220 Millionen Mark, ausschließlich des durch die Forderungen für eine Luftflotte gebotenen Nachtragsetats. Man wird also auf alle Fälle gut tun, den Streit um die Deckungsfrage so lange zurückzustellen, bis die Höhe der Kosten amtlich bekanntgegeben ist; dann aber erscheint es uns wünschenswert und geboten, sich zunächst im Prinzip auf dem für die Lösung der Deckungsfrage den nationalen Parteien offenen und möglichen Wege zu einigen, darüber hinaus aber so schnell als möglich die Heeresvorlage selbst zur Annahme zu bringen.

Also auf die Höhe von 220 Millionen sind die Forderungen bereits geschraubt worden. Dazu kommen noch diverse Millionen für die Luftflotte. Wahnsinnige Forderungen!

Nachmal's „Kamerad“ v. Kloeden.

In der vorgestrigen Nummer haben wir bereits mitgeteilt, daß der heftig-nassauische Verbandstag deutscher Militäranwärter seinem früheren Ehrenvorsitzenden, dem Landtagsabgeordneten und Generalmajor v. Kloeden, das Amt des Ehrenvorsitzenden entzogen und sein Verhalten aufs schärfste verurteilt hat. Die „Frankf. Zeitung“ bringt einen ziemlich ausführlichen Bericht dieser Tagung in Hanau. Es ist ein recht ansehnliches Sündenregister, das dort dem freisinnigen „Kameraden“ v. Kloeden vorgehalten wurde. Er verdient es unzweifelhaft, zu den würdigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und den schönsten Stützen des preussischen Thrones gezählt zu werden.

Der Vertreter des Bundesvorsitzenden, Fuß in Berlin, entwarf folgendes Konterfei des „Kameraden“ v. Kloeden:

Der Bund deutscher Militäranwärter, insbesondere der Vorstand, habe andauernd gegen die politischen Ansprüche seines Ehrenvorsitzenden Generalmajor v. Kloeden schwer zu kämpfen gehabt. Herr v. Kloeden habe den Ehrenvorsitz im Bunde deutscher Militäranwärter im Jahre 1906 nur übernommen, um ihn seinen politischen Zwecken dienstbar zu machen. In welcher Richtung er dies beabsichtigt habe, sei aus der Tatsache zu ersehen, daß er sich hintereinander an den Bund der Landwirte, an den Freisinn, an die Nationalliberalen und an das Zentrum gewandt habe, um auf jeden Fall ein Mandat für das Abgeordnetenhaus sowohl als auch für den Reichstag zu erhalten. Bereits 1906 habe er, damals auch noch Vorsitzender des Bundes der Landwirte für die Provinz Hessen-Nassau, den Justizrat Alberti-Wiesbaden erjudet, zu veranlassen, daß der freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Müller-Sagan zu seinen (des Generals) Gunsten zurücktrete. Er gab an: er könnte dem Freisinn dafür in vielen Wahlkreisen eine bedeutende Hilfe leisten, da seine alten Unteroffiziere blind so wählen, wie er es wünsche. Justizrat Alberti habe ihn abgewiesen und ihm rauhweg erklärt, einen freisinnigen Wahlkreis werde er auf diese Weise nicht erringen.

Herr Generalmajor v. Kloeden wurde dann stramm bündlerisch-konfessionell und suchte im Deutschen Militäranwärterbund Agitation für die konservativ Partei zu treiben, hat damit aber wenig Erfolg gehabt. Und als sein Vertreter, der Geh. Kassulator Schöllwig vom Kriegsministerium, eine Sammlung von Wahlgeldern einleitete, wurde diese durch den Bundesvorstand verboten. Nun machte Herr v. Kloeden gegen den Bund Front:

Als Generalmajor von Kloeden (so heißt es im Versammlungsbuch) endlich eingesehen hatte, daß der Bund für seine politischen Bestrebungen nicht zu haben war, habe man allmählich den Bund und seine Vorstandsmitglieder bei den Behörden zu verächtlichen verächtlich, und schließlich sei in den „Deutschen Nachrichten“ in einem Artikel des Generals v. Kloeden vom 21. Juli 1912 ein erheblicher Teil der Militäranwärter in hypothetischer Form der antimonarchischen und sozialdemokratischen Gesinnung gezeichnet worden. Dagegen müsse betont werden, daß General v. Kloeden dem Bundesvorstand am 3. November 1910 geschrieben habe: „Die nationalliberale Partei heißt alles, was heute noch fest zur Monarchie hält.“ Vermutlich habe er die nationalliberalen Mitglieder des Bundes ohne weiteres als zur Sozialdemokratie gehörig bezeichnen wollen. Der Bundesvorstand forderte dann am 3. August 1912 Beweise für die Behauptung antimonarchischer Gesinnung, aber da habe der General vollständig verweigert. Am 8. August 1912 habe er die Forderung der Beweise als eine Fression und als Verlangen eines Vertrauensbruchs bezeichnet; er habe die Unterlagen verbrannt. Tags darauf habe er aber mitgeteilt: er habe „das vorhandene Material“ einer „Durchsicht“ unterzogen und habe einen pensionierten Gendarmen gefunden, der zu den beanstandeten Persönlichkeiten gehöre. Dem Bunde stelle er die Kamhaftmachung weiterer Persönlichkeiten in Aussicht. Also das Material ist am 8. August schon verbrannt und am 9. August will er aus dem vorhandenen Material den Fall des Gendarmen und weitere Persönlichkeiten freistellen. Bis heute sei er die „weiteren Persönlichkeiten“, deren monarchisches Gefühl erschüttert sein solle, schuldig geblieben.

Der Redner ging dann näher darauf ein, wie durch das weitere Vorgehen des Generals bei den Behörden verschiedene Bundesmitglieder von Behörden gemahngelt wurden, weil sie keine Gehaltsföhrer für ihre Vereinstätigkeit bezogen. Es hat sich aber herausgestellt, daß das eigentlich keine Gehaltsföhrer, sondern Unkostenerschuldigungen waren. Der General selbst bezog aber aus der Bundeskasse 1200 Mark. In einer Audienz von Bundesvorstandsmitgliedern im Kriegsministerium am 15. Januar 1913 wurde diesen von dem Vertreter des Kriegsministers erklärt,

dem Kriegsministerium sei es ganz gleichgültig, ob und wie der Bund General v. Kloeden abfögre.

Die leidige Deckungsfrage.

Der Reichshofsekretär Kühn spielt zurzeit die Rolle eines Handlungsföhrenden in Steuerprojekten. Er besucht die süddeutschen Höfe, um Stimmung für die im Reichshofsekretariat aufgearbeiteten Steuerentwürfe zu machen. Gegenwärtig ist er in Stuttgart tätig. Wie der „Schwab. Merkur“ berichtet, hat er heute mit dem württembergischen Ministerpräsidenten und dem Finanzminister im Ministerium des Neuherrn eine mehrstündige Besprechung gehabt. Danach frühstückte er mit dem Finanzminister beim Ministerpräsidenten. Angeblich hält nämlich der Reichslanzler daran fest, daß zur Deckung der Kosten der Heeresvermehrung die Erbschaftsteuer durchgeföhrt werden muß. Viel will das allerdings nicht bedeuten, denn beim Rücktritt des Fürsten Wilhelms hat Herr v. Bethmann Hollweg bewiesen, daß er seine Ueberzeugung den wechselnden politischen Verhältnissen anzupassen vermag.

Interdessen macht das Zentrum besonders in Bayern lebhaft mobil gegen die Erbschaftsteuer. So liegt eine solche Kundgebung aus Passau vor, wo der Niederbairische Bauernverein tagte. Dort erklärte der Reichstagsabgeordnete Fehrbach:

„Das Zentrum habe einmal aus Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe das Reich vor einem finanziellen Zusammenbruch gerettet und darauf die beispiellose Verlangen Hege des Liberalismus und der Sozialdemokratie jahrelang getragen, es werde aber um seinen Preis mehr ein zweites Mal unter dem Hurra-taumel derselben Liberalen die neue Heeresvorlage genehmigen und dann wieder zur maßlosen Durchführung des deutschen Volkes durch den nämlichen Liberalismus für die Deckung der Vorlage sich aufopfern. Das habe das Reich durch seine Unge-rechtigkeit in der Jesuitenfrage wahrlich am Zentrum nicht verdient.“

Der Leiter der bairischen Regierung, Freiherr v. Hertling, als früherer Vorsitzender der Zentrumsfraktion, wird natürlich nichts unterstützen, was gegen die Politik des Zentrums gerichtet ist.

Liberales Gegeine.

Das „Berliner Tageblatt“ stöhnt abermals eine halbe Spalte lang darüber, daß die Sozialdemokratie Herrn Traub in Teltow-Weesow nicht herausbauen will, wenn der Freisinn nicht sichere Gewähr der Gegenseitigkeit bietet. Es beruft sich auf die in Jena festgelegte Stichwahltaktik. Ja, die galt aber für die ganz anders gelagerten Verhältnisse des Reiches — und obendrein wurde sie 1912 nur geübt auf Grund eines gegenseitigen Wahlabkommens. Für die preussischen Landtagswahlen gilt eben die einstimmig angenommene Resolution des preussischen Parteitages vom Jahre 1913! Zudem ist es gerade das „Berl. Tagebl.“ gewesen, das die Gegenseitigkeit als ganz selbstverständliche Voraussetzung bezeichnet hat. Wozu also jetzt das Gegeine?

Das schöne Patengeschenk.

Das der weimarsche Landtag dem Großherzog von Sachsen-Weimar als „Ehrengabe“ überreichen will, sollte nach Ansicht der bürgerlichen Abgeordneten möglichst einstimmig bewilligt werden. Sie gaben sich daher reibliche Mühe, dies zu erreichen. Der Ausschuß wollte auch unseren Genossen die Zustimmung besonders mündgerecht machen und beschloß deshalb, daß die 100 000 M. zu wohltätigen Zwecken Verwendung finden sollten. Unsere Genossen gaben jedoch eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„In diesem Falle aber werden wir auch aus dem Grunde der Vorlage des Landtagsvorstandes nicht zustimmen, weil die Tendenz der Vorlage, eine „Ehrengabe“ dem Großherzog anläßlich der Taufe des Erbprinzen als „Patengeschenk“ zur Verfügung zu stellen, unseren Anschauungen widerspricht. Auch in der Tatsache, daß die Großherzogliche Familie von ihren reichlichen Mitteln, die unseres Erachtens durch veraltete Bestimmungen und Herkommen zu einem großen Teil dem Lande entzogen werden, zu Wohlfahrts- und ähnlichen Zwecken größere Summen spendet, erblicken wir für den Landtag keine Verpflichtung zu einer Ehrengabe als Patengeschenk.“

Dieser Hinweis auf die 1 020 000 M., die der Großherzog unter dem Namen „Domänenrente“ vom Lande erhält, führte zu einer wilden Entrüstungsglut. Dann stimmten die bürgerlichen Abgeordneten monarchenbegeistert für das Patengeschenk.

Noch eine ungültige Reichstagswahl.

Das Mandat des konservativen Reichstagsabgeordneten Jordan von Kröcher im Wahlkreise Salzweber-Gardelegen wurde am Mittwoch von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt. Herr v. Kröcher mag sich dafür bei dem Teile der Amtsvorsteher seines Kreises bedanken, die in ihrem Eifer einen Wahlauftritt unter besonderer Hervorhebung ihres Amtes für Herrn v. Kröcher unterzeichnet hatten.

Sabotage-Schwindel.

Die „Hamburger Beiträge“ (ein im Dienste des Reedereikapitals stehendes Organ) verbreiten eine Notiz, die von der arbeiterfeindlichen Presse nachgedruckt wird. Es wird darin behauptet, bei zwei kürzlich in Hamburg vorgelassenen Lohnkämpfen sei von den Streikenden Sabotage verübt worden. Der erste Fall bezieht sich auf eine Betriebsstörung, die während des kurzen erfolgreichen Streiks auf der Hochbahn sich ereignete. Die Hochbahn-gesellschaft selbst hat zwar in einer Zuschrift an die Berliner „Kreuzzeitung“ erklärt, daß diese Betriebsstörung nichts mit dem Streik zu tun habe. Dennoch behauptete das Ausschüßratsmitglied Warnke in der Hamburger Bürgerchaft, es sei erwiesen, daß ein Streikender den Kurzschluß verursacht habe. Für diese Behauptung hat aber weder Warnke noch sonst jemand bisher den Beweis erbracht. Das „Hamburger Echo“ hat dieserhalb Warnke öffentlich der Verbreitung einer Unwahrheit bezichtigt. Warnke hat darauf geschwiegen.

Der zweite Fall soll sich in Hamburger Hafen zugetragen haben. Die streikenden Kohlenarbeiter werden verächtlich, auf dem Kohlenheber II die Kabel für die Magnete der Druckluftsteuerung zerschneiden und am nachfolgenden Tage das Durchschneiden der Lichtkabel sowie das Loswerden des Hebels verursacht zu haben. Die Streikleitung hat alles mögliche getan, etwas über die Urheber in Erfahrung zu bringen, das ist ihr aber trotz aller Mühe nicht gelungen. Die Streikenden haben selbst das größte Interesse daran, daß die Kohlenheber ordnungsmäßig funktionieren und eine so unsinnige Demolierung ist ihnen in der Erreichung ihres Zieles nur hinderlich. Außerdem aber — und das ist bei diesem ganzen Fall von wesentlicher Bedeutung — hat der Direktor Witow von der Kohlenhebergesellschaft zu den Leuten auf dem Heber gesagt, das Durchschneiden dieses Kabels könne nur ein Sachmann getan haben. Die Kohlenarbeiter aber haben in bezug auf die technische Einrichtung absolut keine Erfahrung, sind also keine Sachleute und können auch aus dem Grunde für den Streich, der von den Streikenden selbst auf das schärfste verurteilt wird, nicht in Betracht kommen. Ihr

Verhalten ist geradezu musterhaft, aber da sie deshalb und wegen der rücksichtslosen Herabsetzung der Löhne, die die Unternehmer vornehmen wollten, die Sympathien des übergroßen Teils der Hamburger Bevölkerung haben, suchen die Unternehmer sie auf so empörende Weise zu verächtlichen.

Buchstäblich verhungert.

Aus Schneidemühl in Posen berichtet das dortige Blatt: „In zwei Tagen sind dem Arbeiter M. seine beiden Kinder durch den Tod entzogen worden. Als der Vater vom Begräbnis des ersten Kindes nach Hause zurückkehrte, fand er auch das zweite Kind tot vor. Vermutlich sind beide Kinder an Entkräftung gestorben, da die Eltern in bitterster Not leben und nicht die geringsten Geldmittel besitzen. Wochenlange Arbeitslosigkeit des Mannes hat das Elend in dieser Familie so groß werden lassen.“

Diese furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung wird noch verschärft durch folgenden Bericht in der gleichen Nummer der „Schneidemühler Zeitung“:

„In der letzten Stadtverordnetenversammlung machte Oberbürgermeister Dr. Krause die Mitteilung, daß Schneidemühl demnächst einen Flugstättpunkt für die Flieger sowie einen Luftschiffhafen erhalten soll. Für ersteren sind 20 000 Mark und für letzteren 400 000 Mark erforderlich. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die Bauten schon während des diesjährigen Kaiserjubiläums in Benutzung genommen werden können. Die Mitteilungen des Oberbürgermeisters wurden mit großer Freude aufgenommen.“

Über 400 000 Mark bewilligen die Stadtväter von Schneidemühl mit großer Freude für einen Luftschiffhafen; aber sie haben nicht einige Mark übrig, um zwei unschuldige Kinder vor dem Hungertode zu schützen.

Frankreich.

Abweichung gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 28. Februar. Aus Lyon wird gemeldet: Bei der gestrigen Rekrutenaushebung gab der Generalsekretär der Präfectur den Stellungspflichtigen die Vorteile und Vergünstigungen belohnt, die denjenigen Rekruten zuteil werden, die sich zu einer dreijährigen Dienstzeit verpflichten. Von den 205 Stellungspflichtigen meldeten sich jedoch nur drei zu einem solchen dreijährigen Dienste.

Rußland.

Zu der bevorstehenden politischen „Amnestie“.

Petersburg, 25. Februar. (Eig. Ber.)

Die vor einigen Wochen von einigen Stadtverordneten-berathungen eingeleitete Bewegung zugunsten einer allgemeinen politischen Amnestie ist infolge Einschreitens des Ministers des Innern, der ein diesbezügliches Verbot erließ, ins Stocken geraten. Wie sehr dieses Verbot die bürgerlichen Mannesgeelen eingeschüchtern hat, geht aus dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in Jekaterinoslaw hervor, deren Kommission der Beschluß faßte, bei dem Gouverneur um die Erlaubnis nachzusuchen, ein Gesuch um die Amnestie einzureichen! Was nun überhaupt von der „Amnestie“ zu halten ist, geht aus der Erklärung des Vertreters des Gefängnisreform in der Budgetkommission der Duma hervor, der auf die Einmündung, man könne die Kredite erst nach der Amnestie bewilligen, offenbergig erklärte: „Beunruhigen Sie sich nicht! Es wird kaum ein Monat vergehen und die bisherige Norm in den Gefängnissen wird wieder erreicht sein!“

Mexiko.

Es wird weiter gekämpft.

Mexiko, 26. Februar. Es ist wenig Hoffnung auf einen sofortigen Frieden vorhanden. Die Lätigkeit der Aufständischen nimmt im Norden zu, im Süden haben die Zapatisten mehrere Haciendas in Brand gesetzt und geplündert; sogar ein Militäzug wurde von ihnen angegriffen.

Aus der Partei.

Erklärung.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bringt wieder zwei Erklärungen der Genossen Wehring und Karski, die sachlich nichts Neues bieten, von denen die zweite uns nur zur Feststellung veranlaßt, daß alles, was wir in dieser Angelegenheit geschrieben haben, jedesmal vorher in der Redaktionskonferenz in seinem Wortlaut festgelegt worden ist.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Eine Ankündigung der Genossin Luxemburg.

In der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ richteten wir an die Redaktion der „Leipz. Volkszeit.“ folgende Aufforderung:

„Da zu den schrecklichen Untugenden, mit denen uns ein böses Geschick beschenkt hat, auch eine Dosis Neugierde gehört, sind wir recht gespannt darauf, ob und wie die „Leipz. Volkszeit.“ nach Durchsicht der nötigen Disfektie den vom Genossen Effein geforderten Nachweis liefern wird. Sie wird sich doch nicht etwa um diese selbstverständliche Pflicht herumdrücken wollen?“

Mit Bezug hierauf erhalten wir von der Genossin Rosa Luxemburg nachstehende Zuschrift:

„Da die Redaktion des „Vorwärts“ lebhaft Neugierde an den Tag gelegt hat, ihren Rezipienten auf seine „Sachverständigkeit“ hin geprüft zu sehen, so sei zu ihrer Verhöhnung bemerkt, daß ich, nachdem sich die Kritiker meines Buches in der deutschen Parteipresse wie in der sonstigen Presse erschöpfend ausgesprochen haben werden, das Problem und die Kritiken in zusammenhängender Weise zu beleuchten beabsichtige. Es wird sich dabei Gelegenheiten bieten, unter anderem auch auf den „Vorwärts“-Rezipienten zurückzukommen; und ich hoffe dann die Neugierde der Redaktion des „Vorwärts“ vollauf zu befriedigen.“ R. Luxemburg.

Ein Siebzigjähriger.

Der Begründer der „Naturfreunde“, Genosse Alois Rohrauer in Wien, wird am 28. Februar 70 Jahre alt. Querschnittsmitglied, wurde er später geschickter Redakteur und Erfinder. Er gehört der niederösterreichischen Landesparteivertretung an und ist ein besonders geschätzter Redner fürs Land. Ende März 1865 gründete er die erste Gruppe der Naturfreunde. Heute gibt es über 250 Gruppen und 42 000 Arbeiterwanderer in allen deutschsprachigen Ländern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Presseprozeß.

Während des vorjährigen Bergarbeiterstreiks druckte die „Chemnitzer Volksstimme“ aus dem „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwidau eine Notiz nach, durch die sich zwei Grubenbesitzer beleidigt fühlten. Das Zwidauer Gericht verurteilte den Redakteur des „Volksblatt“ zu 200 M. Strafe. Am Dienstag mußte sich Genosse Müller von der „Chemnitzer Volksstimme“ vor dem Chemnitzer Gericht verantworten. Trotzdem die „Volksstimme“ nur nachgedruckt und die Notiz wesentlich gemildert hatte, erkannte dieses Gericht auf sechs Wochen Gefängnis, da der Angeklagte viele Vorstrafen habe.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Umschwung im Holzgewerbe?

Wir haben in der Sonntagsnummer davon Notiz genommen, daß sich die Situation im Holzgewerbe bedeutend verschärft hat. Die in sehr provokatorischer Zone gehaltenen Einladungen zu einer Versammlung der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen und zu einer außerordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeber-Schuhverbandes, welche die letzte Nummer der „Nachzeitung“ der Tischlermeister brachte, mußten notwendig zu der Annahme führen, daß die Unternehmer im Holzgewerbe im Begriff seien, die anscheinend dem Abschluß nahen Verhandlungen abzubreaken und die seither getroffenen Vereinbarungen über den Haufen zu werfen.

Die neueste Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ bespricht jedoch die Kundgebung der Unternehmer merk-würdig ruhig. Sie vermutet, daß der Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes eine Zeitlang geneigt war, dem Drängen außerhalb der Organisation stehender Schärpmacher zu folgen. In der Tat lassen auch einige Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ erkennen, daß die hinter diesem Blatt stehenden Schärpmacher über den Schiedspruch des Freiherrn von Verlepsh und seine Annahme durch den Arbeitgeber-Schuhverband auf das höchste entrüstet sind. Am härtesten ist der Kerger bei den organisierten Bauunternehmern, deren Pläne, die den Anlaß zur Gründung des Kartells bau-gewerblicher Arbeitgeberverbände gaben, durchkreuzt werden, wenn es in der Holzindustrie zu einer Verständigung kommt.

Im Lager der Holzindustriellen scheint aber inzwischen die ruhige Ueberlegung wieder Platz gegriffen zu haben, denn noch ehe die „Nachzeitung“ mit der ominösen Kundgebung in den Händen der Leser war, hat eine Besprechung zwischen den Vorständen des Arbeitgeber-Schuhverbandes und des Deutschen Holzarbeiterverbandes stattgefunden, in welcher über die Wege, die zum völligen Abschluß der Tarifbewegung führen sollen, beraten wurde. Wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ mitteilt, hatten diese Besprechungen das Ergebnis, daß auch der Deutsche Holzarbeiterverband seine Städtevertreter auf Donnerstag nach Berlin ladet. Da dann die beiderseitigen Ortsvertreter hier anwesend sind, sollen die Verhandlungen über die vom Schiedspruch noch nicht berührten Punkte des Vertrages, die übrigens in der großen Mehrzahl der Städte im Fluß sind, in Berlin fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Auf Grund dieser Vereinbarungen gibt die „Holzarbeiter-Zeitung“ der Hoffnung Ausdruck, daß die Tarifbewegung trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten doch noch einen zufriedenstellenden Abschluß findet.

Berlin und Umgegend.

Streik in der Berliner Herrenkonfektion.

Wie wir bereits berichteten, sind die Verhandlungen über die Lohnforderungen der Berliner Herrenkonfektionsschneider vor einiger Zeit ins Stocken geraten. Inzwischen sind die Vertreter der beiderseitigen Organisationen noch einmal zu Verhandlungen zusammengetreten. Nach kaum einstündiger Verhandlung mußte jedoch festgestellt werden, daß eine Einigung nicht zu erzielen war. Die Sitzung wurde, wie uns mitgeteilt wird, von dem Syndikus der Konfektionäre, Herrn Stern, mit einer Rede eingeleitet, in welcher er sich dagegen verwahrte, daß die Presse über den Gang der Verhandlungen informiert worden sei. Er habe dies seinen Mitgliedern für die Zukunft unterbleibe. Dagegen erklärte er selbst, daß, wenn in Berlin hinsichtlich der Lohnfrage keine Einigung erzielt werde, der Streik nicht allein auf Berlin beschränkt bleibe, sondern von den Konfektionären mit einer Ausperrung im ganzen Lande beantwortet würde.

Als Arbeitervertreter erklärte Runge, daß er sich für seine Organisation keine Vorschriften machen lasse hinsichtlich der Information der Presse. Was die Presse bisher gebracht habe, sei mit Wissen des Verbandes der Schneider geschähen; dieser werde auch für die Zukunft die Presse informieren, soweit er dies für zweckmäßig erachte. Wenn von den Unternehmern mit einer Ausperrung gedroht werde, so nehme der Verband der Schneider dies zur Kenntnis und sei nur darauf zu beruhen, daß eine derartige Ausperrung nur unter Vertragsbruch der Konfektionäre zustande kommen könne.

Die Parteien verständigten sich schließlich, da eine Einigung unter ihnen nicht möglich war, den Hr. v. Verlepsh als Unparteiischen anzurufen. Von den Unternehmern wurde verlangt, daß sich die Parteien dem zu fällenden Schiedspruch unterwerfen sollten und vorher eine dahingehende bindende Erklärung abzugeben sei. Die Vertreter des Schneiderverbandes stellten eine Erklärung ihrerseits in Aussicht; dieselbe sollte am Donnerstag, den 20. Februar, abgegeben werden. Dagegen versprach der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, sich am nächsten Tage, das heißt am 14. Februar, mit Hr. v. Verlepsh in Verbindung zu setzen. Dies ist jedoch nicht geschehen. Die Vertreter des Schneiderverbandes haben dann die schriftliche Formulierung der Angebote der Arbeitgeber verlangt. Diese ist inzwischen für einen kleinen Teil des Tarifes, der allerdings die Hauptposition enthält, eingegangen. Das Begleitschreiben enthält u. a. folgende Mitteilung der Konfektionäre:

„Wir haben uns zu diesem besonderen Entgegenkommen nur im Interesse des Friedens entschlossen und bemerken höflich, daß wir weitere Verhandlungen mit Ihnen nur aufnehmen können, wenn Sie uns die endgültige Annahme der hiermit überreichlichen Positionen bestätigen.“

Der Verband der Schneider hat hierauf u. a. folgendes geantwortet:

„Den Eingang der erwähnten Tarifvorlage bestätigen wir hiermit und erklären im Auftrage unserer Kommission, daß wir die Angebote als vollkommen ungenügend erachten. Da Sie weitere Verhandlungen unter diesen Umständen im voraus ablehnen, so werden wir unsere Mitglieder von dem Sachverhalt in Kenntnis setzen und Ihnen dann weitere Nachrichten zukommen lassen.“

Damit sind die Verhandlungen endgültig gescheitert, so daß die Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes voraussichtlich den Streik beschließen wird. Wie wir hören, soll diese Versammlung am Sonntag stattfinden. Inzwischen laufen die Verträge ab, da dieselben nur bis 1. März gelten. Die Vertrauensleute des Verbandes sind dahin instruiert,

daß vor der Versammlung am Sonntag keine Arbeitseinstellung erfolgen soll.

An dieser Lohnbewegung sind auch die Detailgeschäfte beteiligt, welche selbst fabrizieren. Mit Ausnahme der Firma Peet u. Cloppenburg, die zurzeit mit dem Verband der Schneider in Verhandlungen steht, haben sich die Detailfirmen in Schwächen gefühlt. Es ist daher auch ein Streik in den Detailgeschäften zu erwarten.

Vom Verband der Schneider wird die Zahl der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen auf 2000 angegeben. Aus dem Verhalten der Unternehmer ist zu schließen, daß sie einen Lohnkampf herauszufordern wollen; denn sonst hätten sie keinen Anlaß, ihre Angebote, von denen sie wußten, daß die Arbeiter sie als ungenügend ansehen, als Ultimatum zu überreichen. Sie haben jedenfalls geglaubt, daß ihre Drohungen mit einer Generalausperrung unter Vertragsbruch die Stellungnahme des Schneiderverbandes beeinflussen werden. Wenn die Herren einen Kampf wollen, so wird ihn der Schneiderverband aufnehmen.

Auf Seiten der Arbeiter liegt auch kein Grund vor, die von Unternehmern abgebrachten Breden wieder aufzubauen. Sie haben keine Ursache, einen Unparteiischen anzurufen, nachdem die Unternehmer die dahingehenden Vereinbarungen nicht erfüllt haben.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Wegen Tarifbruchs sind die „Residenz-Festäle“, Landsberger Straße 31 (Inhaber Walterstein) für organisierte Gastwirtsgehilfen, Zapfer und Hausdiener gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin).

Deutsches Reich.

Die Schiedsprüche der Unparteiischen im Schneidergewerbe

unterstanden der Beschlußfassung der einzelnen Orte. In den Versammlungen der an der Tarifbewegung beteiligten Orte haben 2105 sich für die Annahme erklärt, dagegen 916. Durch Abgabe von weißen Stimmzetteln der Abstimmung enthalten haben sich 83 Versammlungsteilnehmer. Da die Abstimmung als einheitlich betrachtet wird und da über zwei Drittel der Abstimmenden sich für die Annahme erklärten, so gelten somit die Schiedsprüche der Unparteiischen für angenommen.

Die Unternehmer betrachteten die Schiedsprüche der Unparteiischen wohl schon als endgültig, ließen aber, um die Stimmung in ihren Kreisen kennen zu lernen, ebenfalls eine Abstimmung vornehmen, deren Resultat uns aber nicht bekannt ist.

Achtung, Formner und Gießereiarbeiter! In der Eisengießerei Seiffert u. Co., A.-G. in Eberswalde haben 12 Formner die Arbeit wegen Differenzen eingestellt. Zutritt ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband (Bezirksleitung).

Der Streik in der Binnen-schiffahrt.

Die Streiklage ist unverändert. Die Unternehmer verbreiten das Gerücht, daß viele Streikbrecher vorhanden wären, doch das ist unwar. Streikbrecher aus den Reihen der organisierten Schiffs-mannschaften gibt es überhaupt nicht, und der übrige Zutritt ist äußerst gering. Die wenigen Streikbrecher sind nicht schiffahrtskundig; sie können also den Unternehmern nicht nützen. Der Schiffsahrtsbetrieb ruht vollkommen bis auf die Betriebe, die bewilligt haben. Daß verschiedene Unternehmer bewilligt haben, ist dem Unternehmerverbande sehr unangenehm; er hat schon die Kaufmannschaft mobil gemacht und erucht, die Ladung während des Streiks der Bahn zu überweisen.

Der Unternehmerverband hat jetzt wieder ein Zirkular verfaßt, in dem es u. a. heißt:

„Die Arbeitnehmerverbände verteilen ein Flugblatt, in welchem sie mitteilen, daß folgende Betriebe freigegeben sind (folgen die Namen der Firmen). Wie wir feststellen konnten, ist ein Teil der vorstehend genannten Firmen sich der Trogweite ihrer Unterschrift vor nicht bewußt gewesen, man hat vielmehr nur die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen über die Lohnfrage ausdrücken wollen. So bedauerlich dies auch ist, läßt sich an der Tatsache leider nichts ändern, doch wollten wir nicht verschleiern, Ihnen bekannt zu geben, wer unsere Freunde sind, die uns in den Rücken fallen.“

Großer Unwillen herrscht in den Reihen der kleineren Unternehmungen, die aus Furcht vor den größeren Firmen nicht bewilligen können, weil sie von diesen abhängig sind.

Bisher haben 33 Firmen bewilligt, ohne die Privatshiffer. Der Schiffsparc, der unter geregelten Bedingungen in Fahrt gestellt ist, bezieht sich auf 91 Dampfer und 180 Rähne mit einer Besatzung von etwas über 1000 Mann.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe

sind noch zu keinem Abschluß gelangt. Im Laufe der Verhandlungen, die am Dienstag begannen, stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Anträge der verschiedenen Parteien, die bisher nur den Unparteiischen zu treuen Händen übergeben waren, gegenseitig auszu-tauschen. Es wurde deshalb beschlossen, dem jetzigen Hauptvertrage das Vertragsmuster mit den verschiedenen Anträgen gegenüber zu stellen und diese Vorlage den Parteien zu stellen. Damit die Parteien hierzu Stellung nehmen können, wurden die Verhandlungen auf Sonntag, den 9. März, verlagert.

Nutloser Terrorismus.

Die Breslauer Zwangsinnung der Tapezierer hat mit ihrer neuen Taktik, durch Ordnungsstrafen die Innungsmitglieder zur Ausperrung der Gehilfen zu zwingen, Schiffbruch gelitten. In der Innungsversammlung berichtete der Vorstand, daß nicht alle Meister die Ausperrung vollzogen hätten, trotzdem 19 Meister wegen Nichtausperrens in Strafe genommen seien. Die Versammlung beschloß dann, die Ausperrung wieder aufzuheben. Es soll den Gehilfen ein „provisorischer“ Tarif zur Einzelunterschrift vorgelegt werden. Nach diesem Tarif soll ein Lohnaufschlag von 3 Pf. erfolgen; der bisherige Mindestlohn von 48 Pf. soll in einen Stundenlohn von 50 Pf. umgewandelt werden. — Die Hoffnung, daß Gehilfen diesen provisorischen Tarif unterschreiben werden, wird vergeblich sein. Wichtig ist aber die Tatsache, daß die Zwangsinnung sich veranlaßt sah, den Versuch, durch Ordnungsstrafen eine Ausperrung zu erzwingen, schon nach einer Woche aufzugeben. Die Alten über den Fall sind damit aber noch nicht geföhnt; der § 133 der Reichsgewerbeordnung gilt in unserem Rechtsstaat hoffentlich nicht nur für Arbeiter, sondern auch für Unternehmer!

Zur Situation im Hamburger Hafen.

Die Unternehmer im Hamburger Hafen können den Verkeh nur sehr schwer aushalten. Einige hundert Streikbrecher der besonnenen Qualität bemühen sich, die ungewohnte schwere Arbeit zu verrichten, doch gelingt ihnen das nur äußerst mangelhaft. Sehr viele der Ausreißer haben denn auch rasch wieder das Weite gesucht. Erst wenige Dampfer konnten mit so viel Kohlen versehen werden, um wenigstens einen anderen Hafen erreichen zu können. Die Streikenden und Ausgesperrten stehen noch so geschlossen wie beim Beginn des Kampfes.

Durch Vermittlung der durch den Kampf schwer geschädigten Kohlenimportfirmen haben zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Hafenbetriebsverein Verhandlungen stattgefunden, die jedoch zu keinem befriedigenden Resultat führten. Immerhin haben die

Verhandlungen ein Ergebnis, das die friedliche Beflegung des Konflikts nicht unmöglich erscheinen läßt.

Einer Versammlung der Streikenden, die am Dienstagabend stattfand, wurde von der Verhandlungskommission für die weiteren Verhandlungen vorgeschlagen, vom Hafenbetriebsverein die Verpflichtung zu fordern, daß er selbst keine Kontraktarbeiter als Hinterleute anstellen und daß dies auch der Kohlenbebergesellschaft nicht gestattet werden darf. Für die 18 Trimmer der Gesellschaft soll ein neuer Tarif für den abgelaufenen gefordert werden. Die Entlassung der Arbeitswilligen und die Wiedereinstellung der Ausgesperrten und Streikenden ist ein weiterer Vorbehalt für die Verhandlungen. Das wichtigste Zugeständnis der Arbeiter ist, daß die Trimmer der Kohlenbebergesellschaft sich eine Reduzierung der Löhne gefallen lassen wollen. Als Erklärung diene dazu, daß wegen dieser Löhne die Differenzen entstanden waren und sich auf andere Arbeiter erstreckten. Die Unternehmer wollten die Löhne dieser Arbeiter-kategorie kürzen, da durch Einführung von Kohlenbebergesellschaften ihnen der Verdienst der Arbeiter zu hoch gestiegen erschien. Die Arbeiter wollen also in dieser Beziehung den Unternehmern etwas entgegenkommen.

Nach ausführlicher, bewegter Diskussion wurde dieser Grundlage für die weiteren Verhandlungen zugestimmt.

Die Malergehilfen in Nordenham und auf Helgoland sind ausgesperrt, obgleich der bisherige örtliche Tarifvertrag noch nicht abgelaufen ist. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Gehilfen sich nicht damit einverstanden erklären wollen, unter geringer Lohn-erhöhung für die nächsten Jahre einen Tarifvertrag abzuschließen, wobei noch eine Reihe von Verschlechterungen des Arbeitsvertrages mit in den Kauf genommen werden sollen. — Zutritt ist von beiden Orten streng fernzuhalten.

Versammlungen.

Allgemeiner deutscher Gärtnerverein. Die Ordnungsverwaltung Groß-Berlin hielt am Dienstagabend eine gutbesuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst behandelte Reichstagsabgeordneter H. Reus in einem interessanten Vortrage das zeitgemäße Thema: „Die Arbeiterwohnung und die Gartenstadtbewegung.“

Der den Mitgliedern gedruckt zugestellte Jahresbericht für 1912 gibt ein umfassendes Bild von den allgemeinen Berufsverhältnissen. Die Organisation ist gut vorwärts geschritten. Die Mitgliederzahl stieg von 1409 Ende 1911 auf 1514 Ende 1912. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl in verfloffenen Jahre 1568. Neben der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder wurde die Haupttätigkeit der Organisation auf die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen gelegt. Die Bewegung der Landschaftsgärtner brachte etwa 120 Arbeitern eine wöchentliche Lohnserhöhung von einer Mark. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte für 88 Arbeiter von wöchentlich insgesamt 396 Stunden erreicht werden. Die ungünstige Konjunktur legte der Bewegung einige Hindernisse an und mußte manche berechtigte Forderung auf eine günstigere Zeit verlagert werden. Aus diesem Grunde wurde auch von einer allgemeinen Bewegung in den Handlungsgärtnereien Abstand genommen. Nur in einigen Betrieben wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Besondere ist es für das geringe soziale Verständnis der Gärtnereibesitzer, daß bei einzelnen Firmen eine Verkürzung der Arbeitszeit von täglich 11 auf 10½ Stunden nur durch Arbeitsniederlegung erreicht werden konnte.

Für die Herrschaftsgärtner wurden einmalige Zulagen in Höhe von je 40 bis 140 M. durch Vorsehen der Organisation erreicht. 8 Arbeiter erhielten dauernde Zulagen von wöchentlich 2 M. Die Arbeitsverhältnisse in den Stadtgärtnereien sind noch dringender Verbesserungen bedürftig, so daß mit Forderungen an die in Frage kommenden Magistratsverwaltungen werden mußte. Mit der Stadt Berlin wird der Abschluß eines Tarifvertrages gewünscht. Eine wichtige Forderung ist für Berlin die Einführung des neunstündigen Arbeitstages. Während in den Parkverwaltungen von Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg und Wilmersdorf der Neunstundentag eingeführt ist, muß in den Betrieben der Berliner Gärten- und Parkverwaltung noch zehn Stunden gearbeitet werden. Mit verschiedenen Gemeinden sind die eingeleiteten Bewegungen noch nicht abgeschlossen.

Ein besonderes Kapitel wurde in dem Bericht dem Kampf gegen den Logiszwang gewidmet. Besonders wird beklagte Lage geführt über die miserablen Wohnungsverhältnisse bei den Firmen Kühl und Rohout in Pechlendorf.

Der Kassenbericht zeigt ebenfalls von einem guten Fortschritt der Organisation. Die Zahl der umgelegten Beitragsmarken ist erheblich gestiegen. Die Summe der Einnahmen stieg auf 35 037,24 M.; an Ausgaben wurden 35 067,71 M. gebührt, darunter befinden sich 2088,48 M., die an die Hauptkasse abgeführt wurden. An Unterzahlungen wurden insgesamt 6280,80 M. ausgezahlt.

Die Lage des Arbeitsmarktes war nicht besonders günstig. Auf dem Arbeitsnachweis des Verbandes ließen sich 1192 Arbeit-suchende eintragen. 908 Stellen konnten besetzt werden.

Vorsitzender Kwasnik und Kassierer Steinberg gaben zu den Berichten einige Erläuterungen. Ersterer wies besonders auf die kommenden Bewegungen hin, die so in jedem Frühjahr für die Gärtner eine große Rolle spielen. Eine Diskussion fand über die Berichte nicht statt, so daß man mit der Tätigkeit des Vorstandes wohl zufrieden war.

Letzte Nachrichten.

Die belgischen Industriellen und der Generalkstreik.

Brüssel, 26. Februar. (W. T. N.) Eine heute hier tagende Versammlung von Industriellen erklärte es für un-zweckmäßig, in der Frage des Generalkstreiks, als einer politischen Frage, Stellung zu nehmen. Sie lehnte daher den Vorschlag, zu interdenieren, ab.

Der Streit um Stutari.

London, 26. Februar. (W. T. N.) Wie das Neutürkische Bureau erzählt, ist der König von Montenegro im Begriff, zum letztenmal bei dem Kaiser von Rußland dagegen zu appellieren, daß Stutari Albanien zugesprochen werde.

Ein Arbeitsministerium für die Vereinigten Staaten.

Washington, 26. Februar. (W. T. N.) Die Bill, durch welche ein Arbeitsministerium mit einem Kabinettsminister an der Spitze geschaffen wird, wurde heute vom Senat ange-nommen. Die Zustimmung des Repräsentantenhauses sollte sie kurz zuvor erhalten. Einige Änderungen werden jedoch eine Verhandlung zwischen beiden Häusern erforderlich machen, ehe die Bill Präsident Taft zur Unterzeichnung vorgelegt werden kann.

Die Japantisten.

Mexiko, 26. Februar. (W. T. N.) Weitere Truppen sind nach dem Süden gegen die Japantisten gesandt worden. Cufemio Zapata, ein Bruder Emisio Zapatas, hat sich zum Gouverneur des Staates Morelos ausrufen lassen.

Entdeckung alter Kunstschätze.

Rom, 26. Februar. (W. T. N.) Das „Giornale d'Italia“ schreibt: Bei Wiederherstellungsarbeiten einer Kapelle im Vatikan entdeckte man Gemälde von hohem Werte, die nach dem Urteile von Kennern von Fra Angelico herrühren dürften.

Reichstag.

120. Sitzung. Mittwoch, den 26. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung eines Antrages Wassermaan (nat.), der die Vorlegung eines Gesetzes zur

Regelung des Submissionswesens

wünscht. Ein Antrag Camp (Sp.), der dasselbe wünscht, wird mit zur Debatte gestellt.

Abg. Freiberger v. Nächstofen (nat.): In Frankreich besteht ein Gesetz über das Submissionswesen bereits seit 1833, bei uns ist es schon 1885 von sachverständiger Seite verlangt worden, aber wir haben es heute noch nicht. Bei uns herrschen bei den verschiedenen Behörden für die Submissionen ganz verschiedene Grundsätze, eine Reichsbehörde schreibt die Lieferungen von Kleinigkeiten im Werte von 10 M. aus, eine andere vergibt wichtige Lieferungen im Werte von Hunderttausenden von Mark freihändig. Die Fristen sind häufig außerordentlich kurz. Zur Prüfung aller mit der Ausschreibung zusammenhängenden Fragen müßten Sachverständige zu Rate gezogen werden und dazu ist der gesetzliche Zwang notwendig. Heute kommt es vor, daß die ausschreibende Behörde ganz unrichtige Angaben macht, und beim Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde sogar in die Bedingungen aufgenommen, die ausführende Firma könne niemals einen Entschädigungsanspruch aus unrichtigen Angaben der Behörde herleiten. Große Klagen erregt die Vergabung der Lieferungen zum minderen Preis, an seine Stelle müßte der angemessene Preis treten. — Meine Freunde verlangen reichsgesetzliche, nicht landesgesetzliche Regelung. Ein Submissionsamt müßte die Durchführung der getroffenen Bestimmungen überwachen. Submissionsämter, die auch die Vermittelung von Lieferungen übernehmen, könnten besser in den Einzelstaaten, oder noch besser in den einzelnen Gemeinden errichtet werden. Die staatsrechtliche Befugnis zur Regelung der Angelegenheit durch Reichsgesetz ist unabweisbar. Ich beantrage die Ueberweisung des Antrages an eine Kommission von 25 Mitgliedern.

Abg. Warmuth (Sp.): Mit der Ueberweisung des Antrages an eine Kommission sind meine Freunde einverstanden. Wir wünschen die Festsetzung des Grundgesetzes des angemessenen Preises. Die Regierungen sind sich der vorhandenen Schäden bewußt und sie sollten auf dem Verordnungsweg vorgehen. Die Vergabung großer Lieferungen müßte nicht an einen Generalunternehmer geschehen, sondern in kleinen Losen. Der Staat hat die Pflicht, die nationale Arbeit zu fördern. Dem Handwerker muß der goldene Boden geschaffen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Hüttmann (Soz.):

Auch meine Partei hat nichts dagegen einzuwenden, daß diese Materie in einer Kommission untersucht wird. Freilich kann mit einer reichsgesetzlichen Regelung des Submissionswesens dem Handwerker der goldene Boden nicht wiedergeschaffen werden, den es früher durch den Kleinbetrieb hatte. Trotzdem sind auch wir bereit zu einem ernsthaften Versuch, die Mißstände auf dem Gebiete des Submissionswesens einzudämmen. Unter diesen Mißständen haben nicht nur die Handwerker zu leiden, sondern auch breite Schichten der Arbeiterklasse. Wir müßten daher bei einer gesetzlichen Regelung auf gesunde Bestimmungen für die Rechte der Arbeiter dringen. Das Unwesen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Behörden sich nicht entschließen konnten, in die Submissionsbedingungen Bestimmungen aufzunehmen, nach denen den Arbeitern bestimmte Löhne garantiert werden. Dadurch ist erst die Schmutzkonkurrenz in erheblichem Umfang gewachsen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann spielen bei den Submissionen oft auch andere Umstände, wie Vorkaufverträge, eine große Rolle. Namentlich im Baugewerbe sind ganz außerordentliche Mißstände vorhanden. Auch die Wohnungsnot hängt mit diesen Mißständen zusammen, das Vertrauen ist durch das Kauflöwentum untergraben und infolgedessen ist die Geldbeschaffung außerordentlich erschwert worden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf Grund der Schmutzkonkurrenz haben wir nicht mehr eine korrekte sachgemäße und pünktliche Erledigung der Arbeiten zu erwarten, sondern es tritt eine Ueberhäufung ein. Damit hängt auch das Schmiergeldwesen — oder vielmehr Unwesen — zusammen.

durch das man zugleich verhüten will, daß bei der Abnahme der öffentlichen Bauten die genügende Kontrolle ausgeübt wird. Es ist auf diesem Gebiete eine gewissenhaftigkeit eingebracht, die zu befechtigen wir alle Veranlassung haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Einen großen Teil der Schuld tragen aber die Handwerker selbst. Die Arbeiter sind in starken gewerkschaftlichen Organisationen den Mißständen entgegengetreten. In den Zwangsorganisationen der Handwerker aber, den Innungen, haben sie Fortschritte nicht gesehen. Die Großunternehmer dagegen haben sich in Gruppen vereinigt, durch welche die Gemeinden bei ihren Unternehmungen sehr erheblich geschädigt werden. Auch in Handwerkerkreisen scheint man jetzt immer mehr zu merken, daß vor allem die Konkurrenz der Großbetriebe gegen die Kleinbetriebe in Frage kommt. Durch eine Regelung des Submissionswesens wird man ja einen Teil der Mißstände beseitigen können, aber einen Teil wird man auch beseitigen können durch gezielte Fortbildungsschulen und durch Hebung des Volksschulwesens. Eine grundlegende Ausbildung ist für den Handwerker heute notwendiger als je. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Wir Sozialdemokraten wünschen ferner, daß die Arbeiten von öffentlichen Behörden in erster Linie in Regie vergeben werden. Der kleine Unternehmer braucht dabei nicht ausgeschlossen zu werden. Dem Handwerkerstande würden derartige Regiarbeiten weniger schaden, als das heutige Submissionswesen. Eine neue Regelung des Submissionswesens hat vor kurzem in Offenbach a. M. stattgefunden, und dabei sind neben den Wünschen der Handwerker auch die der Arbeiter berücksichtigt: es sollen von der Lieferung ausgeschlossen werden Unternehmer, welche die tariflich vereinbarten Löhne nicht zahlen, welche die tariflich geregelte Arbeitszeit nicht einhalten, welche den Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten, welche Lehrlingsausbeutung betreiben, welche die Arbeiten in Strafanstalten und Zwangsarbeitsanstalten herstellen lassen. In ähnlichem Sinne müßte auch in Reichs ein besserer Zustand herbeigeführt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Entschiedenem Widerspruch müssen wir erheben, wenn in die Submissionsbedingungen die Streikklausel aufgenommen wird, die den Unternehmern eine Fristverlängerung bei einem Streik mit den Arbeitern gewährt und ihnen den Rücken gegenüber Forderungen der Arbeiter stärkt. Dadurch untergräbt man ja gerade die einzige gesunde Grundlage, auf der Ausschüssen des Submissionswesens entgegengetreten werden kann. Selbst wenn wir über die Ausschüsse des Submissionswesens ganz eine Meinung wären, so würde eine Verständigung doch unmöglich sein, wenn nicht gleichzeitig diese Regelung für die Rechte der Arbeiter mit vorgenommen wird, ohne die der rückwärtslosen Ausbeutung der Arbeiter nicht entgegengetreten werden kann. Diese Ausbeutung der Arbeiter wird ja mitbedingt durch die gegenseitige Unterbietung der Unternehmer. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Grafen v. Cramer-Plersdorf (L) wird ein konserverhaltener Initiativantrag, auf Antrag des Abg. Wurm (Wirtsch. Vg.) ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung über das Submissionswesen mit zur Debatte gestellt.

Abg. Jrl (Z.): Es ist sehr bedauerlich, daß bei der Beratung unserer Initiativanträge die Bundesratsabrede leer bleibt. — Eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens halten wir nicht für wünschenswert, dazu sind die Verhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reichs zu verschieden. Bayern würde sicherlich durch ein Reichsgesetz nur geschädigt werden. Wir halten lediglich eine landesgesetzliche Regelung für zweckmäßig und durchführbar. — Die Vergabung der staatlichen Arbeiten in Regie, die der Vorredner gefordert hat, bekämpfen wir ganz entschieden.

Abg. Graf v. Cramer-Plersdorf (L): Unser Antrag wünscht, daß das Vergabewesen durch die Reichsbehörden dahin geändert wird, daß bei öffentlichen Ausschreibungen der Zuschlag nur zu einem angemessenen Preis erfolgt, daß für alle handwerksmäßigen Leistungen Tarife aufgestellt werden, deren Festsetzung nach Anhörung von Sachverständigen erfolgt, die auch bei der Ueberwachung und Abnahme der Arbeiten heranzuziehen sind. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat man sich mit Einschluß der Nationalliberalen dahin geeinigt, daß eine einseitige Regelung des Submissionswesens durch das Reich nicht angängig sei. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Trotzdem wollen wir der Ueberweisung des national-liberalen Antrages an eine Kommission zustimmen.

Abg. Bartsch (Sp.): Eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen der Kommission ist der Submissionsentwurf des Hanjabundes. — Die Streikklausel darf aus den Submissionsbedingungen nicht verschwinden, wenn die Unternehmer

nicht ganz erheblich geschädigt werden sollten. — Das Submissionsamt in Sachsen ist ein Mißerfolg, es hat in drei Jahren nur für 300 000 M. Lieferungen vermittelt und dafür 51 500 M. Kosten verursacht.

Abg. Dombel (Vole) befaßt sich über die Vorkottierung polnischer Gewerbetreibenden durch die Staats- und Kommunalbehörden in Westpreußen, Posen und Schlesien. Schon mit Rücksicht darauf ziehen wir eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens der landesgesetzlichen vor.

Nach weiteren Bemerkungen von Abg. Dr. Berner-Giechen und Abg. Berner-Herzfeld schließt die Diskussion. Die Anträge werden einer Kommission überwiesen. Es folgt die Beratung von

Petitionen.

Eine Reihe von Petitionen zur Ländwarensteuer und Jändholzhilfsindustrie verlangen Aufhebung der Ländwarensteuer, Schadloshaltung der geschädigten Arbeiter der Jändholzhilfsindustrie, Gewährung eines Kontingents an die Jändholzhilfsindustrie bezüglich der Jändholzfabrication, Besteuerung von Jändholzhilfsfabrikaten (Schwedenschachteln und Eisenholzdraht).

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung bezüglich der Schadloshaltung der geschädigten Arbeiter, Ueberweisung zur Erwägung bezüglich der Gewährung eines Kontingents, Ueberweisung zur Tagesordnung bezüglich der Aufhebung der Ländwarensteuer und der Einführung einer Steuer auf Schwedenschachteln und Eisenholzdraht.

Abg. Sperlich (Z.) auf der Tribüne unverständlich) scheint sich für die Kontingentierung und die Besteuerung der Schwedenschachteln auszusprechen.

Abg. Hafenzahl (Soz.):

Die Finanzreform und mit ihr das Ländwarensteuergesetz wurde von ihren Schöpfern als nationale Tat ausgegeben, in Wirklichkeit hat sie das deutsche Volk und die Industrie schwer geschädigt. Die Petenten wünschen die Jändholzhilfsfabriken aus ihrer durch das Gesetz verursachten mißlichen Lage zu befreien; die Daten, die sie anführen, sind sehr berechtigt. Es ist geradezu traurig, zu sehen, wie Betriebe, die jahrzehntlang prosperierten, jetzt stillstehen. Eine große Anzahl von Arbeiterfamilien ist dadurch auf das allerschwerste geschädigt und deren Schadloshaltung ist durchaus geboten. Ich kann mich da dem Antrage der Kommission auf Ueberweisung dieses Teiles der Petition an den Reichsanwalt zur Berücksichtigung nur anschließen. Aber ganz entschieden muß ich mich dagegen verwahren, daß eine weitere Steuer auf die Hilfsmittel der Ländwarenindustrie eingeführt wird, wie der Vorredner es wünscht. Die Kommission empfiehlt über diesen Punkt der Petition Ueberweisung zur Tagesordnung. Auch hier kann ich mich dem Antrage der Kommission nur anschließen und ebenso dem Antrage, die Gewährung eines Kontingents dem Reichsanwalt zur Erwägung zu überweisen. Ich möchte zugleich die Herren von der Regierung eruchen, recht schnell für Abhilfe für die schwergeschädigte Industrie und die Arbeiter zu sorgen, denn schnelle Hilfe tut dringend not. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mund (Sp.): Durch die Novelle von 1911 ist der Export von Ländwaren so gut wie unmöglich geworden. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß ein Export wieder ermöglicht wird, um dadurch der schwer geschädigten Industrie zu Hilfe zu kommen.

Die Diskussion schließt. Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Es folgt eine Petition, betreffend

Gewährung der Veteranenbeihilfe.

Abg. v. Deryn (L): Die Veteranenbeihilfe ist heute nicht mehr ausreichend. Ich stelle den Antrag, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Die Petition wird auf Antrag des Abg. Schwabach (nat.) — entgegen dem Antrage der Kommission (Ueberweisung zur Tagesordnung) — zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt eine Petition betr. Änderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Verbot des Handels der Beamten.

Abg. Feuerlein (Soz.):

In der vorliegenden Petition handelt es sich zunächst um eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes. Diese Änderung hat ihre volle Berechtigung. Die Petenten wollen aber eine Verschlechterung des Genossenschaftsrechts zuungunsten der Konsum-

Kleines feuilleton

Berühmte Dichter. In der in Kristiania erscheinenden „Tidens Tegn“ vom 26. Februar ist ein lehrreicher Beitrag dazu zu finden, was sich die Nordische Filmkompanie unter literarischen Filmen vorstellt. Diese dänische Gesellschaft ist es ja, die Lindaus Drama „Der Andere“ von Wassermann spielen läßt, die Hauptmann, Schnitzler usw. gewonnen hat, und für die sich H. D. Ewers, der Freund aller Diktore, so ins Zeug legt. Diese Gesellschaft hat Jonas Lies populärsten Roman „Die Tochter des Kommandeurs“ für das Kino frei bearbeitet lassen und läßt diesen Film jetzt in Kristiania sehen. Die Plakate weisen ein großes Porträt Jonas Lies auf, das von norddeutschen Plaggen umgeben ist. Man sieht: die dänische Kinogesellschaft fühlt international.

Aber was hat sie aus diesem Roman gemacht! Das erwähnte Plakat weist mit Recht darauf hin, daß das Festeinste und Schönste bei Lies Romanen seine einfache, bezügliche Alltagssprache ist. Diese darzustellen, ist das Kino natürlich ohnmächtig; es muß zu Sensationsjahren greifen. Da ist eine Abschiedsbegegnung in dem Roman, eine stille, wunderbar feine Szene. Jan soll in die Welt hinaus und will sich von seiner Geliebten Marthe verabschieden. Sie stehen da, sollen sich Lebewohl sagen, können es nicht und sehen sich nur immer an. Damit schließt das Kapitel. Keine Andeutung, daß Marthe sich dem Jan an diesem Abend hingibt! Das wollte der Dichter den Leser erraten lassen. Was zeigt der „literarische“ Film? Wir bekommen zu sehen, wie Jan — ganz stritte entgegen der Andeutungen im Roman! — die Marthe in sein Zimmer lockt, wie sie schlachten will, während er sie festhält — kurz: eine regelrechte kleine pilante Verführungsszene. Und weiter: Jan stirbt während der Reise. Marthe ist guter Hoffnung und gesteht dies ihrem Vater ein. Wohlgerückt: dieses Geständnis ist von Lie nicht geschilbert, sondern ganz schuldig in einer Zeile im Text erwähnt. Und was bietet der „literarische“ Film? Wir werden zeigen, wie ein Doktor Marthe den Puls fühlt, mit dem Steinhofop ihren Körper behorcht und — merkwürdig genug — schon nach dieser Untersuchung kann er ihrem Vater im Weisem der Familie am Krankenbette erzählen: „Ich muß Sie darauf vorbereiten, daß Ihre Tochter Mutter werden wird.“ Diese Worte stehen ausdrücklich auf dem Bilde.

Also bei Lie fühlen sich zwei junge Menschen zueinander so hingezogen, daß sie einander gar nicht Lebewohl sagen können, sondern dastehen und sich ansehen, sich ansehen. Am Film wird eine hinterlistige Notwendigkeit daraus. Im Roman erklärt die stolze, wahrheitsliebende Tochter ihrem Vater alles. Im Film: siehe oben! Und das ist jene Gesellschaft, die aber Welt einreden will: sie wolle den Kino „veredeln“. Der Fall mit Jonas Lies Roman beweist, daß sie die feinsten Kunstwerke einfach schändel, und daß der „literarische“ Film eine Unmöglichkeit ist!

Sohn soll freilich die Dramen auswählen und die Ueberarbeitung nachprüfen. Noch zur Besichtigung wird auch hinzugefügt: man müsse damit der nichtkontrollierten Verfilmung Jbhens, wie sie die Franzosen mit „Kora“ und der „Frau vom Meere“ getrieben haben, entgegenarbeiten. Doch aber überhaupt jemand auf die Idee kommen konnte, Jbhens, dem Tiefenstauer und Seelenleser, so etwas anzutun, das ist wahrlich ein Schandmal des kapitalistischen Zeitalters. Und Jbhens Sohn sollte es sich reichlich überlegen, diesen Tempelschändern die Hand zu bieten.

Das Film drama ist eine Unmöglichkeit und Geschmacklosigkeit. Daran helfen alle interessierten und nichtinteressierten Einwände nichts. Daß diese wunderbare Erfindung auf anderen Gebieten sich nützlich und fruchtbar erweist, ist ja hier wiederholt hervorgehoben worden. Herbert Eulenberg, der in einer Entgegnung auf Stjehrs schneidige Attade (gleichfalls in der „V. Z.“) es als Verbalhornung ablehnt, dramatische oder epische Arbeiten Handels-gesellschaften zur Verfilmung zu überlassen, glaubt doch, daß es einen Dichter reizen könnte, Pantomimen oder naturwissenschaftliche Jbhens, ein Lehrgebiß oder eine Reisebeschreibung für das Filmtheater zu „komponieren“. Für die meisten dieser Gebiete hat das niemand gelungnet, und es ist deshalb nicht recht verständlich, warum Eulenberg gegen Stjher vom Leder zieht. Den Nutzen haben davon höchstens die „gewissen- und geschmacklos spekulanten“, die auch Eulenberg bekämpfen will.

Drei Finaler von Herbert Eulenberg. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Der vielumstrittene Herbert Eulenberg, der auch in Leipzig trotz der hier erfolgreichen Uraufführung der „Belinde“ noch manche Widersacher hatte, ist nun doch Sieger geworden. Mit drei modernen, stölichen, lose durch einen Prolog verknüpften Finalern in Antiklängen hat er bei der Uraufführung in Leipziger Schauspielhaus einen vollen und ehrenvollen Erfolg erzielt, der um so begreiflicher ist, als Eulenberg sich diesmal bedeutend gemäßigter in seinen trostigen Mitteln und Effekten zeigte, gar nicht mehr streitbar wie einß nur Jpottend und nachdenklich. Den Kustalt gab ein den modernen Anstrich verfallender Schwant. „Die Welt muß betrogen werden“. Das weitaus wertvollste Mittelstück „Die Geschwister“ spielt gar lapridios und led mit der Ehe. Ein liebendes Paar gesteht sich in den Pflitterwunden die Jugendjahren ein; jedes von beiden hat schon ein Kind, sie verzeihen es einander und führen die Geschwister zusammen. Endlich die „Wanderlust“, eigentlich schon auf der Leipziger Presseboute uraufgeführt, lieft den Ehepaaren den Text und mahnt zur Duldsamkeit, wenn der Mann einmal über die Schaur haut. Dieser Akt mit seiner Spielbosennuß gefiel am meisten von allen drei, aus dem Mäden unserer Zeit geschrittenen“ Stücken, um die sich vor allen der treffliche Leipziger Eulenberg-Interpret Hans Sturm verdient gemacht hat. Mehr als mit allen seinen ziellosen Tendenzstücken voll verriegelter Nachromantik wird sich Herbert Eulenberg überall in Deutschland mit diesen Hans Sachsischen Eulenspiegeln durchsetzen. kb.

Musik.

Im Theater Groß-Berlin am Zoo wartete man mit einer neuen Operette „Lord Piccolo“ auf. Ihr fades lang-

weiliges Libretto haben die Autoren Schanzer-Lindau vergebens mittels ältester Ghetto, Witolsch und Wiener Volksliedwischen zu beleben verucht. Drei geistverlegene Geschmacklosigkeiten, auf englischen Boden verpflanzt, von Engländern und Franzosen losgelassen, pocken zum ganzen wie die Haut aufs Auge. Und die Musik? Je nun, Henry Veronh hatte die Freundlichkeit, die Jährer mit einer Mundreihe um die Operette von Wien bis Paris zu überraschen — um daß uns die Originale Johann Strauß, Offenbach und den anderen doch lieber sind. Nachgerade beginnt in Berlin die geschäftsmäßige Jmpotenz böhmisch-taropolitanischer Literatur- und Musikmacher epidemisch zu werden, und es ersicht bitter nötig, gegen all diese „Jmporten“ energisch Front zu machen. „Lord Piccolo“ wäre jämmerlich durchgefallen, wenn nicht verschiedene gute Kräfte, wie Grete Freund, Dorrit Beixler, Földi Augustin und Julius Sachs menschenfreundliches Einsehen gehabt hätten. Ueberdies eignet sich dieser Kunsttempel am Zoo, dank seiner unbegrenzten Räumlichkeit und schlechten Musik, ganz und gar nicht für ein Theater. Und sofern ihm die weibliche Anwohnerschaft nicht dauernd ihre Gunst zuwenden sollte, würde das Theater Groß-Berlin eben bleiben, was es von Haus aus gewesen ist: — eine verhehlte Spekulation. o. k.

Humor und Satire.

Der Mensch — Kraft.

Ein Kapitel Qumbug.

Die Herren Matka und Jaalberg von Belft, zwei holländische Spiritisten, hatten sich vorgenommen, das Geheimnis des Todes zu erglänzen. Die Ergebnisse ihrer Forschungen und Versuche, die mehrere Jahre lang dauerten, veröffentlichten sie jetzt in einem dilettanten Buche. Ihr Bestreben war, die Dichtigkeit, das Volumen und das Gewicht des Menschen nach dem Tode zu messen. Sie nennen diesen Menschen im Gegensatz zu dem physischen Menschen, den wir hienieden kennen, Mensch-Kraft, was nicht mit Kraftmenschen verwechselt werden darf. Der „Mensch-Kraft“ ist nicht eine reine Seele, da man mit ihm physische Experimente machen kann. Er ist aber andererseits auch kein gewöhnlicher Körper, da er für unsere Sinne nicht wahrnehmbar ist. Er ist, wenn man so sagen kann, ein gasiges Mixturen compositum. Um seine Eigenschaften zu definieren, haben ihn die beiden Holländer auf den Wat einiger Geister aus ihrem Bekanntenkreise — worunter natürlich Geister aus dem Jenseits zu verstehen sind — in einen eigens konstruierten Apparat hineinbefördert; dieser Apparat heißt „Dynamistograph“ oder Kraftmesser. Als die beiden Holländer im Jahre 1904 ihre sechsunddreißigste „Séance“ mit Geistern abhielten, sagte ihnen ein Klopfgestir folgendes: „Rückt euch zwei Zylinder aus Pappendeckel, die für die Luft undurchdringlich sind. Wir Geister kommen durch Pappendeckel leicht hindurch. Bedeckt dann die obere und untere Wand der Zylinder mit Zinnplattchen, durch die wir Geister leicht hindurchgelangen können. Wir werden also in die Zylinder hineingehen, aber nicht wieder hinauskommen können.“ Die Holländer ließen sich das nicht zweimal sagen und konstruierten die Zylinder, die sie mit einem sehr empfindlichen Dampfdruckmesser verbanden. Nach vielen Experimenten gelangten sie dann zu folgenden wichtigen Ergebnissen: I. Ein Steigen, das sich im Manometer zeigte, konnte

Dieselbe Nordische Filmkompanie, die Jonas Lie so erfolgreich verhandelt, beschäftigt jetzt auch Jbhens zu verfilmen. Jbhens

vereine. Aus diesem Grunde ziehen wir vor, lieber bei dem bestehenden erträglichen Zustande zu bleiben. Der Bericht der Kommission hat in sechs Punkten aufgeführt, was den Beamtenkonsumvereinen alles zugemutet werden soll. Der Entwurf läuft auf ein glattes Verbot der Beamtenkonsumvereine hinaus. Die Beamtenkonsumvereine, 300 Vereine mit 250.000 Mitgliedern, stellen auch ein sehr erhebliches Einkommen dar, und diese Vereine haben sich auf ihrer Dresdener Tagung sehr energisch gegen eine Beschränkung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gewendet. Ihr Wort sollte mindestens ebenso schwer in die Waagschale fallen, wie das anderer Mittelstandvereine. Es handelt sich hier auch um die Pflicht der Beamten zu einer sparsamen Haushaltung, die von ihnen ja so oft als sittliche Pflicht hingestellt wird. Die Rechte wendet sich geschlossen gegen die

Konsumvereine.

Ich erinnere Sie daran, daß die „Kreuz-Ztg.“ gegenüber dem Verbot des Ministers v. Rudde an die Eisenbahner, Konsumvereine beizutreten, für das Recht der Eisenbahnbeamten eintrat, sich zum Einkauf ihrer Lebensmittel ebenso gut organisieren zu dürfen, wie die Detaillisten. (Hört! hört! links.) Die Wegernschaft gegen die Konsumvereine wächst sich allmählich zu einer Wegernschaft gegen das Genossenschaftswesen überhaupt aus, so hat eine sächsisch-hannoversche Handelskammer jetzt die gleichen Klagen, die die Handwerker gegen die Konsumvereine erheben, gegen die Handwerker Genossenschaften erhoben. (Hört! hört!) Die Angriffe gegen die Konsumvereine sind nun so bedauerlicher, als sie auch ein sehr beachtenswertes sittliches Moment durch die Erziehung der Mitglieder haben. Es handelt sich bei ihnen um 30.000 Genossenschaften mit 1/2 Millionen Mitgliedern, die bereits einen Umsatz von 223 Millionen M. haben. Es ist töricht, auf dem Wege der Gesetzgebung solche wirtschaftlich notwendigen Organisationen hemmen zu wollen, namentlich in einer Zeit, in der ohnehin über den Rückgang des Bevölkerungszuwachses geklagt wird. Man stellt es oft so hin, als ob die Konsumvereine ausschließlich von der Sozialdemokratie geschaffen worden sind, um die selbstständigen Mittelstandsexistenzen zu vernichten. Dabei zeigt die Statistik, daß die im Handel beschäftigte Bevölkerung stärker zugenommen hat als die Bevölkerung überhaupt. Auch für die Landwirtschaft haben die Konsumvereine eine ganz außerordentliche Bedeutung, selbst von konservativer Seite sind sie als die natürlichen Abnehmer der landwirtschaftlichen Genossenschaften bezeichnet worden und es wurde verlangt, alle Gesetze, die die Konsumvereine an dieser Verbindung hindern wollen, treffen auch die Landwirtschaft. Heute haben die Konsumvereine bereits einen direkten Umsatz von 25 Millionen Mark mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Handelskammer, die die Interessen ihres jeweiligen Bezirks zu begutachten haben, hätten längst erkennen müssen, daß die wirtschaftlichen Neuerfindungen, nämlich die Konsumvereine, nötig seien. Andere Länder, Desterreich, Italien, England, bevorzugen die Konsumvereine sogar. In England haben sich die Bischöfe der katholischen Kirche an die Spitze der Konsumvereine gestellt. Sogar Rußland hat eine Normalordnung für Konsumvereine vor zwei Jahren herausgegeben, deren Hauptzweck darin besteht, den Monopolisierungsbestrebungen der Syndikate entgegenzuwirken. Es ist also kein Ruhmesblatt in unserer Wirtschaftsgeschichte, daß man bei uns das Gegenteil konstatiert hat. Die Konsumvereine stehen auf gesolidem Boden, und seit Bestehen des Genossenschaftsgesetzes ist noch kein einziger Konsumverein aufgelöst worden. Auch ist es Tatsache, daß die Arbeiter in den Konsumvereinen meist kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne haben. Es handelt sich bei den Konsumvereinen nicht um einen parteipolitischen Kampf gegen den Mittelstand, sondern um eine Sicherung der wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung gegenüber den allen Preise vertreibenden Syndikaten. Die Konsumvereine haben bereits ganz gewaltig in unsere Volkswirtschaft eingegriffen, und diese Entwicklung sollte eine weise Gesetzgebung nicht fördern, sondern fördern. Ich bitte daher, den Antrag der Kommission abzulehnen und über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Abg. Chrysant (Z.): Die Ueberweisung der Petition als Material, die die Kommission beantragt, ist das allermindeste, was die Gewerbetreibenden erwarten dürfen. Das Lieferantengeschäft, das ist der Verkauf von Rohmaterialien an Gewerbetreibende durch Konsumvereine, schädigt den Mittelstand ganz ungemein und sollte durch Gesetz unmöglich gemacht werden.

Abg. Sasse (Soz.):

Die Konsumvereinsbewegung kann durch allerlei Maßnahmen nicht mehr aufgehalten werden. Die Handwerker sollten, statt auf die Konsumvereine zu schimpfen, selbst stärker das Genossenschaftswesen pflegen. Auch ohne die Konsumvereine würden die Handwerker in dieselbe Misere geraten sein, in der sie sich befinden, das

nur durch ein begrenztes Wesen verursacht sein. 2. Es konnte nur ein denkendes Wesen sein, denn es beteiligte sich an den Experimenten. 3. Es mußte ein gasförmiges Wesen sein, denn es gehorchte den physikalischen Gesetzen, die die Gase lenken. 4. Die Dichtigkeit jenes Wesens mußte der der Luft gleich sein. Der Rauminhalt des Wesens wurde auf etwa 52 Liter festgesetzt, das Durchschnittsgewicht auf ungefähr 67 Gramm. Unter der Anleitung des Wesens zeichneten die Holländer schließlich eine Körperform, die sie später in Ton nachbildeten und welche ahnen läßt, daß der Mensch in seinem zweiten Leben wie eine Glaspuppe aussieht. Die Holländer machen noch eine ganze Anzahl ähnlicher Mittelungen, die die höchste Interesse erwecken müssen. Man erfährt beispielsweise, daß der „Mensch-Kraft“ ganz mit Elektricität geladen ist. Nun darf man aber nicht glauben, daß man endlich Ruhe hat, wenn man als „Mensch-Kraft“ das zweite Leben erreicht hat: man lebt auch dann nicht ewiglich, sondern ist nach wie vor den Gesetzen der Natur unterworfen; nachdem das zweite Leben durchschnittlich hundert Jahre gedauert hat, zerfällt der „Mensch-Kraft“.

Horizen.

— Reinhardt als Filmregisseur. Zuerst wurde es dementiert und dann wurde es Tatsache: Reinhardt geht jetzt auch zum Film über. Er wird für die „Union“ einige Werke, die von namhaften Autoren speziell für das Kino verfaßt wurden, inszenieren. Mit allen Schikane der Kunst versteht sich.

— Vorträge. Am Sonnabend (Georgenstr. 30/31) spricht Dr. Klose an einem von der Humboldt-Universität veranstalteten Abend über das Thema: „Bedrohung und Erhaltung der märkischen Landschaft“ (mit Lichtbildern). Der Eintritt ist frei.

— In der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft hält am Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 Uhr (Landwirtschaftliche Hochschule, Invalidenstr. 42) Karl Forster, Ständehilfsleiter in Bornim, einen Projektionsvortrag mit farbigen Lichtbildern über „Moderne Blütenstände der praktischen und unpraktischen Sorten und Verwendungsmethoden“. Gaffe willkommen.

— Die Kenner der Eisenbahnbehörde. Am Magdeburger Stadt-Theater sollte der „Lokomotivführer Claussen“ von W. Müller-Eberhart zur Aufführung gelangen, aber die Eisenbahn-Direktion wünschte das Verbot und Magistrat und Polizeiverwaltung hatten nichts Eiligeres zu tun, als das Stück das an über 60 Bühnen unbeanstandet aufgeführt wurde, prompt zu verbieten.

— Felix Draeseke ist in Dresden, wo er nach vielem Wandern Boden gefaßt hatte, im Alter von 77 Jahren gestorben. Er gehörte als Komponist zu den Schülern Liszts und war in seiner Jugend ein leidenschaftlicher Partizipant der „Neubewegten“. Wagner und Liszt waren seine Götter und mit Hans von Bülow, dem genialen Feuerkopf, verband ihn bald dauernde Freundschaft. Später hat er sich mehr klassischen Formen zugewandt und ist ein „Salber“ geworden. Von Draesekes Kompositionen, die sowohl der Einsamkeit wie der Kammermusik, der Kantate angehören, hat man eine dauernde Bedeutung errungen. Zuletzt hat er noch ein auf vier Abende berechnetes Christus-Oratorium geschaffen, das auch in Berlin aufgeführt wurde.

ist durch unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung bedingt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung, deren Resultat zunächst zweifelhaft und die daher durch Himmelssturz erfolgt, stimmen 60 Abgeordnete für den Antrag Albrecht (Soz.) auf Uebertragung zur Tagesordnung, 41 dagegen. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Etat der Reichseisenbahnen, Petitionen.)

Schluß 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

141. Sitzung. Mittwoch, den 26. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. (Arbeitsvermittlung.)

Abg. v. d. Oken (L.): Herr Leinert hat gestern von dem Terrorismus der Arbeitgeber gesprochen, aber die rücksichtslose Hineinzwangung der Arbeiter in die Gewerkschaften ist ebenso bekannt, als wie daß die Sozialdemokraten alle Mittel, gesetzliche und ungesetzliche, anwenden, auch die Mittel der Sabotage. (Lurche der Sozialdemokraten: Wo?) Ah, das pfeifen ja die Spahen von den Dächern, ich will nicht die Zeit des Hauses zu näherer Ausführung in Anspruch nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir danken dem Minister, daß er das sozialdemokratische Verlangen, gegen die Magdeburger Bäderordnung vorzugehen, zurückgewiesen und den Grundhaft aufrecht erhalten hat, daß der preussische Staatsgedanke über den Parteien steht. (Beifall rechts. — Frommer Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Der Staat muß den Arbeitsnachweis dem Kampf der Parteien entziehen, die sogenannten partitischen Arbeitsnachweise werden von der Sozialdemokratie tendenziös ausgenutzt. (Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Sydow: Der Zweck des Arbeitsnachweises darf nur sein, den geeigneten Arbeiter an die geeignete Stelle zu bringen, er darf aber nicht zum Kampfmittel von irgend einer Seite verwendet werden. Das kann man noch dem bloßen Namen nicht erkennen. Der Arbeitsnachweis des Zechenverbandes z. B. funktioniert vollkommen unparteiisch, es ist nicht eine Beschwerde aus Arbeiterkreisen gegen ihn gekommen. Es gibt auch Arbeitnehmernachweise, die vollkommen unparteiisch funktionieren, zum Beispiel der der Heimarbeiterinnen. Der Name „partitisch“ allein tut es nicht. Bei den partitischen Nachweisen besteht nach zwei Seiten die Gefahr der Einseitigkeit, einmal in der Anwendung des Streitreglements und dann in der Reizung, den partitischen Nachweis nur den Angehörigen derjenigen Organisationen, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben, unter Zurückstellung und Benachteiligung anderer Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaften verlangen, daß im Arbeitsnachweis die Arbeiter vor dem Eintritt in bestimmte Betriebe gewarnt werden; die Gewerkschaften wenden sich auch dagegen, daß Arbeiter, die aus einem mit Aussperrung belegten Betrieb kommen, den Unternehmern als ausgesperrte bezeichnet werden. Herr Leinert hat erklärt, ein solches Vorgehen würde keine wirkliche Parität sein, dadurch würde es diesen Arbeitern unmöglich gemacht, Arbeit zu finden. Aber ist es denn umgekehrt anders? Wenn einem Arbeitgeber, dessen Betrieb befreit ist, die Zufuhr von Arbeitern abgeschnitten wird, ist ihm doch die Existenz ebenso unmöglich gemacht! (Sehr richtig! rechts.) Also am besten, man läßt dieses Streitreglement fallen, wofür sich ja auch der von der Linken als Sozialreformer bezeichnete Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus ausgesprochen hat. — Wenn durch den Arbeitsnachweis Arbeiter, die einer bestimmten Organisation nicht angehören, zurückgestellt werden, so ist das ein Mittel, die Arbeiter in die Organisationen hineinzuzwingen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) So lange wir nicht auf dem Standpunkt stehen, daß nur die Arbeiter zählen, die einer Organisation angehören, müssen wir dahin wirken, daß auch die nichtorganisierten Arbeiter sich ebenso betätigen können, als die organisierten. Sonst ist es keine Parität. Die Regierung wird nur solche Arbeitsnachweise unterstützen, die den Arbeitsnachweis zu keinem anderen Zweck, als zu dem der Arbeitsvermittlung und mit voller Unparteilichkeit betreiben. Die Arbeitsnachweisverbände können durch Ausgleich nützlich wirken, ich hoffe, daß der vom Reich unterstützte Deutsche Arbeitsnachweisverband auch erkennen wird, daß es auf die Unparteilichkeit und nicht auf die formelle Parität ankommt. — Der Minister spricht nun über den gestern vom Abg. Leinert besprochenen Fall in Hannover, wo die Stadt die Geschäftsordnung des städtischen Arbeitsnachweises auf Verlangen der Lokalaristelle der Maler die Bestimmung aufnahm, daß Mitglieder der tarifschließenden Verbände vor Nichtmitgliedern bevorzugt werden sollen. (Hört! hört! rechts.) Dies wurde aus Arbeiterkreisen zur Sprache gebracht und ich griff ein. Der Regierungspräsident setzte sich mit der Stadt in Verbindung und die Klausel wurde gestrichen. Die städtischen Arbeitsnachweise werden aus städtischen Mitteln unterhalten und müssen daher nach allen Richtungen hin unparteiisch arbeiten. (Sehr richtig! rechts.) Damit habe ich den abgeschlossenen Tarifvertrag nicht zwecklos gemacht; es konnte sich auf Grund des Tarifvertrages eine eigene, vom städtischen Arbeitsnachweis unabhängige Vermittlungsstelle bilden. Der Tarifvertrag selbst rechtfertigt auch nicht eine solche unterschiedliche Behandlung. Es handelte sich also um eine Nachfrage gewisser Organisationen den Nichtorganisierten gegenüber, und da eingegriffen, ist die Schuldigkeit der Regierung. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Flesch (Sp.) wünscht eine genaue Statistik über den Stand und die Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise. Nur gemeinsinnige Arbeitsnachweise sind öffentliche und nur partitische sollen unterstützt werden. Die Angriffe des Abg. Just auf die Arbeitsnachweisverbände sind völlig unbegründet. Wir wissen, daß sich die partitische Form nicht überall durchführen läßt, aber alle Arbeitsnachweise, die immer nur einer Seite zur Verfügung stehen, sind schädlich. Die städtischen Arbeitsnachweise müssen auch für die Arbeiter wirken, die keiner der tarifschließenden Organisationen angehören.

Abg. Dr. König (Z.) tritt für Vermehrung der öffentlichen Rechtsanwaltschaften ein. Handelsminister Sydow berichtet ein Mißverständnis des Abg. Flesch, zu dem er selbst Anlaß gegeben haben könnte, dahin, daß gegen den hannoverschen Arbeitsnachweis keine Beschwerde an ihn gelangt sei, sondern gegen einen anderen und da habe er erfahren, daß der in Hannover ebenso eingerichtet sei. Daraufhin sei er vorgegangen.

Abg. Leinert (Soz.):

Ich habe von dem Minister nicht verlangt, daß er Arbeitsnachweise der Gewerkschaften unterstütze, sondern ich habe ihm vorgeschrieben, daß sein Vorgehen die so schwierigen Tarifverhandlungen stören müsse. Der Reichstagsrat für das Malergewerbe steht keineswegs damit im Widerspruch, daß Angehörige der tarifschließenden Organisationen bei der Arbeitsvermittlung bevorzugt werden sollen. Zur Durchführung des Tarifvertrages werden die Arbeitsnachweise verpflichtet, und wenn da unter dem unparteiischen Vorbehalt eines Magistratsbeamten, unter Beteiligung des Verwalters des Arbeitsnachweises und mit dem Einverständnis der Arbeitgeber beschlossene wird, den Tarifvertrag durch Bevorzugung der Angehörigen der Tarifparteien durchzuführen, so ist dagegen nicht das geringste zu sagen. Der Minister hat auch nicht anführen können, daß irgend eine Beschwerde darüber an ihn ergangen sei, er hat sogar ausdrücklich erklärt, daß diese ganze Störung des gegenseitigen Verhältnisses

von oben her durch ihn ganz selbstständig beseitigt worden ist. Abg. Flesch sagte, der Minister sei im Recht, wenn die Städte die Einrichtung

ihres Arbeitsnachweises allen Einwohnern gleichmäßig zur Verfügung stellen. Das ist aber doch auch bei anderen städtischen Einrichtungen nicht der Fall, so bei einer Stadthalle u. a. m., wo bestimmte Kreise zur Benutzung zugelassen, andere davon ausgeschlossen sind. Hier handelt es sich darum, daß die Städte doch auch Vereine gemeinnütziger, politischer, sozialpolitischer oder patriotischer Natur mit barem Geld unterstützen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der auf Grund tariflicher Vereinbarungen geschaffene Arbeitsnachweis zu betrachten. Es war von der Stadt gar nicht verlangt worden, daß sie ihren Arbeitsnachweis zur Durchführung des Tarifvertrages zur Verfügung stelle, aber die Stadt Hannover ist bestrebt, alle bestehenden Arbeitsnachweise dem übrigen anzugleichen und kommt dabei den betreffenden Organisationen möglichst entgegen. Der Minister hat in seiner Verfügung und in seiner heutigen Rede Licht und Schatten durchaus nicht gleich verteilt. Er spricht immer nur von einer Bevorzugung der den tarifschließenden Organisationen angehörenden Arbeiter durch den Arbeitsnachweis in Hannover, aber niemals davon, daß doch auch die diesen Organisationen angehörenden Arbeitgeber bevorzugt werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er spricht nur von dem Druck, der auf unorganisierte Arbeiter hierdurch ausgeübt werden könnte, niemals aber von dem Druck, der auf unorganisierte Arbeitgeber stattdessen kann. Sollte der Minister unparteiisch handeln, so müßte er auch die Arbeitgeber ins Auge fassen. Wir haben aber von ihm noch

niemals eine Mißbilligung des Arbeitgeberterrorismus,

sei es, daß er sich gegen nichtorganisierte Arbeitgeber richtete, sei es, daß er von den Vätern, Schlägern und Zerscherungen durch die beschäftigten Verbände überläßt wird, gehört. Der ganze Ausgang dieser Debatten wird nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern in der ganzen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft das Gefühl hervorrufen, daß sich der Minister einseitig für die Interessen der Arbeitgeber einsetzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister meinte, es könnte sich ja auch ein Arbeitsnachweis der tarifschließenden Organisationen unabhängig vom städtischen Arbeitsnachweis bilden. Ja, weiß er denn nicht, daß die Beitreibungen der öffentlichen Arbeitsnachweise auf möglichsten Zusammenschluß hinausgehen, um allen Anforderungen gerecht werden zu können? Das gute Funktionieren des Arbeitsnachweises Hannover ist von allen Beteiligten festgestellt. Um so schlimmer ist der Mißgriff des Ministers. Er braucht nur die Herren zu fragen, die in schwerer, wochenlangender Arbeit die Tarifverträge und Schiedssprüche ausarbeiten müssen, um zu erkennen, daß er durch sein weder formell, noch inhaltlich berechtigtes Vorgehen den Tarifgebanen nicht gefördert hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar: Im § 7 des Reichsarbeitsvertrages der Maler steht, daß das Eingehen des Arbeitsverhältnisses nicht von der Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation abhängig gemacht werden darf und weiter heißt es, daß andere oder nichtorganisierte Arbeiter nicht belästigt werden dürfen. Es ist also die volle Arbeitsfreiheit vorgegeben, damit steht die Bevorzugung Organisierten im Widerspruch. Die Verfügung des Ministers hat sich auch nicht nur auf die Arbeiter bezogen, sondern sie spricht von den nichtorganisierten Angehörigen des Malergewerbes, das gilt ebenso gut für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer. Die Schlussfolgerungen des Abg. Leinert sind also unrichtig.

Abg. Krause-Waldenburg (N.) stellt sich ganz auf den Standpunkt des Ministers; die Arbeiter müssen von dem Zwang, sich nur an die partitischen Nachweise zu wenden, befreit werden. Ich freue mich, daß der Minister das gute Funktionieren des Zechenachweises anerkannt hat. (Beifall rechts.)

Abg. Haarmann (natl.): Leinerts lange Reden können das Haus nicht beeinflussen. Die Parität in Ehren, aber es fehlt für ihre Durchführung die Voraussetzung, weil die Sozialdemokraten die Parität erst dann als gegeben ansehen, wenn die Arbeitgeber die Segel streichen. Der Zechenverband ist durch das gute Zeugnis des Ministers zu einer Wohltat für die Arbeiter geworden. (Wachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Schwarze Listen!) Die Zechen können

doch nicht jeden Stroch einkellen

(Große Unruhe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten) und müssen Herr im Hause bleiben. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Kein einziger Arbeiter hat sich über den Zechenarbeitsnachweis beklagt. (Abg. Hoffmann: Weil er sonst auf die schwarze Liste kommt.) Ah, so blöde sind bei uns die Arbeiter nicht! Die Sozialdemokratie will keinen Frieden. (Abg. Hoffmann: Sie sind der richtige Friedensengel! — Weiterleitet.) Wenn Glück und Zufriedenheit in die Hütten der Bergarbeiter einziehen, wäre es ja mit der Sozialdemokratie vorbei! (Lachen bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Nach Annahme eines Schlußantrages stellt

Abg. Leinert (Soz.) persönlich gegenüber einer Ableitung Haarmanns fest, daß Dr. Beumer (natl.) gleiche Unterstützung wie für die partitischen, auch für die Arbeitgeber nachweise erfordert hat.

Abg. Dr. Crüger (Sp.) fragt darüber, daß die Staatsubvention für gewerbliche Genossenschaften ganz dem Hauptverband dieser Genossenschaften zugute komme, der dafür die Genossenschaften unentgeltlich kontrolliert; dadurch werden die auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften benachteiligt. Warum ist das Genossenschaftswesen nicht ein Prüfungsfach für Handelslehrer?

Ein Kommissar: Es werden auch Beifügen zu genossenschaftlichen Lehrkursen gegeben und Darlehen für die erste Einrichtung neuer Genossenschaften.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Hammer (L.) wird der Handels- und Gewerbeetat erledigt, und es folgt der Bergwerks-Etat.

Abg. v. Hasell (L.) bespricht die günstigen finanziellen Ergebnisse der Staatsbergwerke. Die jetzige Hochkonjunktur dürfte nicht plötzlich abbrechen und nach einem Abflauen bald wieder besser werden, denn sie beruht nicht auf ungeordneter Spekulation, sondern auf der Erhöhung der inländischen Kaufkraft. — Die Syndikate haben eine große Bedeutung, aber ihre Auswüchse müssen bekämpft werden. Die Besteuerung der Hausbrandlohe trotz dem Einbruch des Staates zeigt seinen geringen Einfluß. Der muß gestärkt werden. Bei einer Erneuerung des Kohlenyndikats muß versucht werden, die Stellung minder ertragreicher Zechen zu verbessern. Das wird freilich sehr schwer sein. Seit langen Jahren haben wir in diesem Jahre den ersten günstigen Etat — hoffentlich wird sich die große Arbeit, die der Staat für seine Bergwerke aufgewendet hat, auch weiterhin rentieren. (Beifall rechts.)

Abg. Krust (Z.) bittet, bei Eintritt der Notwendigkeit einer Herabminderung der Saargrubenbelegschaft den Arbeiterüberschuß auf den Ruhrgebiets anzulegen. Die Abschichtwerzigen legen die Wiedereinführung der ermäßigten Kohlenausfuhrtarife nahe. Die Hausbrandlohe darf nicht ohne Not verteuert werden. Eine Richtenerneuerung des Kohlenyndikats könnte für den westfälischen Kohlenbergbau schlimme Folgen haben. Auf den Staatszechen müssen gewiß neue Schachtanlagen gebaut werden, wenn dies aber in einem Maße geschehen sollte, daß der Privatbergbau unrentabel würde, so würden wir die Mittel nicht bewilligen. (Beifall im Zentrum.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, 2 Uhr nachmittags.

Schluß gegen 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Menschenverrichtung in Ostafrika. — Unterdrückungspolitik.

Die Debatte über den Bau der Mittelbahn in Kamerun (von Quala nach dem Kong) wurde in der Mittwochssitzung der Budgetkommission des Reichstags fortgesetzt. Die gesamten Baukosten der 800 Kilometer langen Bahn sind auf 40 Millionen Mark veranschlagt, für die ersten 35 Kilometer sind aber bereits 21 Millionen ausgegeben worden. Von allen Parteien wurde am Mittwoch der Regierung vorgehalten, daß sie

Jeber Karen Auskunst über die wirtschaftliche Durchführbarkeit des Bahnbauausbaues ausweicht, ebenso auch darüber, ob der Vorschlag erheblich überschritten werde. Die Regierung bietet weiter nichts als Hoffnungen, aber keine Sicherheit. Genosse Koste verlangt Auskunst über die Preise für Eisenbahnschienen, da das Reich vom Schienenhandel wenigstens früher — sehr übertrieben — ist. — Nach Angabe der Regierung erstreckt wegen der Schienenlieferung ein langjähriger Vertrag, der akzeptable Preise für Schienen enthält. — Nach einer kurzen Aussprache über die Konzeptionsgesellschaften und die Eingeborenenreferate wurde eine Resolution angenommen, die die Regierung ersucht, alsbald für die Gebietsstelle von Neu-Kamerun die erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung von Eingeborenenreferaten und zur Sicherung der Handelsfreiheit deutscher Kaufleute zu treffen.

Damit war der Etat für Kamerun erledigt; es folgte der Etat für Ostafrika. In Dar es Salaam ist von der Behörde eine Art Elabormarkt eingerichtet worden. Auf die Eingeborenen wird ein direkter Arbeitszwang ausgeübt. — Staatssekretär Solf erklärt, daß nur ein Bezirksamtman ein solchen Arbeitsmarkt einrichtete, worauf der Gouverneur an den Amtmann einen Erlaß richtete, Zwang dürfe nicht gegen die Eingeborenen ausgeübt werden. Genosse Koste erklärte, so wie bisher könne in Ostafrika nicht weiter gewirtschaftet und gehandelt werden. Ganze Bezirke sind bereits entvölkert worden durch die Weiterentwicklung. Der Staatssekretär habe bei seiner Anwesenheit in Ostafrika die Bestrebungen der Farmer auf Verflagerung der Eingeborenen geradezu unterstützt. — Abg. Erzberger unterstützt diese Darlegungen. Es sei einfach fürchterlich, wie die eingeborene Bevölkerung ruiniert werde. In vielen Bezirken seien ziemlich alle farbigen Frauen spöbilitisch, auf etwa 20 Frauen komme nur ein Kind. In den letzten 25 Jahren sind in Ostafrika 150 Strafexpeditionen ausgeführt worden, wobei

nicht weniger als 150 000 Männer erschossen worden sind. — Staatssekretär Solf betont, die Regierung wolle eine solche Eingeborenenpolitik, daß den Schwarzen auch wirklich der Segen der Zivilisation zuteil wird. Wegen jeden Arbeitszwang werde er immer sein, aber den Weißen könne nicht verboten werden, Plantagenbau zu betreiben. — Unsere Genossen brauchen eine Resolution ein, die die Aufhebung des vom Bezirksamtman von Dar es Salaam eingerichteten Arbeitsmarktes fordert, ferner, daß ähnliche Unternehmungen auch anderwärts nicht geduldet werden dürfen. — Genosse Ledebour wandte sich lebhaft gegen den Plantagenbau, der eine gute Eingeborenenpolitik völlig ausschliesse. Staatssekretär Solf habe als Gouverneur von Samoa vernünftige Eingeborenenpolitik getrieben, jetzt aber sich sehr geändert.

Die Konkurrenzlausel.

Die Kommission des Reichstages behandelte am Mittwoch den § 74c. Nach diesem Paragraphen soll auf die zu leistende Entschädigung das angedeutete werden, was der Handlungsgeldhilfe während der Zeit anderweit erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt. Unsere Vertreter bekämpften jede Anrechnung und beantragten die Ablehnung dieses § 74c; es handle sich nicht um einen Schadenersatz, sondern um eine Gegenleistung des Prinzipals für das Wettbewerbsverbot; das schließe eine Anrechnung aus. Die Rationalisierungs-, Fortschrittler- und das Zentrum lehnten diese Auffassung ab und hielten die Anrechnung u. a. deshalb für notwendig, um für den Angestellten einen materiellen Anreiz zu schaffen, während der Entschädigungszeit tätig zu sein und nicht etwa auf Kosten des Prinzipals das Jahr zu verbringen. — Nachdem der Antrag unserer Genossen gegen 7 Stimmen abgelehnt war, wurde der § 74c der Vorlage in dieser Fassung angenommen: „Der Handlungsgeldhilfe muß sich auf die fällige Entschädigung anrechnen lassen, was er während des Zeitraumes, für den die Entschädigung gezahlt wird, durch anderweitige Verwertung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt, soweit die Entschädigung unter Hinzurechnung dieses Betrags den 1/4fachen Betrag der zuletzt von ihm bezogenen vertragsmäßigen Leistungen übersteigen würde. Bei der Anrechnung bleibt jedoch ein Viertel der Entschädigung außer Ansatz. Für die Dauer der Verbüßung einer Freiheitsstrafe kann der Gehilfe eine Entschädigung nicht verlangen. Der Gehilfe ist verpflichtet, dem Prinzipal auf Erfordern über die Höhe seines Erwerbs Auskunft zu erteilen.“

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

Die Reichstagskommission erledigte am Mittwoch ihre Arbeiten bis auf die Feststellung des Berichts. Eine lebhafteste Auseinandersetzung entspann sich über die von der Subkommission dem Entwurf eingefügte Bestimmung, die denjenigen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben, das Recht auf Wiedereinbürgerung innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes erhält, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verloren hätten, sofern die Bestimmung des § 19 Absatz 1 bereits in Geltung gewesen wäre und die Voraussetzungen des § 7 vorliegen. Es lag ein Amendement Dr. Blum vor, der Bestimmung einzufügen: „seit dem im § 19 angegebenen Zeitpunkt keinen Monat im Ausland behalten hat — ein Jahr nach Ausbürgerung der Entlassungsurkunde“ —, ferner ein Antrag auf Streichung der ganzen Bestimmung. Das Amendement Blum wurde angenommen. Der Antrag auf Streichung — vom Zentrum, dem Nationalliberalen Bed und den Regierungsvertretern bekämpft, von unseren Genossen Bernstein und Dr. Landsberg verteidigt — wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Zu § 26 hatte die Subkommission die Bestimmung eingefügt, daß ehemalige Deutsche, die nach Rückkehr nach Deutschland die erworbene fremde Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung verlieren, von dem Bundesstaat, in dem sie sich niedergelassen haben, eingebürgert werden müssen. Ein Antrag des Abg. Ferrers (Zentrum) verlangt die Streichung letzterer Bestimmung, die auch von den Regierungsvertretern lebhaft bekämpft wird. Genosse Dr. Landsberg erklärte unmissverständlich, er tue deren Ferrers wohl kein Unrecht, wenn er annehme, daß er den Streichungsantrag als freiwilliger Regierungsvorteil gestellt habe. Der Antrag Ferrers wurde mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Gegen die Streichung stimmten Sozialdemokraten, Fortschrittler, der Pole und der Dane. — Ein sozialdemokratischer Antrag auf Zulassung des Verwaltungsverfahrens und Refurres bei abweichenden Bescheiden der Behörden auf Einbürgerungsanträge wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittler, der Polen und der Dänen abgelehnt. Die übrigen Paragraphen wurden ohne Debatte angenommen. Für das ganze Gesetz stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien. — Auf Anfrage des Abgeordneten Blum erklärte der Regierungsvertreter, daß die Artikel nach Inkrafttreten des Gesetzes zwar in ihrer bisherigen Form in Kraftfall käme und in Zukunft lediglich zwecks unfundierter Nachweise aufrechterhalten werde.

Soziales.

Anbahnung von Verkäuferinnen.

Der Redaktionsbesitzer Schiffer war wegen Uebertretung der Gewerbeordnung vom Berliner Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt worden, weil er Verkäuferinnen in seiner offenen Verkaufsstelle in der königgräzer Straße (mit Kaffeekausch verbunden) nicht die gesetzlich vorgeschriebene ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden gewährt habe.

Sichtlich des Strafmaßes legte hiergegen die Staatsanwaltschaft Berufung ein, weil sie die Strafe für viel zu niedrig erachtete.

Das Landgericht in Berlin erhöhte denn auch die Strafe von 30 auf 300 Mark. Das Landgericht führte aus, daß diese höhere Strafe sich aus folgenden Gründen rechtfertige: Erstens sei zu berücksichtigen, daß Angeklagter wegen desselben Vergehens schon vorbestraft sei. Dann komme in Betracht, daß er im vorliegenden Fall die Arbeitskraft der Verkäuferin auf das rücksichtsloseste ausgenutzt habe durch eine Beschäftigung von 8 Uhr früh bis 11 und 12 Uhr nachts. Eine Verkäuferin habe die Stellung aufgeben müssen, weil ihre Gesundheit darunter litt. In Betracht komme auch die Aussage der Zeugin, daß Angeklagter auf ihre Anweisung, es sei ihr schlecht geworden und sie habe sich übergeben, geantwortet habe, er hätte sich schon dreimal übergeben, also zweimal mehr als sie. Aus diesen Gründen genüge nach Annahme des Landgerichts eine Strafe von 30 Mark, wie sie das Schöffengericht ausgesprochen habe, durchaus nicht, sondern es sei eine Strafe von 300 Mark angemessen.

Das Kammergericht verwarf dieser Lage die gegen das Urteil vom Angeklagten eingelegte Revision, die geltend machte, er habe mehrere Geschäfte und könne deshalb die einzelnen nicht so kontrollieren, als unbegründet.

Tagung deutscher Berufsvormünder.

Die achte Tagung der deutschen Berufsvormünder wird am 22. und 23. September d. J. in Stuttgart stattfinden. Zur Verhandlung kommen folgende Themen: 1. Entwicklung und Stand der Berufsvormundschaft in Württemberg. 2. Unterstützung der Berufsvormundschaften durch Vormundschaftsgerichte und Polizei. 3. Fürsorge für wandernde Jugendliche. 4. Unterstützung der Berufsvormünder untereinander.

An die Berufsvormündertagung wird sich unmittelbar die Tagung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit anschließen.

Das Selbstverwaltungsrecht in den Ortskrankenkassen.

Die Bestrebungen zur Verkrümmung des Selbstverwaltungsrechts in den Krankenkassen werden illustriert durch Vorkommnisse in der Chemnitzer Ortskrankenkasse, die zu scharfen Zusammenstößen zwischen Unternehmervertretern und Arbeitervertretern geführt haben. Im Juli d. J. wurde in Chemnitz die Wahl zweier neuer Hilfsarbeiter in der Ortskrankenkasse vorgenommen. Der Versuch, Unternehmer und Arbeiter auf gemeinsame Kandidaten zu vereinen, scheiterte. Die Chemnitzer Unternehmer haben es direkt auf die Verkrümmung der Selbstverwaltung abgesehen. Die gefasste vorgeschriebene zweite Abstimmung, dann die gemeinsame Abstimmung der Unternehmer und der Arbeiter, hat jedoch die Wahl der von den Arbeitern vorgeschlagenen Kandidaten ergeben, und der Kassenvorstand beantragte die Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde. Das Versicherungsamt veranfaltete mit den beiden vorgeschlagenen Hilfsbeamten eine Prüfung und lehnte dann die Bestätigung ab. Die Unternehmer hatten erreicht, was sie wollten. Die Ortskrankenkasse legte dann beim Oberversicherungsamt Berufung ein. Diese wurde verworfen. Das Versicherungsamt hatte von den beiden Kandidaten Arbeiten anfertigen lassen, die naturlicher Weise deren Durchfall zur Folge haben müßte. Die Beamtenstellen sollen eben in Zukunft Militärärzten und sonstigen Unternehmer- und regierungströmenden Elementen vorbehalten sein. Mittlerweile bis zur Erledigung des Streitfalles hatte die Aufsichtsbehörde der Krankenkasse zwei Kassenschreiber aufgedrängt.

In der Generalversammlung der Ortskrankenkasse nun, die sich mit diesem Fall beschäftigte, prallten die Meinungen hart aufeinander. Die Unternehmer machten aus ihrer Parteilichkeit gar kein Hehl. „In Chemnitz ist es Tatsache geworden“, so führte der Vorsitzende der Kasse, Haubold, aus, „was auf allen Krankenkassenkongressen und in allen Parlamentarierberatungen bekämpft worden ist: aus rein politischen Gründen hat man die Selbstverwaltung der Krankenkassen preisgegeben. Chemnitz hat den rühmlichen Verdienst, zuerst diesen Weg schlimmer Reaktion beschritten zu haben. Mit uns haben die Arbeitgeber in der Kasse damals dagegen protestiert, daß man diese Art Gesetzgebung durchführt, und jetzt fügen sich die Arbeitgeber auf diesen Paragraphen, den sie selbst in ihrem Beschlusse als Ausnahmefall gebilligt haben, um die Rechte der Arbeiter mit Füßen zu treten. Welch trauriger Widerspruch zwischen Beschlüssen und Handeln!“

Nach langer Debatte einigte man sich schließlich auf einen Antrag, den Kassenvorstand zu ersuchen, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Jedemfalls aber haben die Auseinandersetzungen darüber gar keinen Zweck gelassen, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen aufgehört hat. Unternehmer und Versicherungsamt haben die Macht, ihre Erwählungen in die Beamtenstellen zu bringen. Niemand aber wird behaupten, daß ein solches Vorgehen der Krankenversicherung einen Dienst erweist.

Gerichts-Zeitung.

Die Polizeiwache als Folterkammer.

Einen Blick in die Geheimnisse einer Polizeistube lieferte wieder einmal eine Verhandlung vor der Strafkammer in Schweidnitz gegen ein der vorläufigen Brandstiftung angeklagtes 14jähriges Mädchen Elise Ferschel aus Langenbielau. Die Anklage war aufgebaut auf das „eigene Geständnis“ der Angeklagten, daß sie auf dem Polizeibureau in Langenbielau „vor einem Polizisten abgelegt hat“. In der Verhandlung vor der Strafkammer in Schweidnitz stellte es sich nun heraus, daß das Mädchen keineswegs die Brandstiftungen freiwillig eingestanden hat, sondern durch Mißhandlungen und Drohungen von dem vernehmenden Polizeibeamten dazu gezwungen wurde. Sie erzählte, daß sie mehr als ihre Unschuld unter Tränen beteuerte, um so häufiger wurde sie geschlagen, so daß sie keinen anderen Ausweg vor den fortgesetzten Mißhandlungen mehr wußte, als ein Geständnis abzulegen. Nur dadurch war sie vor weiteren Drangsalierungen geschützt. Die Angaben des Mädchens wurden nicht nur von dem Vorsitzenden des Gerichts, sondern auch noch von einem Polizisten bestätigt. Inzwischen sind auch die wirklichen Brandstifter, zwei Schulkinder ermittelt worden. Die nicht anders zu erwarten war, wurde das bedauernswerte Mädchen freigesprochen. Die Kosten bezahlte die Staatskasse.

Wenn wir nicht in Preußen-Deutschland leben würden, müßte der Polizist nicht nur nicht die Kosten tragen, sondern ihm müßte auch noch der Prozeß wegen Erpressung unter erschwerenden Umständen, nämlich Mißbrauch der Amtsgewalt, gemacht werden. Aber damit sieht es bei uns bekanntlich recht windig aus.

Alkoholfolge.

Eine an Nordseeufer grenzende Tat führte gestern den Fabrikarbeiter Paul Brandt unter der Anklage der Bedrohung mit dem Verbrechen des Totschlages vor die I. Strafkammer des Landgerichts III. Außerdem hatte sich V. auch noch wegen gefährlicher Körperverletzung und Beamtenbeleidigung zu verantworten. Der Angeklagte, welcher als ein dem Trunke ergebener, arbeitscheuer Mensch geschildert wird, ist schon mehrfach wegen Gewalttätigkeiten verurteilt und auch anderer Delikte vorbestraft. Als er im Herbst

vorigen Jahres wieder einmal aus dem Gefängnis kam, war seine Frau zu Bekannten namens Wank in Reinickendorf gezogen, da sie mit ihrem Mann nicht mehr zusammenleben wollte. Wie der Angeklagte übrigens behauptet, soll seine Frau die Schuld an der Zerstörung der Ehe getragen haben, da sie selbst trunksüchtig sei und es angeblich fertig gebracht habe, ein ganzes Weiberglas mit Schnaps und 26 Glas Bier zu vertilgen. — Der Angeklagte lauerte, als er aus dem Gefängnis wiederkam, seiner Frau täglich auf und geriet hierbei einmal mit dem Ehemann Wank zusammen, auf den er mit einem dicken Kabelaende einschlug. Anfangs Oktober vorigen Jahres kaufte er sich ein Revolver in der wiederholt ausgesprochenen Absicht, seine Frau und dann sich zu erschießen. Am 16. Oktober erschien er wieder in der Wohnung. Als sich seine Frau weigerte, wieder mit ihm zusammenzuziehen, zog er plötzlich den Revolver hervor, setzte ihn an ihren Kopf und drückte ab. Die Waffe versagte jedoch, ebenso auch als er auf die niederstürzende Frau noch mehrmals abdrückte. Wie sich später herausstellte, war dieses Verlangen der Waffe lediglich darauf zurückzuführen, daß ein Bekannter des Angeklagten, den er in einem Lokal den Revolver zeigte, heimlich eine Schraube gelöst hatte, da er nach den Reden des Angeklagten irgendeine Tat vermutete.

Der Angeklagte, der bei seiner Festnahme die Polizeibeamten beschimpfte, erklärte gleich auf der Polizeiwache, man solle ihn nur auf den Geisteszustand untersuchen. Die von dem Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Hoffmann, vorgenommene Untersuchung ergab, daß der Angeklagte ein durch Alkoholimprobiert heruntergekommener, geistig etwas minderwertiger Mensch ist. Mit Rücksicht darauf, daß es der Angeklagte eigentlich nur einem glücklichen Zufall zu verdanken habe, daß er jetzt nicht als Mörder seiner Frau vor den Geschworenen stehe, erkannte die Strafkammer auf 7 Monate Gefängnis.

Erpressung durch einen Beamten?

Der Jangbeamte August Feuer war gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I wegen versuchter Erpressung im Amte angeklagt.

Am 30. Oktober v. Jahres ging das Dienstmädchen des Kriminalkommissars Fritsch mit dessen Hund, einem langhaarigen Hütehund, in der Nähe der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche spazieren. Der Hund war mit einem Halsband versehen, auf welchem sich der Name und die Adresse des Besitzers eingraviert befand. Hierdurch wird, da die Steuermarken sehr häufig abgestohlen werden, die gleichzeitige Anbringung der Steuermarken überflüssig. Trotzdem fing der Angeklagte den Hund mit der Leasinge ein und verlangte von dem Dienstmädchen das übliche Lösegeld von drei Mark. Das Mädchen wußte ansehnend ebenso wenig wie der Angeklagte mit den einschlägigen Bestimmungen Bescheid, es telephonierte deshalb an den Kriminalkommissar, der den Bescheid gab, daß der vollständige Name auf dem Halsband genüge. Der Angeklagte weigerte sich trotzdem, den Hund freizulassen. Erst als er hörte, daß der Herr des Hundes Kriminalkommissar sei, wurde er schwankend und bequeme sich schließlich doch noch dazu, den Hund freizulassen.

In der gestrigen Verhandlung ergab es sich, daß der Angeklagte sich zu jener Zeit erst 14 Tage im Dienst befunden hatte und völlig ungenügend informiert auf die Strafe geschickt worden war. Ihm waren lediglich die straflichen Bestimmungen vorgelesen worden, sodann hatte er darüber eine Art Aufsatz schreiben müssen und damit war die ganze Instruktion beendet. — Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis, das Gericht kam jedoch zu einer Freisprechung, da es als erwiesen ansah, daß der Angeklagte infolge ungenügender Instruktion sich gar nicht der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise bewußt gewesen sei.

Ungültige Vorschrift der Verordnungsverordnung für die Provinz Sachsen.

Die Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen über die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage, die im wesentlichen mit den in anderen Provinzen erlassenen gleichartigen Verordnungen übereinstimmt, enthält die Vorschrift, daß Tanzmusik, Balls und ähnliche Lustbarkeiten in öffentlichen Lokalen, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, Sonntags nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen dürfen. (§ 11.) Ferner ist in § 12 unter Nummer 5 bestimmt, daß an Sonnabenden Tanzlustbarkeiten spätestens nachts 1 Uhr geschlossen werden müßten, wenn nicht eine Verlängerung polizeilich gestattet werde.

Mit Rücksicht auf diese Bestimmungen war der Gastwirt Ledens zu Hohenmarke vom Landgericht in Magdeburg zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er es gebildet hatte, daß eine mit einem Vergnügungsbücherei gekommene Gesellschaft aus Schönebeck vom Sonnabend abends bis Sonntag früh um 4 Uhr in seinem Saal tanzte. Der Amtsdirektor habe die Tanzlustbarkeit in Uebereinstimmung mit dem zitierten § 12 nur bis 1 Uhr früh dulden wollen. Wenn man aber annehmen wollte, es sei keine öffentliche Tanzlustbarkeit gewesen, dann käme § 11 in Frage, wonach eine Tanzlustbarkeit am Sonntag nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen dürfe. Die Morgenstunden gehörten schon zum Sonntag.

Das Kammergericht gab der vom Angeklagten eingelegten Revision statt und sprach den Angeklagten frei. Zur Begründung wurde ausgeführt:

Der § 12 Ziffer 5 der Verordnung des Oberpräsidenten, wonach Sonnabenden Tanzlustbarkeiten spätestens um 1 Uhr nachts geschlossen werden müßten, falls nicht eine Verlängerung polizeilich gestattet sei, sei ungültig, soweit es sich um gewöhnliche Sonnabende handle. Die Bestimmung finde keine Stütze in der Kabinettsorder von 1837, wonach Bestimmungen zum Schutze der äußeren Heiligkeit der Sonn- und Feiertage erlassen werden könnten. Daran könne diese Bestimmung hier, wo es sich um einen gewöhnlichen Sonnabend handle, wegen Ungültigkeit überhaupt nicht in Frage kommen. Bezüglich der Vortage vor den großen Festen und einiger hervorragender Feiertage (Totensonntag) wäre die Rechtslage allerdings eine andere. Darum handle es sich hier aber nicht. — Was nun die Bestimmung des § 11 angehe, wonach alle Tanzmusik und Balls in öffentlichen Lokalen, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, an Sonntagen nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen dürfen, so sei sie zwar gültig, hier aber nicht anwendbar. Hier handle es sich gar nicht um eine Tanzlustbarkeit, die am Sonntage begonnen worden sei, sondern um eine am Sonnabend begonnene Tanzlustbarkeit, die nach Witternacht fortgesetzt worden sei. Es rechtfertige sich die Freisprechung.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Ein Berlin. Wanderfahrten am Sonntag, den 2. März. I. Treuenbrietzen-Luderswalde. Abfahrt Potsdamer Fernbahnhof 5.30 vormittags. II. Strausberg-Brühl-Neuenberg. Abfahrt Schleißer Bahnhof 6.30 vormittags. III. Friedrichshagen-Rädersdorf. Abfahrt Schleißer Bahnhof 7.03 vormittags. IV. Dubromänderung. Abfahrt Berliner Bahnhof 6.55. Johannisthal 7.09 vormittags nach Groß-Becken. V. Finstertag-Weidow-Finstertag. Abfahrt Berliner Fernbahnhof 1.33 nachmittags. Frauen und Mädchen werden gebeten, der Frauenerkrankungen wegen nicht teilzunehmen. Gäste willkommen.

Witterungsbericht vom 26. Februar 1913.

Stationen	Barometer-Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer-Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.
Swinemünde	762	SW	2	1	Apparanda	751	SD	2	12
Darß-Zingst	761	SD	1	1	Beiersburg	759	SD	2	12
Berlin	768	SD	1	1	Schiff	768	SD	2	12
Frankfurt a. M.	764	SD	1	1	Aberdeen	752	SD	2	12
Rüsselsheim	765	SD	1	1	Paris	760	SD	2	12
Wien	766	SD	1	1					

Weiterprognose für Donnerstag, den 27. Februar 1913.

Wolkig heiter, nachts leichter Frost, am Tage mild bei mäßigen südwestlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Inserent Gerunde, dem Abteilungsleiter Paul Trodler zum heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Die Funktionäre der 17. Abt. 6. Kreis. 27/1

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
2. Abteilung (Nachmittag).
Am 25. Februar verstarb unser Mitglied, der Falger

Otto Kosche.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Buch- und Stein-druckerei - Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 25. Februar verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Mitglied

Otto Kosche
im Alter von 29 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-friedhof in Friedrichshagen statt.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.
Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Wilhelm Tschammler
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
14/4 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Niederbarnim.
Bez. Friedrichshagen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 21. Februar, unser langjähriger Genosse, der Zimmerer

Ernst Bohne
im Alter von 35 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedrichshagener Friedhofes aus statt.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenarbeiter

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiterin

Am 24. d. Mts. entfiel nach langem, schwerem Leiden mein lieber Vater, unser guter Bruder und Schwager, der Schlachtermeister

Moritz Grafe
im 57. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetriibt an
Robert Grafe.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.

Dankfagung.
Für die bewährte Teilnahme und für die Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Frida Mallon** sagen allen Beteiligten herzlichsten Dank.
Otto Mallon nebst Frau und Geschwistern, Beuststr. 28.

Dankfagung.
Für die uns erwiesene Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter allen Teilnehmern herzlichsten Dank.
Richard Lelschner und Kinder.

Dankfagung.
Für die großen Beweise der Liebe und gütigen Teilnahme beim Heim-gange meines so früh verstorbenen Mannes spreche ich hiermit allen Kollegen und Kolleginnen, Freunden und Bekannten meinen tiefempfundenen Dank aus.

Frau Marie Stamer
geb. Kramp, nebst Kindern, Reußstr., Vertheilsdorfer Straße 14.

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter, der Witwe

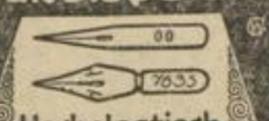
Karoline Hellmann
sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Süßmilchs Festsäle
Bornholmer Str. 7.
Säle für Einsegnungen, Hochzeiten, Eisbeisetzungen und Vereine im März noch einige Daten frei.

Freier Bund
Einkaufs- u. Produktionsgenossenschaft
Freier Gast- und Schankwirte
Berlins und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Berlin.
Montag, den 10. März 1913, nachmittags 5 Uhr, beim Genossen **Anton Boeker**, Weberstr. 17:
Ordentliche General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht des Aufsichtsrats. 4. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 5. Beschlussempfehlung über Bilanz und Gewinnverteilung. 25768
Der Vorstand.
Herrn Matthes, Hob. Greth.

Spezialarzt
Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintraute jeder Art, Ehrlich Gota-Kuren in u. Co. lang. Laborat. 1. Stut. untersuchung. Näden I. Harnst. gegenüber Friedrichstr. 81, Genopitium. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-9. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

FÜR DIE SCHULE



Hochelastisch bis in die züsster Spitze
Heintze & Blanckertz
Erste deutsche Stahlfedernfabrik
BERLIN

Vorwärtsleser Rabatt.
Letzte Woche!!
Inventur-
Ausnahmepreis

Ein Posten neuester
Prima - Bouclé -
Teppiche
Beispiellos billig!

Größe ca.	Mt. Bisher
165/235 cm	19 ⁷⁵ (27.00)
200/300 cm	31 ⁵⁰ (45.00)
250/350 cm	46 ⁵⁰ (65.00)
300/400 cm	74 ⁵⁰ (107.50)

Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
Räumungs - Extralistie
(enorm billiger Angebote)
gratis und franko.

Cigaretten
der
Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III



Sie unterstützen uns, wenn Sie bei Ihrem Cigarrenhändler unsere Cigaretten fordern.
Vertreter:
P. Horsch, Engelufer 15,
Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Adlerstr. 174, am Roddenplatz.
2. Wahlkreis: W.: Gust Schmidt, Kirchbischstr. 14, hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Guelienaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brunnstr. 31, Hof rechts port.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 130. — Richard Hadelebush, Vetersburgerplatz 4 (Laden).
5. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Linderplatz 14/15.
6. Wahlkreis: West: Leo Buch, Tennishausstr. 12 (Dof).
Wedding: J. Hönisch, Kagerstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunn: Fischer, Bastianstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Carl Marx, Guelienhagenstr. 27.
Adlershof: Carl Schwertfeger, Hilmardstr. 10.
Alt-Glienieke: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Dornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Fraze, Wühlstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohndorf, Genossenschaftshaus "Paradies".
Charlottenburg: Gustav Schaubert, Seidenbinderstr. 1.
Eichwalde, Schmückwitz: Oskar Kahl, Studenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Emil Hoffmann, Friedrichshagenstr. 6.
Friedrichsdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Gölzbarth, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernice, Altkir. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Emil Hermann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Genschur, Parkstr. 6.
Karlshorst: Richard Rüter, Adolstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Hegerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: E. Heßberg, Kaulsdorf, Erdmannstraße 17.
Mariendorf: August Lepp, Gaussestr. 206, Dof.
Mariensfeld: Emil Weiner, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Leub, Hegerstraße.
Neukölln: W. Heinrich, Wedarstr. 2, im Laden; Reußstr., Dof.; Kehr, Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Lehme: Carl Freitag.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Haber, Wühlmenshofstr. 17, II.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Ruchholz, Blankenburg: Rigmann, Wühlstr. 30.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Gurrich, Döwingerstr. 36, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: H. Rosenkrantz, Wühlstr. 36.
Schenckendorf b. Ruhls-Äpfelhausen: Chr. Hantsche, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breiterstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittmann, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast, Döwingerstr. 10.
Teltow: Wilhelm Dornow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Bernstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Niesholzstraße 412, Laden.
Weißensee, Heinersdorf: R. Jürgmann, Sebanstr. 105, part.
Wilmersdorf, Halensee, Schmaragdort: Paul Squibert, Wühlmensstr. 27.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Härtig, Zeuthen, Miersdorfer Str. 14.
Sämtliche Verteilungsorte sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geteilt.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 19/26.

Diese Woche: **keine Seefische.**
Ab Freitag nachmittag in allen Verkaufsstellen:
Kasseler Rippespeer
Australische Kaninchen
Ferner empfehlen wir:
Maltakartoffeln * Matjesheringe
Deutsches Pflaumenmus per Pfund 30 Pf. Rheinisches Apfelkraut per Pfund 50 Pf.
Neu eingeführt:
Allerfeinsten Malzextrakt | Dr. Weils Nährsalz-Bananen-Kakao
per Dose zu 80 und 150 Pf. | zu 50 Pf. das Paket
Der Vorstand.

Das Ideal der Hausfrau
ist eine
Singer Nähmaschine
Zu haben in sämtlichen Läden mit nebenstehendem „S“-Schild
oder durch unsere Agenten



Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
Filialen in allen Stadtteilen.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken zu 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den vera teten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — —

Die Lieferung erfolgt sofort!

Der Preis dieses herrlichen Luxus-Modells in echt Elde, einschließlich der neuen großen Pathé-Konzert-Schallbörse, die alle bis her igen weit in den Schatten stellt, beträgt nur 60 Mark, der einer Pathé-Doppelplatte 3,30 Mark. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten monatlich nur 3 Mark, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportkosten zu zahlen. Verlangen Sie sofort Probeseudung per Postkarte. —



BIAL & FREUND
Dresden, Postfach 120, 431

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!

Phänomen
GOLD
Feinste Cigarette



Kapitän - Kautabak
Hervorragend feinen Geschmack verdankt der
Kapitän - Kautabak
den guten Ruf, den er unstrittig besitzt. Wachen Sie einen Versuch mit dem echten Kapitän - Kautabak und Sie werden von seiner Güte überzeugt sein.
Verkaufsstellen, wo auch die kleinen Kautabakdosen gratis verabfolgt werden, weiß gern nach:
C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119
(Rönigkbad 3861).

Die Flugblattverbreitung zum Frauentag findet am Freitagabend von den Bezirkslokalen aus statt.

Der kollektive Arbeitsvertrag und die Stadtgemeinde.

Der Ausschuss, der sich mit der Frage eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter zu beschäftigen hatte, hielt nach längerer Pause am Dienstag seine zweite und letzte Sitzung ab.

Der Verband der Staats- und Gemeinbediensteten hatte von einigen namhaften Sozialpolitikern (von Verley, Brentano, Wilbrandt) ein Gutachten in dieser bedeutsamen sozialpolitischen Frage erbeten, und stellen sich diese, entgegen den bürgerlichen Vertretern im Ausschuss, auf den Standpunkt, daß es falsch sei, die Kommune mit Privatbetrieben in diesem Falle in Gegensatz zu bringen.

Und Prof. Dr. Wilbrandt-Tübingen: Die Forderung laienmännlicher, streng geschäftlicher Durchführung der neuen Gemeindeunternehmungen wird um so dringlicher, je umfangreicher diese werden; parallel damit geht die geschäftliche Behandlung des Arbeitsvertrages und demgemäß das Verhandeln mit den Arbeitern und ihren Verbänden.

Letzteres ist es, was die bürgerlichen Vertreter fürchten, sie wollen nicht, daß der konstitutionelle Gedanke des Tarifvertrages auch für die städtischen Unternehmungen zum Durchbruch kommt. Darum stellen sie die praktische Durchführbarkeit bei der Zielsetzung der Betriebe und ihren verschiedenartigen Einrichtungen als unmöglich hin, und dann, so hieß es, seien die Arbeiter nicht einheitlich organisiert, was den Abschluß von Tarifverträgen sehr erschwere.

Es wird auch in diesem Falle, wie bei anderen sozialpolitischen Fragen, erst eines wiederholten Anstoßes bedürfen.

Partei-Angelegenheiten.

Kreis Niederbarnim.

Anlässlich der Frauenversammlungen am Sonntag findet Freitagabend in folgenden Bezirken des Kreises Flugblattverbreitung statt: Bernau, Vorkirch, Friedrichsfelde, Lichtenberg, Ober-Schöneweide, Oranienburg, Pantow, Neikendow-Df und -Wf, Nieder-Schönhausen, Rosenthal, Stralau, Tegel, Waidmannslust, Weissensee.

Charlottenburg. Die Biletts zu der am nächsten Sonntag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr, in der Urania stattfindenden Vorstellung sind von jetzt ab nur noch beim Vorsitzenden Vade, Kaiserin-Augusta-Allee 52, zu haben.

Neukölln. Wegen der am Freitagabend stattfindenden Operetten-Vorstellung bei Miems erfolgt die Flugblattverbreitung für die Versammlungen des Frauentages schon am heutigen Donnerstagabend von den bekannten Ausgabestellen der Bezirke aus.

Mariensfelde-Lichtenrade. Der Bildungsausschuss für Mariensfelde und Lichtenrade veranstaltet am Sonnabend, den 1. März, im Wirtshaus Lichtenrade (Inhaber Puymann) einen heiteren Kunstabend. Anfang 8 1/2 Uhr. Mitwirkende: Frau Gertr. Schmid-Rehner (Rezitationen), Herr Hans Schmid-Rehner (Vieder zur Laute). Eintritt 30 Pf. Nach den Vorträgen Tanz.

Lichtenberg. Zu der am Sonntag, den 2. März, in Kellers Festhale stattfindenden „Fledermaus“-Aufführung sind noch eine beschränkte Anzahl von Biletts in den Expeditionen Geisel, Gartenstraße 1, und Rosenkranz, Al-Borghagen 56, zu haben. Preis 50 Pf. ausschließlich Garderobe.

Pantow. Der Bildungsausschuss hält den zweiten Abend des englischen Kurios im Lokale von Kobot, Mühlenstr. 12, heute abend 8 1/2 Uhr ab. Teilnehmer können sich noch melden, da das Thema des ersten Abends wiederholt wird.

Neikendow-Df. Der Landtagswahlkurzus im „Seebad“ beginnt der Flugblattverbreitung wegen erst um 9 Uhr (pünktlich). Morgen Freitag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung.

Neikendow-Wf. Morgen Freitag, abends, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Freitagabend 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus wichtige Flugblattverbreitung. Der Frauentag findet gemeinsam mit Pantow im Lokale von Kocziß, Kreuzstr. 3/4, statt. Die Genossinnen von Nieder-Schönhausen-Nordend treffen sich Sonntag mittags 12 1/2 Uhr am Strassenbahnhof Nordend. Gemeinsamer Abmarsch pünktlich 1 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Vorfrühling in der Großstadt.

Frühling mitten im Winter. Die Hasel blüht. Ihre goldigen Raupenfäden werden bald stäuben. Tausend-schönchen kuffen an besonders geschützten Stellen bereits den noch winterweissen Rasen. Auch die Schneeglöckchen und Veilchen wollen schon erwachen. Unter der schützenden Decke des weissen Laubes regt sich überall neues Leben.

In den baum- und strauchbepflanzten Alleen und auf den Schmudplätzen der Großstadt beginnt daher jetzt auch wieder die gärtnerische Arbeit. Die Kolonnen der alten Leute, die mit Harke und Reispfaffen, mit Bastbändern und Weidenruten hantieren, sind ins Treffen gerückt. Männer und Frauen sind es mit fremdbildlichen Kumpelgesichtern und fleißigen, hochgeäderten Zitterhänden, die hier ihr Werk verrichten. Ihre Rücken sind krumm, ihre Häupter gebeugt, ihr Gang ist schleppend und schwerfällig.

Emsig sind sie des Morgens bei der Arbeit, die dem Frühling den Weg räumen soll. In den sonnigen Mittagsstunden fühlen sie sich sichtlich am wohlsten. Dann geht ein Schmunzeln über ihre weissen Züge, wenn ihnen der blinkende Lichtschein ein wenig den krummen Rücken wärmt. Aber auch, wenn mich der Feierabendgang an ihnen vorüberführt, sehe ich sie noch immer mit ihrem Werkzeug hantieren, hier einen widerborstigen Zweig festbindend, dort ein paar Lehte, welche Blätter aus dem Rasen herausfegend. Und eine große Liebe zur Natur spricht aus allem, was sie tun.

Rur manchmal hält eines der alten Wesen hüstelnd ein, reißt sich, an den Gartenstiel geschult, ein wenig zurecht und lauscht dem weichen Flöten einer Drossel, die, ein kleiner schwarzer Punkt hoch oben im Nutengeviert einer Hornkrone, der untergehenden Sonne nachjubelt. Dann versinkt das bunte Getriebe der Straße und ihr Lärm erstirbt. Ja, sehe nur die Gruppe der alten, lebensmatten Leute, und unter ihnen das einsam lauschende, krummrückige Mütterlein. Ein neuer Frühling will sich ringsumher entfalten. Herb ist die Luft und doch lind. Hundert Farben haben den rauchigen Großstadthimmel abendlich getönt. An den fahlen Zweigen reihen sich die schwellenden Knospen wie mattglänzende Perlen. Und die Drossel singt — singt dem Frühling entgegen, genau wie damals, als das Mütterlein jung war und noch keine Sorgenrunzeln ihr das Angesicht durchfurcht hatten.

Der Hundefang während der Sperre. Der Deutsche Tierquälerverein in Berlin hat nach einer Besprechung auf dem Polizeipräsidium vom Polizeipräsidenten folgende Zuschrift erhalten:

... Ich mache daraus aufmerksam, daß nur diejenigen Hunde, die frei unterlaufend ohne Begleitung angetroffen und eingekerkert werden, alsbald getötet werden müssen. Alle anderen Hunde können dem sich legitimierenden Besitzer gegen Erlegung des Hanggeldes wieder herausgegeben werden. Doch ist der Name des Besitzers und seine Wohnung möglichst einwandfrei festzustellen und der Abteilung 11 des Polizeipräsidiums zur eventuellen Herbeiführung einer Bestrafung mitzutellen.

Verboten werden von der Verfügung im Landespolizeibezirk Berlin: Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg, Stralau sowie die Gemeindebezirke Weissensee, Neikendow, Friedrichsfelde und Pantow. — Die Polizei von Grünwald macht auf folgendes aufmerksam: Nach § 2 der polizeilichen Verordnung des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin dürfen Hunde von einem zum anderen Ort nur ein- und ausgeführt werden, wenn die ortspolizeiliche Erlaubnis dazu vorhanden ist und wenn das Tier ärztlich untersucht worden ist. Es werden deshalb alle Hunde, die im Grunewald frei oder ohne Maulkorb umherlaufen, gefangen; außerdem erhalten ihre Besitzer noch ein Strafmandat wegen Uebertretung des § 2 der Polizeiverfügung.

Ausstellung südafrikanischer Früchte. Am Mittwoch, den 5. März d. J., wird im Auftrage der südafrikanischen Regierung durch ihren Ministerresidenten in Handelsachen für Europa und Amerika Hr. C. du Plessis-Chiappini in der Zentralmarkthalle I eine Ausstellung der südafrikanischen Früchte (Pflaumen, Birnen, Pfirsiche, Kaktusfrüchte und Weintrauben) eröffnet. Die Ausstellung verfolgt den Zweck, die Interessenten aus dem Publikum und Handelskreisen auf dieses neue Produktionsgebiet aufmerksam zu machen und der Einfuhr die Wege zu ebnen. Der Verkauf findet nur in Originallisten statt.

Für den Arbeiter ist gesorgt bis ins hohe Alter hinein. Dieser kaiserliche Ausspruch wird durch folgende Lokalmeldung kraft bekräftigt: Aus Nahrungsvorsorgen in den Tod gegangen ist gestern der 55jährige Arbeiter Richard Grohmyer. Er, ein nächster, fleißiger Mann, hatte durch lange Krankheit seine Stellung verloren. Da alle seine Bemühungen, wieder Beschäftigung zu finden, hauptsächlich seines Alters wegen vergeblich waren, geriet der Mann in bittere Not. Schließlich mußte er seine Wohnung räumen und irte obdachlos umher. Gestern nachmittags sprang der Bedauernswerte am Tempelhofer Meer vor den Augen zahlreicher Passanten in den Landwehrkanal und ging sofort unter. Rettungsversuche blieben vergeblich. Die Leiche des Lebensmüden, die bald darauf gelandet werden konnte, wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Lebenslicher Paradedrill von Leuten aus der Lichtenberger Erziehungsanstalt!

Von Einwohnern aus Lichtenberg wird uns geschrieben: Es ertönt lauter Gesang! Erstauht reifen die Anwohner die Fenster auf, um zu erforschen, wer auf so leichtfertige Weise am hellen Tage die von der heiligen Hermandad so peinlich gehütete Ruhe zu stören wagt. Schon sehen die Lichtenberger Bürger im Geiste den schweißtreibenden Schwamm seines Amtes walten, da — wer beschreibe das Erstaunen — werden vier Helmstücken sichtbar und unter deren sicherem Geleit und in deren Einverständnis dräusen die Löwe des Viehes, O Sträßburg, O Sträßburg, du wunderliche Stadt, darinnen liegt begraben so mancher Soldat! durch die Lüfte, gelungen von unter polizeilicher Eskorte durch die Straßen marschierenden, im reifen Alter stehenden Jünglingen der Lichtenberger

Erziehungsanstalt. Würde man auch das Abfingen von Arbeiterliedern gestattet haben? Gestattet man auch den Arbeitern, die sich ohne polizeiliche Eskorte gestattet zu bewegen verstehen, die gleichen Freiheiten?

Som Meldewesen.

Am 1. März d. J. tritt die neue Polizeiverordnung über das Meldewesen vom 11. Januar 1913 in Kraft. Da sich noch große Vorräte der bisher gebräuchlichen Formulare für polizeiliche An- und Abmeldungen im Besitze der Fabrikanten und Verkäufer befinden, ist nachgelassen worden, daß die bisherigen Formulare für An- und Abmeldungen bis zum 1. März 1914 neben den neuen Formularen Verwendung finden dürfen.

Einen verhängnisvollen Ausgang nahm ein an sich unbedeutender Streit Dienstagabend in der Turnstraße. In dem Hause Nr. 70 dort befindet sich ein Kientopp. Gegen 8 1/2 Uhr besah sich der 10 Jahre alte Lackierlehrling Friedrich Gärtler aus der Turnstraße 58 mit einem gleichaltrigen Freunde die Aushängebilder. Als drei etwas ältere Burschen, darunter der 19 Jahre alte Arbeiter Willi Kalinowsky, vorbeikamen, lachten sich beide Parteien an. Darüber kam es zum Wortstreit und zu Tätlichkeiten. Als Kalinowsky dem Gärtler eine Ohrfeige gab, sah er dieser und rang mit ihm. Plötzlich fiel Kalinowsky zu Boden und blieb regungslos liegen. Auf der Hilfswoche in der Erasmusstraße, wohin man ihn schleunigst brachte, konnte der Arzt nur noch seinen Tod feststellen. Jemand eine Verletzung war nicht zu sehen. Ohne Zweifel ist der junge Mann in der Aufregung vom Herzschlag gerührt worden. Gärtler wurde nach der Revierwache gebracht, nach Aufklärung des Vorganges aber sofort wieder entlassen.

Eine Falschmünzerwerkstatt wurde in der Hasenstraße in Charlottenburg entdeckt. Ein nicht alltäglicher Zufall führte auf die Spur. In der Nacht zu Mittwoch nahmen zwei Damen am Hasenplatz eine Drochle zu einer Fahrt nach dem Plauer. Als sie dort ausstiegen, zahlte sie mit einem Fünfmarsstück mit dem Bildnis des Königs von Württemberg und der Jahreszahl 1888. Hiermit kamen sie jedoch an den Verkäuferten. Der Kutscher hatte erst unlängst ein solches Geldstück erhalten und zu seinem Leidwesen erfahren müssen, daß es falsch war. Durch diesen Schaden vorichtig gemacht, sah er jetzt genauer zu und erkannte sofort die Fälschung. Als er das Geldstück zurückwies, sah er, wie die jüngere Dame etwas über den Jaun in den Vorgarten des Hauses, vor dem der Wagen hielt, hinüberwarf. Jetzt kam der Mann auf die Vermutung, daß er es mit gewerbsmäßigen Vertreibern der falschen Münzen zu tun habe, und ließ seine Fahrgäste festnehmen. Es ergab sich denn auch, daß die jüngere Dame ein Portemonnaie mit noch sechs falschen Fünfmarsstücken und zwei echten Zehnflennigstücken über den Jaun geworfen hatte. Die Verhafteten entpuppten sich als die Frau und die Tochter des Mechanikers Mühl aus der Hasenstraße 13 zu Charlottenburg. Die Frau gab auch bald zu, daß ihr Mann, der seit längerer Zeit arbeitslos sei, aus Not Formen angefertigt und in der Küche seiner Wohnung die falschen Münzen hergestellt habe. Sie habe vor sechs Wochen damit begonnen, die Fälschlinge in den Verkehr zu bringen. Da sie sehr schlecht gemacht sind, so hatte sie sich besonders die Drochlenstücke als Abnehmer ausgesucht, weil diese beim Zahlen oft im Halbbundel sitzen und nicht so genau zusehen und drausen in der Kälte auch nicht so genau fühlen können. Mutter und Tochter behaupteten, daß letztere von den Fälschungen gar nichts gewußt habe. Es ergab sich jedoch, daß gerade die Tochter den gefährlichen Vorrat über den Jaun geworfen hatte, als sie merkte, daß der Kutscher fluchte. Sie muß also gewußt haben, um was es sich handelte.

Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern mittag in der Turbinenfabrik der A. G. B. in der Gattenstraße. In der Montageabteilung in Prüßfeld war der Monteur Wättnier mit dem Transport einer mehrere Zentner schweren Verschaltung durch einen Ausleger beschäftigt. Dabei trat der Monteur fehl und ließ das Seil los, wodurch die schwere Last auf den Arbeiter fiel und ihn tödlich verletzte. Da eine Tragbahre nicht zur Stelle war, trugen Arbeitskollegen den noch Lebenden nach der Unfallstation. Als die Arbeiter dort ankamen, war der Monteur schon tot.

Es ist ganz verständlich, daß in einem solchen großen Betriebe eine Tragbahre nicht zur Stelle war.

Ein unausgefähter Selbstmord beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Nacht zu Mittwoch gegen 4 Uhr haben Leute, wie sich ein Mann, der ein Weissen auf und ab gegangen war, am Stupfergraben, in der Nähe des Kaiser-Friedrich-Museums auf das Gelände des Spreckanals gesetzt, als ob er sich hätte ausruhen wollen. Plötzlich hörte man einen Knall, und in demselben Augenblick fiel der Mann in das Wasser und ging unter. Die Leiche des Unbekannten, der einen so sicheren Weg zum Tode gewählt hat, ist noch nicht gefunden, ebensowenig die Waffe, mit der er sich einen Schuß beigebracht hatte. Die Zeugen des Vorfalles können auch keine Beschreibung des Unbekannten geben.

Strassenbahnunfall. In einem Zusammenstoß zwischen einem Lastwagen und einem Strassenbahnwagen kam es in der Königgräber Straße. Dort verjuchte ein Fuhrwerk der Firma Joh. Reischle kurz vor einem Wagen der Strassenbahnlinie 1 das Gleis zu kreuzen und wurde angefahren. Infolge des Zusammenpralls wurde der Kutscher Michael Rabnyk vom Bod gefleudert. Er geriet unter seinen eigenen Wagen und wurde überfahren. Er erlitt eine schwere Quetschung des linken Oberarmes und Verletzungen am rechten Bein. Nachdem ihm auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe geleistet worden war, wurde er auf seinen Wunsch nach der Wohnung gebracht.

Ein tödlicher Unfall hat sich in der Potsdamer Straße in Charlottenburg zugetragen. Der 64jährige Paul Urtel, dessen Eltern in der Potsdamer Straße 11 wohnen, hatte sich an einen vorbeifahrenden Möbelwagen angehängt, an dem noch ein zweiter Wagen befestigt war. Als der Kleine abspringen wollte, kam er zu Fall und geriet unter den Möbelwagen, dessen Räder über ihn hinweggingen. Dem Kleinen wurde der Brustkorb vollständig eingebrückt, sodas der Tod auf der Stelle eintrat.

Zum bevorstehenden Umzugstermin und Frühjahrsreinnahmen bringt der Zentralverein für Arbeitsnachweis seine kostenlose Vermittlung von zuverlässigen Wäsch- und Reinnachpersonal in Erinnerung. Bestellungen werden erbeten durch Postkarte: O 54, Müllerstraße 9, oder durch telephonischen Kurus: Amt Norden 3791 bis 3797. Das Bureau ist geöffnet von 8—1 Uhr vormittags. Die Auszahlung erfolgt direkt an die Arbeitenden. Es findet kein irgendwie gearteter Abzug statt, der sich bei den Privatreinigungsinstituten auf 50—75 Pf. pro Arbeitstag beläuft. Die neue Abstellung, Al-Moabit 88, nimmt von 8—11 und von 4—7 Uhr Bestellungen entgegen; Telephon Amt Moabit 9424.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir erinnern daran, daß der Kurzus für Nationalökonomie heute, Donnerstag, mittags 1 Uhr, die Börse beschäftigt. Pünktliches Erscheinen ist absolut notwendig.

Dachstuhlbrand in der Königgräberstraße. Gestern vormittag wurde die Feuerwehr nach der Königgräberstr. 60 gerufen,

wo ein Teil des Dachstuhles brannte. Die Situation sah anfangs bedrohlicher aus, als sie in Wirklichkeit war. Es gelang den Löschmannschaften, innerhalb einer halben Stunde das Feuer zu erlöchen, sodass der Brandschaden nicht allzu erheblich ist. Ueber die Ursache des Brandes konnte nichts festgestellt werden. Die Aufräumungsarbeiten waren nach einer Stunde beendet.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Tot aufgefunden wurde am 24. Februar, vormittags gegen 7 Uhr, vor dem Hause Schönhauser Allee 114 ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender 35 bis 40 Jahre alter Mann.

Der Tote ist etwa 1,65 bis 1,68 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und eben solchen Schnurrbart. Bekleidet war derselbe mit grauem Jacketanzug, welchem B. S. gezeichnetes Halstuch, grauen Strampfen und einer dunklen Schirmmütze. Negligoschleifen wiesen sich an das Reichenschaubaus, Hannoverische Str. 8, wendend. Außerdem nimmt auch jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei, Polizeipräsidium, Zimmer 447 zu 759 IV. 65. 18. Mitteilungen entgegen.

Zu dieser Mitteilung des Polizeipräsidiums sei bemerkt, daß es sich anscheinend um den Mann handelt, der morgens 6 Uhr umfiel und 1 1/2 Stunden ohne jede Hilfe liegen mußte. Als er nach der Unfallstation in der Gaudystraße gebracht wurde, war er schon tot.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die **Einbrotkette** im Rathaus, über deren lebhaften Anfang wir gestern berichteten, dehnte sich stundenlang aus. Stadtv. Rebe (komm.-fortsch.) folgte dem sozialdemokratischen Redner, stieß im großen und ganzen aber in das gleiche Horn, wie die anderen bürgerlichen Redner. Zwar erklärte er, daß er von den Ansichten des Stadtverordneten Dr. Silberstein viele teile, trotzdem aber sehr befriedigt von dem Etat sei. — Eine erheblich gedämpftere Tonart schlug Oberbürgermeister Kaiser an. Natürlich verfuhr er den Vorwurf zu entkräften, daß im Etat eine Bilanzverschleierung enthalten sei, wollte jedoch auch mit der Methode, Ueberschüsse aus Vorjahren zur Bilanzierung heranzuziehen, gebrochen wissen. Ueberschüsse müßten den Ausgleichsfonds zuliegen. Er verkenne nicht — so sagte er weiter —, daß im Interesse der arbeitenden Bevölkerung noch nicht genügend getheilt, und gebe gern zu, daß für die Volksschule noch zu wenig getan werde. Andererseits bestreite aber doch der gute Wille, mit anderen Gemeinden Schritt zu halten. Deshalb steuere man ja auch darauf hin, eine für die Gemeinde seiner Meinung nach notwendige Mischung der Bevölkerung zu erreichen und aus dem Zustand der reinen Arbeiterstadt herauszukommen, natürlich ohne daran zu denken, aus Neukölln einen „Millionärsvorort“, wie Dr. Silberstein gesagt habe, zu machen. Einer Eingemeindung in Berlin stehe er entschieden ablehnend gegenüber; er sei überzeugt, in dem Falle würde die Entwicklung Neuköllns stillstehen. Stadtv. Wuyh (Soz.) wies entschieden die Bemerkungen der bürgerlichen Redner zurück, der Kritik des sozialdemokratischen Stadtrates parteipolitische Motive anzubringen und wies darauf hin, daß jeder Sozialpolitiker dieser Kritik beistimmen werde. Die vorgetragenen Mängel seien leider wahr; habe doch ein Schulrat die Schulfeststellung nach der Sportvereinszugehörigkeit der Schulkinder und ihrer Eltern als notwendig bezeichnet. Im übrigen habe doch der Oberbürgermeister in seinen Ausführungen so manches zugegeben. Mit diesem letzteren sei die sozialdemokratische Fraktion bei der Beurteilung der Finanzpolitik auch in guter Gesellschaft; habe der Oberbürgermeister doch selbst schon vor Jahren scharf gegen den Vortrag der Ueberschüsse aus Vorjahren Stellung genommen. Trotzdem ständen jetzt wieder 200 000 M. aus dieser Quelle im Etat. Das mag streng kaufmännisch keine Bilanzverschleierung sein, grenze kommunalpolitisch aber recht bedenklich daran. Wie da noch Jubelworte über den vorliegenden Etat angestimmt werden könnten, sei ebenso unverständlich, wie die Vergleiche mit den Finanzkalamitäten der auf sozial-kommunalen Gebiete bedeutend mehr leistenden westlichen Vororte. — Nach einer schon vom Stadtv. Dr. Silberstein ihrem Inhalte nach vorausgelegten Rede des Bürgermeisters Dr. Weinreich, in der behauptet wurde, daß Neukölln mit seiner Schule eine gesunde Mitte einnehme, schloß die Debatte. Eine Serie persönlicher Bemerkungen führte noch zu lebhaften Zusammenstößen zwischen Rebe und Wuyh; erst dann entschied man die Verweisung des Etats zur Vorberatung an den Rechnungsausschuß.

In derselben Sitzung erledigte die Versammlung noch einige andere Vorlagen. Gegen die beantragte Erhöhung der Gehälter auf den städtischen Friedhöfen polemisierte Stadtv. Ticker (Soz.) und beantragte, die bisherigen Sätze für Beihelfer von 8, 2 und 1 M. beizubehalten. — Stadtrat Marggraf befruchtete die Erhöhung auf 5, 3 und 1,50 M., was die Versammlung auch beschloß.

Dem Eintritt der Stadtgemeinde zum Groß-Berliner Verein für **Reinigungswesen** mit einem Jahresbeitrag von 300 M. wurde zugestimmt.

Eine längere Debatte rief die Vorlage des Magistrats hervor, in welcher für die weitere Herrichtung des vielumstrittenen **Rönervark** 150 000 M. angefordert werden. — Stadtv. Medizinrat Dr. Dietrich gab endlich mit süß-saurem Gesicht die Zustimmung der Rätebeteiligten kund, wollte aber von den jetzt nach endlosen Vorbereitungen auf 918 155 M. zusammengebrachten Gesamtkosten noch Ersparnisse gemacht haben. — Stadtv. Kloth (Soz.) befruchtete in längeren Ausführungen energisch die endliche Annahme des schönen Projekts und behauptete lebhaft die Kürzbarkeit der früheren Gemeindevorwaltung, die verabsäumt habe, früher, wo die Grundstücke noch billiger zu haben waren, für Freizeitanlagen zu sorgen. Jetzt müsse man leider dafür büßen. Bei dieser Gelegenheit müsse einmal auch darauf hingewiesen werden, daß Neukölln von seinen reichen Bürgern, die große Reichthümer aus dem Bodenbestitz gezogen hätten, für gemeinnützige Zwecke keine einzige Stiftung bis heute erhalten habe. Diesen Reuten müsse einmal öffentlich das Wort des Grafen Poladowsky ins Gedächtnis gerufen werden: „Der Reichthum ist eine ganz angenehme Sache, meist aber kein eigenes Verdienst.“ Das treffe auch auf so manchen Neuköllner zu.

Das vorgelegte Projekt auf **Errichtung eines Schiller-Theaters** in Neukölln verfiel der Vertagung. Die Stadtv. Rebe, Koye, Dr. Dietrich beteuerten zwar alleamt ihre Liebe für ein Theater, wandten sich aber mehr oder weniger lebhaft gegen einen definitiven Beschluß, um noch einmal — wie sie sagten — den Versuch zu machen, von der Schiller-Theatergesellschaft weiteres Entgegenkommen in den Bedingungen des Vertrages zu erreichen. Obwohl schon außer langwierige Verhandlungen nach dieser Richtung hin von der Deputation geschlossen worden sind, wollten die Herren den Vorwurf des Stadtv. Kloth (Soz.), welcher lebhaft das Projekt befürwortete, daß sie die Sache verschleppten, partout nicht auf sich sitzen lassen. Wertwändig war, wie Stadtv. Wuyh (Soz.) feststellte, das völlige Schweigen des Bürgermeisters Dr. Weinreich, welcher sich dauernd um die Angelegenheit bemüht hatte, jetzt aber die von ihm verfertigte Vorlage völlig im Stiche ließ. Ein energischer Wink hinter den Kulissen schen diesen Kunstbesessenen wieder einmal zu einem der nicht seltenen Umfälle verholzen zu haben.

In geheimer Sitzung fand der Vertragentwurf einstimmig Annahme, wonach der Gemeinde der **Witz** vom 1. Juli d. J. ab elektrischer Strom vom Neuköllner Elektrizitätswerk geliefert wird. — Einen heftigen Zusammenstoß, der schließlich die Versammlung sprengte, führte der vom Magistrat vorgelegte Vertrag mit den **Norddeutschen Kabelwerken** herbei. Diese errichten im neuen Hafengebiet ein großes Kabelwerk und in dem Grundstückskaufvertrag verlangt der Magistrat von den Werken, ihren Angestellten das Wohnen in Neukölln zur Pflicht zu machen. Nach einer energischen Abwehr des Stadtverordneten Wuyh (Sozialdemokr.) gegen diesen Wunsch des Freizügigkeitsgesetzes, der einen Verstoß gegen die guten Sitten darstelle, kam es zu heftigen Debatten. Bei der Abstimmung des sozialdemokratischen Antrages auf Befreiung der betreffenden Bestimmung ergab sich dafür zur Heberauschlag der bürgerlichen Fraktionen eine Mehrheit

von 30 Stimmen (gegen 29) für die Streichung. Das wollte man durchaus nicht gelten lassen und verlangte neue Abstimmung, wogegen sich die Sozialdemokraten energisch wehrten. Unter großem Tumult verließen die letzteren schließlich den Saal. Das zurückgebliebene Kampfparslament soll dann trotzdem die erste Abstimmung umgestoßen und die Angestellten der Kabelwerke um ihre Wohnfreiheit gebracht haben.

Wilmerdorf-Galensee.

Die **Stichwahlen** zur Landtagsersatzwahl sind auf heute Donnerstag, den 27. Februar angelegt; die dritte Abteilung, die für uns einzig Frage kommt, wählt von 8 bis 8 Uhr. Sozialdemokratische Wahlmannskandidaten stehen in den Urwahlbezirken 3, 4, 6, 11, 12, 13, 20, 28, 35, 36, 38 und 40 in Stichwahl.

Das **Zentralwahlbüro** befindet sich bei Schilling, Louenburger Str. 20. Hier finden sich die Funktionäre (Wahlzettelführer usw.) nachmittags spätestens 2 Uhr ein.

Die Parteigenossen, die zur Wahlhilfe in Galensee bereit sind, wollen sich nachmittags von 2 1/2 Uhr bei Schwachentwald, Kurfürstendamm 137, einfinden.

Vichterfelde.

Aus der **Gemeindevertretung**. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Gemeindevorsteher Schulz dem Gemeindevorstand Länge zu seinem 25jährigen Jubiläum im Gemeindevorstand die Glückwünsche der Gemeindevertretung dar. Gegen die diesjährige Gemeindevorstandswahl lag ein einziger Einspruch vor, der sich gegen die Nichtaufnahme wegen rezitierender Steuern richtete. Infolge einer Ueide in der Landgemeindevorordnung hat das Oberverwaltungsgericht sich feinerseitig auf einen durchaus reaktionären Standpunkt gestellt und die Aufnahmeverweigerung als berechtigt erklärt. Die Gemeindevertretung wies deshalb den erhobenen Einspruch zurück. Eine etwas unangenehme Ueberbahrung bot die Jahresrechnung des Vielgutes Werben pro 1911. Nach dem Vorschlag des Gemeindevorstandes für das gleiche Jahr war mit einem Ueberschuß von circa 12 000 M. gerechnet worden. Statt dieses Ueberschusses ergab sich eine kolossale Unterbilanz, so daß von der Gemeinde ein Zuschuß von 41 900 M. geleistet werden muß. Dieses unerwartete und unangenehme Ergebnis soll wesentlich auf die große Trockenheit zurückzuführen sein. Leider war der Berichterstatter sehr schwer zu verstehen und sein Vortrag war mindestens so trocken wie das Jahr 1911. Eine rege Debatte entspann sich bezüglich der Änderung des Ortsstatuts gegen die Verunstaltung von Ortsteilen. Die Erörterung des genannten Statuts wurde beantragt in der Hauptsache zum Schutze der Anlagen im Pälatal und des künftigen Parkes an der Steglitz-Vichterfelder Grenze. In diesen sieht das noch unbedeute Kogische Gelände. Auch hier hat die Gemeindevertretung zu dem beliebten Mittel gegriffen, um die unbemittelte Bevölkerung fernzuhalten: sie hat bei Bewahrung dieses Geländes Wohnungen von mindestens vier Zimmern vorgeschrieben. Wir brauchen dort keine Schlafburden“, drückte sich der Gemeindevorstand Lengner geschmackvoll aus. Wenn selbst eine preussische Regierung in den Motiven zu ihrem Wohnungsgesetz gegen gewisse Gemeinden, die den Ausschluß und die Ausräucherung der minderbemittelten Bevölkerungsklassen in der virtuossten Weise handhaben, hat Stellung nehmen müssen, so beweist dies allein schon den gemeindefählichen Charakter der erwähnten Bestrebungen. Zu jenen Gemeinden, die in der Verewigung des Wohnungselendes der unteren Volksklassen etwas Selbstverständliches, man möchte beinahe sagen, „Wünschenswertes“ erblicken, gehört das fast ausschließlich von Grundbesitzern beherrschte Vichterfelde. Schöffe Dr. Dominio belämpfte diese Vorschläge der Wierzimmerwohnungen mit der Motivierung, daß sie die Paulitätigkeit hemme und daß ja selbst wirtschaftlich sehr gut situierte Leute Wohnungen von drei Zimmern beziehen. Es wurde daher in Aussicht genommen, für die Richard-Wagner-Strasse, Richard-Wagner-Platz und Wragmsstraße Vier-, im übrigen Dreizimmerwohnungen bei Genehmigung des Wohnungsplanes zur Bedingung zu machen. Im übrigen wurde das Ortsstatut einstimmig angenommen. Der wegen des sechsseitigen Ausbaues der Anhalter Eisenbahn und des Eintrages des Zweckerbundes — wegen zu geringer Freizeitanlagen — notwendig gewordenen Änderung des Wohnungsplanes östlich der Anhalter Bahn wurde ebenfalls zugestimmt. Am Schluß der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung folgte die erste Lesung des Gemeindehaushalts pro 1913/14, die Gemeindevorsteher Schulz mit einer Einleitung eröffnete. Er wies insbesondere auf die schwierige finanzielle Lage der meisten Gemeinden Groß-Berlins hin, die eine Steuererhöhung notwendig macht. Ebenso läge es auch in Vichterfelde; das Steuerprivileg der Beamten entziehe der Gemeinde allein 102 000 M.; die Vermehrung der Schulen erhöhe die Finanzaufschlag um weitere 90 000 M. Weitere Ausgaben für Rathausneubau, Vorortverkehr, Pfasterungen usw. ständen bevor. Es sei zu erwägen, ob der Rest der Reserven aufgebraucht oder eine Steuererhöhung vorgenommen werden solle; er schlage eine Steuererhöhung vor. Gemeindevorsteher Reher ist ebenfalls für eine solche aber nur bezüglich der Einkommensteuer; der Grundbesitz müsse gesondert, insbesondere die Erhöhung der Steuer für unehabte Grundstücke vermieden werden. Gemeindevorsteher Vließ hält die Lage für schwierig, hat aber, wie er sich ausdrückte, „keine Meinung“ ob Steuererhöhung oder nicht, und bedauert insbesondere das Fehlen von verbenden Anlagen. Gemeindevorsteher Lehmann ist gegen Steuererhöhung mit der Begründung, daß gerade wohlhabende Leute in erster Linie nach den Steuerverhältnissen einer Gemeinde fragen, ehe sie zuziehen. (Herr Lehmann kennt seine Poppenheimer! D. S.) Gemeindevorsteher Krause erhebt ein großes Lamento über die zu hohe Einschätzung und Belastung des Grundbesitzes und ist auch gegen eine Steuererhöhung, solange solche nicht absolut nötig ist. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, der Vorschlag wurde der Staatskommission überwiefen.

Charlottenburg.

Russisches Kalbfleisch. Der Charlottenburger Magistrat hat widersätzlich den Verkauf russischen Kalbfleisches in den Charlottenburger Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung zu den jeweils vom Magistrat Berlin festgelegten Preisen genehmigt.

Schöneberg.

Eine **Fleischverkaufsstelle** hat, worauf wir nochmals hinweisen möchten, die Berliner Konsum-Genossenschaft nimmere auch in Schöneberg in dem Hause Vorbergstr. 8 eingerichtet. Die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, von dem ihrerseits bezogenen Fleisch die erforderliche Quantität an die Genossenschaft abzugeben.

Die **Gewerkschaftskommission** nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst den Jahresbericht entgegen. In Zukunft sollen die Kassenberichte dem zweiten Obmann geführt werden. In den Ausschluß wurden gewählt Marquardt als erster, Penzel als zweiter Obmann, Wilske als Schriftführer. Da durch die Wahl die Metallarbeiter zwei Siege im Ausschluß haben, wurde eine andere Zusammensetzung gewünscht. Durch Abstimmung wurde den Metallarbeitern ein vierter Delegierter zugesandt. In den Bildungsausschuß wurden gewählt Vöfel, Petri, Reumann, Wartin und Warkischki. Als Revisoren Krulow und Hauße. Ueber den städtischen Arbeitsnachweis waren einige Uebelstände vorgebracht und die Arbeitsamputation ersucht worden, Abhilfe zu schaffen. Diese ist ausgelagt worden. Die Sitzungen finden jetzt im Lokal von Penzel statt. Von den Metallarbeitern wurde ein Beschluß zur Kenntnis gebracht, daß sie keine selbständigen Vergütungen mehr abhalten, sondern die vom Bildungsausschuß arrangierten besuchen. Dieser Beschluß wurde für alle Gewerkschaften empfohlen. Es fehlten die Vertreter der Schuhmacher, Schneider, Handlungsgeschäften, Gärtner und Tischler.

Steglitz-Friedenau.

Eine **Schulentslassungsfeier** ist für Sonntag, den 30. März, vom Bildungsausschuß geplant. Eltern, die sich mit ihren Oftern die Schule verlassenden Kindern daran beteiligen wollen, werden ersucht,

sich mündlich oder schriftlich bis zum Sonntag, den 2. März, bei den Genossen Wilhelm Bied, Steglitz, Gordenbergstraße 2, Gartenhaus II und Robert Puth, Friedenau, Rheingaustraße 20, zu melden. Alle in Frage kommenden Arbeitereltern sollten es als ihre Pflicht betrachten, sich mit ihren Kindern an der Feier zu beteiligen. Die Beteiligung ist mit keinerlei Kosten verbunden.

Die **Mitgliederversammlung** des Wahlvereins hatte sich nochmals mit der Frage der Reorganisation zu befassen. Ein hierzu vorliegender Antrag des 10. Bezirks verlangt für einzelne Monate die Verbehalten der bisherigen Zahlende. Die Versammlung beschloß jedoch nach kurzen Auseinandersetzungen Uebergang zur Tagesordnung. Den Bericht über den Ausfall der Landtagswahl gab Genosse Jakobow. In der Diskussion hierüber wurde dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß bei den im Mai stattfindenden allgemeinen Wahlen jeder mehr wie diesmal seine Schulpflicht tun müsse. Der Bericht über die Kreisgeneralarversammlung wurde ohne Debatte entgegengenommen. Die nächste Generalversammlung findet im März im Albrechtshof statt. Alsdann wurde dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Befestigung der Abteilungsveranstaltungen mit Referenten besser funktionieren möge. Eine längere und zum Teil erregte Debatte entspann sich über eine interne Angelegenheit, über deren Verlauf der Vorstand in der nächsten Versammlung Bericht erstatten wird.

Ober-Schönebeide.

Die **Schullasten** hat die Gemeinde im Jahre 1913 aufzubringen für die Volksschule 448 525 M., für das Realgymnasium 78 940 M., für die höhere Mädchenschule 31 000 M. und für die Pflichtfortbildungsschule 9000 M. Allein die Ausgaben für die Volksschule machen 110 Proz. der Gemeindecinkommensteuer und der Forensteuern aus. Gegenwärtig werden die Volksschulen von circa 4400 Kindern besucht. Eine interessante Zusammenstellung ergibt, daß Ober-Schönebeide der mit Kindern reich gelegene Ort in den Gemeinden Groß-Berlins ist, es kommen hier auf 100 Einwohner 18 Volksschüler, in Neukölln sind es zum Beispiel deren nur 12 und in Wilmerdorf gar nur 6. Dieser Zustand erschöpft geradezu die Steuerkraft der Gemeinde, zumal die Beträge, die der Staat zu den Schullasten der Gemeinden beiträgt, nur lächerlich gering sind. Eine Uebernahme der Schullasten auf den Zweckerbund liegt jedenfalls noch in nebelhafter Ferne, erst wird jedenfalls die Finanznot der Gemeinden unerträgliche Formen annehmen müssen, wenn auch in der Frage der Schullastenaufbringung die Vermunft und die Einsicht zur Geltung kommen soll.

Weißensee.

Aus der **Gemeindevertretung**. Dem Erlaß einer Polizeiverordnung zur Bekämpfung der Rattenplage wurde zugestimmt. Danach ist jeder Grundstückseigentümer oder dessen Stellvertreter verpflichtet, die in Bohrräumen, Kellern, Schuppen, Ställen, Dunggruben und anderen Räumlichkeiten überwinternden Stechmücken auf wirksame Weise zu vernichten. Für Verhinderung der Gemeindefriedhofsanlagen wurden 1510 M. bewilligt. — Die im vorigen Jahre hergestellte Kühlanlage auf der Freibank hat 15 800 Mark gekostet. Diese Summe wird der hiesigen Sparkasse als Anleihe entnommen. Der Kreisbeschluß will für das Säuglingskrankenhaus eine Zinsbeihilfe für die Verkaufserlöse gewähren unter der Bedingung, wenn die Gemeinde sich verpflichtet, ohne Rücksicht auf die Konfession alle Kinder aus dem Kreise zu den gleichen Verpflegungssätzen wie die Kinder aus Weihensee aufzunehmen. Weiter sollen alle baulichen Projekte der Genehmigung des Kreises unterliegen, ebenso die Abänderung der Verpflegungssätze und ferner soll dem Kreise das Recht zustehen, alle Verträge betr. die Schwefelsteinpflanzung zu prüfen. Außer der Zinsbeihilfe zahlt der Kreis noch einen Zuschuß von 200 M. pro Bett und Jahr. Diese Bedingungen wurden angenommen. Der Verein der Industriellen hatte in letzter Zeit eine rege Propaganda für die Verbilligung der Strompreise entfaltet und dabei den Wunsch geäußert, in der Elektrizitätskommission vertreten zu sein, um die Wünsche der Industriellen dort mehr zur Geltung zu bringen. Diese Forderung hielt die Gemeindevertretung für berechtigt und wählte den Fabrikbesitzer Niebe in diese Kommission als Bürgerdeputierten, außerdem noch den Syndikus Anoth.

Wannsee.

Auch hier ist jetzt eine Ortsgruppe des Jung-Deutschlandbundes gegründet worden. Und was der Arbeiter-Turnverein nicht erreichte, ja auf dessen Bitte um Ueberlassung der Turnhalle die Gemeindevertretung heute noch die Antwort schuldig ist, daß geht bei Jung-Deutschland wie auf Kommando: die Turnhalle, die Aula, alles steht zur Verfügung und 1900 M. freiwillige Spenden sind bereits gesammelt. Nun sollen die drei ältesten Klassen der Gemeindegymnastie mit herangezogen werden und man hofft auf eine starke Beteiligung. Unsere Genossen werden, soweit dies in ihrer Macht liegt, für Aufklärung über Zweck und Ziel dieser Bewegung unter den Eltern sorgen.

Potsdam.

Die **letzte Stadtverordnetenversammlung** schloß abermals eine Reihe Etats für 1913 fest. Der Etat der Gemeindeabgaben schließt mit einer Einnahme von 1 913 900 M. gegen 1 861 900 M. im Vorjahre. An indirekten Abgaben sind eingestellt die Biersteuer mit 49 000 Mark gegen 50 000 M., die Hundsteuer mit 35 000 M. gegen 37 000 M., die Umsatzsteuer mit 60 000 M. gegen 70 000 M., die Laubbarkleisteuer mit 17 494 M. und die Wertwachstumssteuer mit 15 000 M. gegen 20 000 M. An direkten Abgaben sind eingestellt die Gemeindesteuer bei 110 Proz. mit 953 000 M. gegen 925 000 M., die Abgabe der aktiven Militärpersonen mit 72 000 M., die Grundwertsteuer mit 552 000 M. gegen 540 000 M., die Warenhaussteuer mit 33 000 M. gegen 45 000 M., die Gemeindesteuer mit 107 000 Mark gegen 77 000 M., die Betriebssteuer mit 8000 M. Beim Etat für das Lyzeum und Oberlyzeum wurde festgestellt, daß die Zahl der Schulkinder am Oberlyzeum zurückgeht. Die unterste Klasse hat zurzeit nur sechs Schulkinder, so daß von Oftern ab die beiden untersten Klassen zusammengelegt werden sollen. Beim Etat über die Straßenbahnen wurde angeregt, für die Strecke nach Romowes auch des Vormittags den 7 1/2-Minutenverkehr einzurichten. Zurzeit besteht vormittags nach 15-Minutenverkehr und nur nachmittags tritt 7 1/2-Minutenverkehr ein. Der Bahnbau Bornim-Potsdam wird nächsten ebenfalls vorgenommen werden. Eine Anregung, die Bahn auch durch das holländische Viertel gehen zu lassen, wurde für nicht durchführbar erklärt. Der Markthausplatz ist gegen 14 000 M. jährlich verpachtet. Die Pacht läuft am 1. April 1913 ab. Eine Magistratsvorlage verlangt Verlängerung des Pachtvertrages um drei Jahre und eine kleine Änderung des Tarifs. Während die Änderung des Tarifs angenommen wurde, wird die Vorlage bezüglich des Pachtvertrages zurückgegeben, weil sich mittlerweile andere Pächter gemeldet haben, die eine höhere Summe zahlen wollen.

Romowes.

Eine **Änderung des Ortsnamens** strebt der Haus- und Grundbesitzerverein Neuwendorf an. In seiner letzten Monatsversammlung wurde er den Beschluß, die Änderung zu beantragen. In der Begründung, die gewis allgemeines Kopfschütteln erregen wird, heißt es: „Leider erstreckt sich Romowes in weitem Umkreise noch immer keines guten Rufes, obwohl seine Einwohnererschaft diesen Vorwurf durchaus nicht verdient. Jenes unverständliche Wort aber hat für die Wohnner mancherlei Nachteile wirtschaftlicher Natur. Ist es schon allgemein für Hausbesitzer schwierig, Hypotheken zu erhalten, so gilt dies erst recht für unseren Ort. Keenlich ist es mit der Vermietung der Wohnungen. Solche, die zum Postbezirk Neuhabelberg gehören, werden leichter und zu besseren Preisen vermietet als im Romoweser Ortsteil. Ein zahlungsfähiger Käufer der Großen Sandhölle trat von dem vollständig fertigen Kaufvertrage zurück, als er erfuhr, daß sie zu Romowes gehöre. So wird auch der Gemeindevorstand empfindlich durch den Namen des Ortes geschädigt.“ — Einer ernstlichen Ueber-

legung bedürfen diese Gründe wohl nicht. Wenn jedoch gesagt wird, daß auch der Gemeindefiskus durch den Namen des Ortes empfindlich geschädigt werde, so ist das eine sehr lächerliche, aber durch nichts bewiesene Behauptung. Nicht der Name des Ortes, sondern die Bodenpolitik der Grundbesitzer ist geeignet, den Gemeindefiskus zu schädigen. Es ist doch bekannt, daß in den letzten Jahren verschiedene industrielle Projekte lediglich daran scheiterten, daß die betreffenden Grundbesitzer für das benötigte Gelände, das sie bei der Steuereinsparung bisher lächerlich gering bewerteten, horrende Preise forderten. Sie haben dadurch der Gemeinde weit größeren Schaden zugefügt, als dies durch den verurteilten Ortsnamen möglich wäre. Ist den Grundbesitzern an einer gesunden Weiterentwicklung des Ortes wirklich gelegen, so mögen sie vor allem dafür sorgen, daß nicht durch wucherische Boden speculation die Ansiedlung steuerkräftiger Industriebetriebe unmöglich gemacht wird. — Die von dem Verein gleichzeitig ventilirte Frage der Umgestaltung unseres Ortes nach Potsdam ist ihrer Zweckmäßigkeit wegen in Arbeitkreisen schon längst erwogen worden. Bei den Schwierigkeiten jedoch, die derartigen Projekten seitens der Landbesitzer bereitete werden, ist an eine solche Umgestaltung vorläufig nicht zu denken. Die Arbeiterschaft ist überhaupt der Auffassung, daß nicht nur Kottbawes, sondern auch die anderen Vororte von Potsdam ein Interesse an der Eingemeindung haben.

Zegel.

In der Gemeindevertretung teilte der stellvertretende Vorsitzende Schöffe Reichelt unter anderem mit, daß zur Unterbringung der elektrischen Umformstation nach abermaliger Beratung das ehemalige Postkloppelgrundstück in der Weiststraße von der Kommission ausgewählt und mit den Einrichtungen bereits begonnen worden sei. — Der Verband der größeren preussischen Landgemeinden hatte auch an die Gemeinde Zegel ein Ersuchen gerichtet auf Bewilligung eines Beitrages zur Gründung einer Verbandsstiftung aus Anlaß des 35-jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms II. aus der die Veteranen und ihre Hinterbliebenen unterstützt werden sollen. Genosse Richterberg betonte in der Besprechung die Pflicht des Staates, für die Veteranen zu sorgen, und hält es nicht für angebracht, aus höchsten Interessen oder Rücksichten solche Stiftungen von Gemeinde wegen zu bewilligen. Unsere Genossen lehnten ihre Zustimmung ab; gegen ihre drei Stimmen wurden 200 M. bewilligt. Der im Entschluß begriffene Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsweien hat sich mit seinem bekannten Rundschreiben auch an Zegel zum Beitritt gewandt. Herrn Reichelt schien die pflichtgemäße Bekanntheit nicht recht zu behagen; er hob, als er über das Streben des Vereins nach einer Verringerung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung sprach, hervor, daß Zegel doch von jeher bestrebt gewesen sei, gute und gesunde Wohnungen zu schaffen, es wäre also fraglich, ob Zegel an dem Beitritt gut tue. Herr von Borstig als Mitbegründer dieses Vereins rechtfertigte den Beitritt, obwohl er zugab, daß die Hausbesitzer nicht allzu großes Interesse für den Kleinwohnungsbau bekundeten. Der praktische Arzt Dr. Hennicke betonte den Widerspruch, der darin liege, wenn Staat und Gemeinden durch ihre Steuerpolitik den Bau von besonders Kleinwohnungen verteuerten und hier nun einen solchen Verein propagierten. Auch die Landesversicherungsanstalten, die große Hypothekendarlehen zu niedrigem Zinsfuß hergaben, machten den Hausbesitzern das Leben schwer. Genosse Richterberg empfahl, daß die Gemeinde doch selbst etwas nach dieser Richtung schaffen solle; sie habe so viel freiliegendes Gelände, das ganz gut zu einem Teile für den Kleinwohnungsbau hergegeben werden könnte. Allerdings würde dadurch den Hausbesitzern eine Konkurrenz erwachsen, die sie nicht ohne heute in ihrer Mehrheit wohl nur noch Hypothekendarlehen ihrer Geldgeber. Die Gemeinde selbst habe auch die Pflicht, für größere Wohngelegenheit der Minderbemittelten zu sorgen. Herr v. Borstig würde auch für Hergabe von Gemeindefeld eintreten, wenn er sicher sei, daß 6-7 Proz. Nutzen herausgewirtschaftet werden könnten; das sei aber hier bei den hohen Kosten, die die Gemeinde selbst seinerzeit beim Erwerb aufgewendet habe, ausgeschlossen. Nach längerer Diskussion wurde zunächst auf drei Jahre ein Beitrag von 30 M. beschlossen. Ueber die Verwaltung des Verbandskrankenhauses in Reinickendorf entstand auch diesmal wieder eine umfangreiche Debatte; es wurden verschiedene Vorschläge zur Verbilligung der Unterhaltungskosten, zur Herabsetzung des Anteils der Zegeler Gemeinde daran erörtert. Hierbei wurde auch erwähnt, daß bei einem Kurkostenfuß von 3 M. nicht auszukommen sei, Berlin rechnet mit 4 M. Vor einigen Jahren hielten die Krankenkassen ihre Mitglieder von diesem Krankenhause zurück wegen der höheren Sätze, die sich nötig gemacht hatten, doch mußte man wieder herabgehen und infolgedessen Geld zulegen. Die Gemeinde hatte im vorigen Jahre 40 000 M. in diesem 60 000 M. Zuschuß zu leisten. Schließlich wurde einem von anderen Gemeinden gemachten Vorschlage zugestimmt, mit Rücksicht auf die Höhe der von den beteiligten Gemeinden zu leistenden Zuschüsse für Vermehrung des Kuratoriums um vier Gemeindeglieder einzutreten.

Spandan.

Eine wahre Völkerwanderung rief die am Dienstagabend nach dem Neuen Stadttheater einberufene öffentliche Versammlung hervor. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war der große Saal gedrängt voll. Trotzdem alle Tische entfernt wurden und die Besucher immer enger zusammenrückten, mußte der Saal polizeilich abgeperrt werden. Etwa 2500 Personen waren im Saal und den Nebenräumen anwesend, während weit über 1000 keinen Einlaß mehr finden konnten. Gen. Karl Viehnecht, welcher bei seinem Erscheinen von der Versammlung lebhaft begrüßt wurde, hielt hierauf einen temperamentsvollen und zündenden Vortrag über das Thema: „Die Sünden des Preussischen Landtags und die bevorstehende Neuwahl“. In großen Zügen führte der Referent den Verfall der Nation vor Augen, welche wichtige Aufgaben der Landtag zu erfüllen hat. An dem preussischen Staat als Arbeitgeber, an der preussischen Polizeiwirtschaft, der schmachvollen Rechtslosigkeit der Staatsarbeiter sowie an der immer krasser zutage tretenden Gewaltenteilung übte Viehnecht scharfende Kritik. Auf die Jahrhundertwende übergehend, betonte der Redner, es gelte die Fortsetzung des Freiheitskampfes von damals, Erfüllung der dem Volke gegebenen Versprechungen, Befreiung des Vaterlandes aus der Dreiklassenherrschaft. Wie 1813 von den Freiheitskämpfern der äußere Feind aus dem Lande getrieben wurde, so müsse im Jahre 1913 der innere Feind, die Volksherrschaft, bekämpft werden. Stimmlicher, anhaltender Beifall folgte dem Vortrage. Genosse Böllner ersuchte zum Schluß die Anwesenden, die sozialdemokratischen Versammlungen auch in Zukunft so zahlreich zu besuchen. Die nächste Versammlung findet am 6. März im Neuen Stadttheater statt, in welcher Landtagsabgeordneter Genosse Vorwärts sprechen wird. Es sei weiter Pflicht eines jeden Wählers, dem Wahlverein beizutreten und auf den „Vorwärts“ zu abonnieren.

Soziales Elend oder Bequemlichkeit der Eltern? Diese Fragen spielen eine große Rolle bei den auf Antrag unserer Genossen im Stadtparlament veranlasseten Erhebungen, wieviel Kinder ohne warmes Frühstück zur Schule kommen. Bei den zuerst angestellten Erhebungen wurde festgestellt, daß in der 2. Gemeindefschule 3, 5. Gemeindefschule 4, 6. (Katholische) Gemeindefschule 30, 7. Gemeindefschule 8, 9. Gemeindefschule 8, 10. Gemeindefschule 8, 11. Gemeindefschule 1, 12. Gemeindefschule 11 und in der Hilfschule 3, insgesamt 82 Kinder ohne Frühstück zur Schule kamen. Die Schuldeputation ersich darauf an die Direktoren der Gemeindefschulen folgende Verfügung: „Wir ersuchen noch um gef. vertrauliche Feststellungen, woran es liegt, daß die von Ihnen angegebenen Kinder ohne warmes Frühstück zur Schule kommen, ob die Bequemlichkeit der Eltern daran Schuld hat, oder die sozialen Verhältnisse derselben es nicht zulassen. Wir bitten, die Nachforschun-

gen in diskreter Weise vornehmen zu wollen.“ Interessant sind nun die Antworten der einzelnen Direktoren, die zum Teil auch von deren sozialem Verständnis Zeugnis ablegen. Die Antwort in der 6. Gemeindefschule (Direktor Kohstall) lautet: „Die von mir vernommenen Kinder geben als Grund dafür, daß sie kein warmes Frühstück erhielten, ohne Ausnahme an, daß die Mütter entweder noch schlafen oder schon früh zur Arbeit gehen müßten. Soziale Not scheint nirgends der Grund zu sein.“ 7. Gemeindefschule: „Der Grund liegt bei sieben Kindern in den sozialen Verhältnissen, bei einem Kinde an der Bequemlichkeit der Eltern.“ 9. Gemeindefschule (Direktor Winger): „Daß die Kinder ohne Kaffee zur Schule kommen, liegt nicht an der Armut der Eltern, sondern an der Faulheit der Mütter oder der großen Anaben selbst, die zu faul sind, rechtzeitig aufzustehen. Nur bei einem Schüler sind infolge des Todes der Mutter traurige Verhältnisse, so daß für ihn schon Fürsorgeerziehung beantragt ist. Eine Einrichtung seitens der Schule, die obengenannten Kinder mit Kaffee zu versorgen, würde Mütter und Kinder in ihrer Faulheit bestärken.“ 10. Gemeindefschule: 3 Kinder bekommen jetzt Frühstück, bei 2 Kindern Bequemlichkeit der Eltern.“ Hilfschule: „Das Mädchen hat keine Mutter, es herrscht Unordnung. Der Vater, Gelegenheitsarbeiter und Trinker, läßt nach Aussage des Mädchens keinen Kaffee übrig. Das Frühstück besteht aus einer Schrippe, auch des Mittags bekommt das Kind nichts Warmes. Erst zum Abend kocht es für sich, den Vater und den Bruder Kartoffeln. Eine Nachfrage im Hause hat ergeben, daß die beiden Kinder öfter Hunger leiden.“ Die erneuten Feststellungen der Direktoren hatten folgendes Ergebnis:

	Düne warmes Frühstück Kinder	Bequemlichkeit der Eltern	Soziale Not
2. Gemeindefschule	2	1	1
5. "	1	1	—
6. "	33	83	—
7. "	8	1	7
8. "	8	8	—
10. "	2	2	—
11. "	1	1	—
12. "	11	10	1
Hilfschule	1	—	1
	67	87	10

Die Schuldeputation fasste hierauf folgenden Beschluß: „Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl der Kinder, welche infolge Armut der Eltern morgens ohne warmes Frühstück zur Schule kommen, wird von einer Schulpflicht abgesehen. Die Direktoren sollen aufgefordert werden, sich in besonderen Fällen mit den Kinderorten wegen Verabreichung von Frühstück an die Kinder in Verbindung zu setzen.“ Auffallend an diesen Feststellungen ist die verhältnismäßig geringe Zahl der Kinder, die ohne Frühstück zur Schule kommen. In Wirklichkeit muß die Zahl der mangelnden Kinder eine erheblich größere sein. An den Antworten einzelner Direktoren noch Kritik zu üben, erübrigt sich. Feststellen wollen wir nur, daß die Stadt Charlottenburg in jeder Gemeindefschule durchschnittlich an 30 Kinder Frühstück und an 15 Kinder Mittagessen verabreicht. Spandan, das ohne weiteres für Erbauung eines Jugendheims für die patriotische Jugend 50 000 Mark bewilligte, hat für Schulpflicht armer Kinder kein Geld.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Tempelhof. Heute Donnerstag, nachmittags 5½ Uhr, im Gemeindefstungssaal, Dorstr. 42.
Nieder-Schöneweide. Heute Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindefhauses, Pfingstberg, Grünauer Straße 1.
Franz. Buchholz. Freitag, den 28. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses.
Mit-Glenside. Freitag, den 28. Februar, nachmittags 6½ Uhr, im Bohnhagen Lokal.
Friedrichshagen. Freitag, den 28. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Friedrichstr. 87.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Koloniale Ethik.

Die Herrenmoral der deutschen „Kulturpioniere“ treibt seltsame Blüten. Dafür zwei Beispiele.
Das Eingeborenen-Gericht zu Dar es Salam (Deutsch-Ostafrika) verurteilte, wie die „Kolonial-Korrespondenz“ mitteilt, ein Indertweib wegen Verführung von Askaris (eingeborenen Soldaten) und Verführung deutscher Kaufleute Einrichtungen zu einem Monat Gefängnis und 100 Rupien Geldstrafe. Das Weib hatte in ihrem Hause vor Zeugen einem Askari zugerufen: „Du glaubst wohl, weil Dir das Gouvernament Lohn und eine Uniform gibt, bist Du etwas Besonderes. Du bist gar nichts! Tritt zu uns in den Dienst, dann kriegst Du ebenfalls 20 Rupien Lohn und bist wenigstens etwas.“
Dieselbe Korrespondenz teilt weiter mit:
Gegenwärtig, wo die Ausländerfrage auf den deutschen Universitäten lebhaft erörtert wird, dürfte es von Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß die Universitätsbehörden sogar Regern den Zugang zu den Vorlesungen ermöglichen. An der Berliner Universität hat der Leiter eines Seminars im laufenden Semester einen schwarzen Rufensohn sogar zu den seminaristischen Vorlesungen zugelassen. Auch in den ehrwürdigen Leserräumen der neuen Berliner königlichen Bibliothek haben die Regier bereits Bürgerrecht erworben!
Stedt der Regier im bunten Rock als Repräsentant des deutschen Kolonialmilitarismus, dann wird er mit allen Mitteln geschützt. Will der Afrikaner aber in ehrlichem Bemühen sich Kultur und Wissen aneignen, dann inszenieren die germanischen Herrenmenschen eine Hege gegen ihn.

60 Personen durch eine Minenexplosion getötet.

Nach amtlichen Meldungen beträgt die Zahl der bei einer Minenexplosion in dem spanischen Hafen Gijon Getöteten 24. Darunter soll sich auch der die Arbeiten leitende Ingenieur und der Unternehmer befinden. Die Anzahl der Verwundeten ist beträchtlich. Man glaubt, daß außerdem noch zahlreiche Personen unter den Trümmern liegen. — Die Katastrophe ereignete sich folgendermaßen: Eine Mine von 3500 Kilogramm schwarzen Pulvers war gelegt worden, um einen Fels zu sprengen. Die Sprengung mißglückte und die Mine, die nach hinten losging, schleuderte einen wahren Regen von Steinen auf die Zuschauer und die Schiffe im Hafen.
Nach anderweitigen Meldungen soll die Zahl der Opfer weit größer sein und sich auf 60 Tote und 100 Verletzte belaufen.

Kleine Notizen.

Grubenkatastrophen. Auf der Höhe „Tranonia“ bei Dortmund wurden am Mittwochvormittag zwei Bergleute von hereinbrechendem Gestein verschüttet und lebend gefahrlich verletzt. Es besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. — Auch auf der „Schlesiengrube“ bei Beuthen kürzten große Kohlenmassen ab, die mehrere Bergleute begruben. Der Bergmann Nowak konnte nur noch als Leiche geborgen werden, während die anderen miterschüttelten Kameraden gerettet werden konnten.
Güterbahnverkehr. Als am Dienstagabend aus einem auf der Station Stendal haltenden Personenzuge Güter ausgeladen werden sollten, fiel eine schwere Riste auf den neben einem Wagen stehenden Zugführer Richard Roetger aus Minden. Der Beamte wurde dabei so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Wieder ein Flieger verunglückt. In Röhhausen a. G.

unternahm der nach dem Habsheimer Flugplatz abkommandierte Fliegeroffizier Oberleutnant Linke vom 34. Aufkläreregiment in Stettin am Mittwochvormittag mit dem gleichfalls als Fliegeroffizier nach Habsheim abkommandierten Unteroffizier Westwieder vom Telegraphenbataillon 4 in Karlsruhe mit einem Heißluftballon einen Probeflug. Bei einer etwas scharf genommenen Kurze stürzte das Flugzeug in etwa 20 Meter Höhe nach hinten aus und stürzte zur Erde. Der Unteroffizier war auf der Stelle tot, der Oberleutnant trug nur unbedeutende Verletzungen davon.

Ein Flugzeugfabrikant im Auto verunglückt. Bei einer Automobilfahrt von München nach Frankfurt verunglückte Dienstag bei Rohrbrunn im Speßart der Inhaber der Münchener Otto-Flugzeugwerke mit seiner Gattin. Das Automobil überfuhr sich, als es einem Dolchhauer ausweichen wollte. Otto und seine Frau sind schwer verletzt. Sie wurden vom Waldarbeiter unter den Trümmern des Automobils herbeigetragen. Herr Otto hatte erst kürzlich dadurch von sich reden gemacht, daß er mit seiner ihm jüngst angetrauten Gattin eine Hochzeitsreise im Aeroplan unternommen hatte.

Nach ein Opfer der Autovarie. In Eisenach ereignete sich am Mittwoch in der Frankfurter Straße ein schweres Automobilunglück. Beim Nehmen einer Kurze überfuhr sich ein Wagen der dortigen Fahrzeugfabrik und begrub die Insassen unter sich. Während der Chauffeur mit leichten Verletzungen davonkam, wurde dem 35 Jahre alten Betriebsingenieur Wallgrün der Brustkorb eingedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das Automobil wurde vollständig zerkleinert.

Eine furchtbare Explosion hat sich in dem Bergwerk von Raiping in China ereignet. 18 Personen wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, von 12 bis 1 Uhr abends, wochentags von 7½ bis 9½ Uhr abends, Sonnabends, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Momentanbeurteilung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. W. 402. Die Gebühren des Anwalts sind nach einem höheren Urteil herabgesetzt, als die Gerichtskosten, Ersuchen Sie den Anwalt unter Hinweis auf die Gerichtskostenrechnung um Abkündigung seiner Mandatation. Anderes Erachten muß der Anwalt seine Kosten nach dem Objekt von 300-450 M. berechnen und kann dabei nur 33,75 M. verlangen.

2. 200. Sie selber sind nicht verpflichtet, für das Kind zu sorgen. Wenden Sie sich direkt an die Armenverwaltung und machen Sie dem Vormundschaftsgericht Mitteilung. — G. R. 23. Der Besitzer des Hundes erscheint in vollem Umfange erschuldigt. Den Sachhabern können Sie ersuchen, verlangen, auch muß der Eigentümer des Tieres ihnen ein angemessenes Schmerzensgeld zahlen. Falls eine gütliche Einigung nicht zustande kommt, müßten Sie klagen. — M. 12. 1. 2. Eine Pfändung des Lohnes bis zur Höhe von 3 M. erscheint zulässig. Die Mutter des Kindes ist zur Zahlung eines Alimentenanteils nicht verpflichtet. — Z. 20.

Der Schwager ist zur Zahlung des Erbteils der beiden jüngsten Geschwister nach dem Vater nicht verpflichtet, da er anscheinend gar nicht im Besitz derselben war. Fragen Sie beim Vormundschaftsgericht an, wo das Erbteil nach dem Vater angelegt ist. — W. R. 20. Die Gründe sind an sich zur Entscheidung ausreichend. Ob Verjährung oder Verjährung vorliegt, läßt Ihr Brief nicht erkennen. — Z. 23. 451. 1. und 2. Nein.

Z. 70. Ohne Kenntnis der näheren Umstände läßt sich nicht sagen, ob die Angelegenheit über das notwendige Maß hinaus verzögert ist. Falls die Auseinandersetzung beim Gericht schwebt, steht es Ihnen frei, sich bei dem aufsichtführenden Richter des Amtsgerichts zu beschweren.

2. G. 22. Ihre Einsichtnahme in den Mietvertrag, insbesondere ohne Kenntnis des Inhalts des Nachtrages läßt sich die Frage nicht beantworten. — G. R. 10. Klagen, für die kein Vertrittsmann bestellt, entstehen einer gelunden Basis, wenn die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung erfolgt; also auch nicht zu empfehlen. Wenden Sie sich an die Justizkommission der Krankenkassen, Alexanderstr. 39/40. — H. W. 1888. Auf den 30. Mal.

G. 2. 78. Adressieren Sie Ihr Gesuch: An die Kaiser-Wilhelm-Spende zu Berlin. — D. G. 222. Schriftführer Dolle vom Bund der freien Arbeitervereine gibt Ihnen gern die gewünschte Auskunft. Adresse: Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Str. 47. — Galenssee-Park. Wenden Sie sich an den Genossen Karl Wölfling in Gernrode am Harz. — H. W. 500. Nach Ihrer Darstellung ist das eine Verlochung und ist in das Verzeichnis des einzelnen gestellt. — K. 3. An die übliche Feuerwehr zu Renthof. Alles Weitere erfahren Sie dort. — Original-Nachb. Auf den 30. März. — Z. G. 3. Können Sie unter Zustimmung einer Karte am besten selbst feststellen.

Marktpreise von Berlin am 25. Februar 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,82 bis 19,70, mittel 19,46-19,54, geringe 19,30-19,38. Roggen, gute Sorte 16,53-16,55, mittel 16,49-16,51, geringe 16,45-16,47 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,70-17,30, mittel 16,00-16,69, geringe 15,40-15,90. Hafer, gute Sorte 18,90-20,30, mittel 16,60-18,20 (frei Wagen und ab Bahn).

Marktpreise von Berlin am 25. Februar 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Speiseerbsen, weiße 35,00-30,00. Linen 35,00-30,00. Kartoffeln (Kleinbül.) 6,00-10,00. 1 Kilogramm Hirsefleisch, von der Sorte 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,60-2,10. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00. 40 Stck Eier 4,20-6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40-2,40. Kalle 1,60-3,20. Jander 1,40-3,60. Dichte 1,60-2,80. Karise 1,00-2,40. Schokolade 1,60-3,20. Mele 0,80-1,60. 60 Stck Krebse 4,00-24,00.

Wasserstands-Nachrichten von der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	25. 2.	24. 2.	cm	cm		25. 2.	24. 2.	cm	cm
Remel, Elbe	308,8	309,4	+0,6	+16	Saale, Großh.	122	123	—	—
Fregel, Jüterburg	97	97	+1	+1	Havel, Spandau	93	93	—	—
Witzel, Thorn	97	97	+1	+1	Havel, Rathenow	120	120	—	—
Dber, Rastow	97	97	+1	+1	Spree, Spremberg	90	90	—	—
Krossen	119	119	+7	+7	Bestow	109	109	—	—
Frankfurt	131	131	+9	+9	Heser, Witten	187	187	—	—
Wartde, Schrimm	48	48	+8	+8	Landen	284	284	—	—
Landenberg	70	70	+19	+19	Hlein, Angermünde	316	316	—	—
Rebe, Bornham	26	26	+4	+4	Raub	165	165	—	—
Elbe, Leitmeritz	21	21	+1	+1	Rau	174	174	—	—
Dresden	140	140	+8	+8	Redar, Dellbrunn	85	85	—	—
Bavig	150	150	+10	+10	Wain, Lössen	172	172	—	—
Magdeburg	120	120	+10	+10	Wosel, Arter	86	86	—	—

+) + bedeutet Waß, — Fall, — ? Unterpegel, — ? Bei Null ist eckel. — ? Gestrand. — ? Gestreben, — ? Gestel. — ? Schwaches Grundelstreben.

Bücher-Neuheiten!

Bibliothek d. Wissens:
I. Georg Engelbert Graf: Entwicklungsgeschichte der Erde 247/14"
II. Paul Kampffmeyer: Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung
Preis jedes Bändchens gut gebd. 1 M.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 60.

Achtung!

Als äußerst günstiges Angebot empfehlen:
Vorstenland-Umblatt
dritte Länge Vollblatt, schneeweiß, 500 Blätter, pro Plaud 1,20; garantiert rein gesch. Havana, als fertige Einlage (für 50 empfehlen, pro Plaud 1,50).
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.
Pionben, beste Qualität, billige Preise, abg. 1899.
Zähne, Invaliden-
Olga Jacobson, str. 145, II.



Münchener Löwenbräu

Spezial-Ausschank Kronenstr. 12-13.



Heute Eröffnung abends 6 Uhr

Mittagstisch à 1.25 □ Speisen à la carte □ Kegelbahnen □ Vereinszimmer

Oekonom Ernst Elsner

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzfränzchen
und Bockbierfest.
C. NIBLE.

Möbelhaus

Adolf Holtzhausen
Große Auswahl in Ein- und Zweizimmer-
einrichtungen nur
164 Brunnenstraße 164.
Eigene Tischlerei. Teilzahl gefälligst.
Vorzugs der Wanne 5%, Rabatt.

Theater.

Donnerstag, 27. Februar 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Megende Holländer.
Kgl. Schauspielhaus. Ariadne auf Naxos.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Königgrätzer Straße. Brand.
Hoftheater. Gala-Vorstellung.
Herrnfeld. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Hohenzollernfahrten.
Stammersviere. Schöne Frauen.
Zeitung. Die Stützen der Gesellschaft.
Deutsches Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller O. Der Andere.
Schiller-Charlottenburg. Uriei Uscala.

Urania. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfsplatz.
Die Studentengräfin.
Rundbühnenhaus. Die Generalin.
Königgrätzer Straße. Lord Piccolo.
Kurfürstendoper. Rigoletto.
Berliner. Filmgalerie.
Montis Operetten. Der liebe Augustin.

Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Kleines. Professor Bernhardt.
Reißens. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht.
Metropol. Champagne — ins Metropol.

Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Hypolis. Die schöne Galathee.
Spezialitäten.
Reichshallen. Meyers Hofen.
Café. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der Andere.
Luisen. Die Alpenbrüder.
Herrnfeld. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. In Sachen Rahenlein.
Die Doppelstirn.
Die Tochter der Braut.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Wildente.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte. Innalbenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Güges und sein Ring.
Sonnabend, nachm. 3.10 Uhr:
Wallenstein Tod.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Brand.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.
Theater des Westens.
8 Uhr:
Die beiden Husaren.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Letzte Woche!
Ein beispielloser Erfolg!
Die gr. Spezialitäten
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Groteske
Der Herzog von Westminster

Responsible Editor: Alfred Wilsch, Neukölln. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Schwartz Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Theater am Nollendorfsplatz

Abend 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

8 Uhr: **Residenz-Theater.**
Die Frau Präsidentin.
(Madama la Présidente).
Schauspiel in 3 Akten v. Gennequin u. Heber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Hint Norden 1141.
8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Luisen-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“
Schauspiel in 4 Akten von E. Strindberg
und Ernst Hiltnerfeldt.
Freitag, abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:
Der Reisesamerab.
Abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“

ROSE-THEATER
Große Franziskaner Str. 132.
Der Widerspenstigen Zähmung.
Schauspiel in 3 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Mein Leopold.
Sonnabend nachm.: Dorndörchen.

Walhalla-Theater.
Weinbergweg 19/20, Rosenhölzer Tor.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Neue.
Die Abkommen unserer Zeitung
zahlen gegen Vorzeigung der Abonne-
mentsquittung für alle Plätze halbe
Kassenspreise.

Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Zum vorletzten Male:
Die Alpenbrüder.
Wüstenmoral.
Anf. 8 Uhr. Vorberl. 11-2 (Theaterkaffe).
Morgen Freitag:
Zum 150. und letzten Male:
Die Alpenbrüder. — Wüstenmoral.
Sonnabend, den 1. März:
Premiere der Novitäten
Die Schonzeit-Jäger.

Wald-Idyll in 2 Akten von
Anton u. Donat Herrnfeld.
Liebesprobe.
Plauderei von Ernst Klein.
!! Billets heute bereits zu haben !!
Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.

Freireligiöse Gemeinde.
Am Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
68. Stiftungs-Fest
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Vokal- und Instrumental-Konzert □ Kinderaufführungen □ Theater
Tanz
Eintrittspreis für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.
Billets sind in beschränkter Anzahl in den bekannten Musikstellen zu haben.

Freie Volksbühne
Deutsches Schauspielhaus
Ernst Hardt:
Der Kampf ums Rosenrote
Thalia-Theater
Alfons Fedor Cohn
Kulturpalast
Lessing-Theater
Sonntag, 23. März
Extravorstellung:
Die Weber.
6. April:
Glaube u. Heimat.
Deutsche Oper
in Charlottenburg
Lortzing (16. März):
Zar und Zimmermann
Herrnfeld-Theater
Nansen:
Eine glückliche Ehe.
Abendabteilungen
(8 Uhr):
Strindberg:
Die erste Warnung
Debet und Kredit
Residenz-Theater: Francillon.
Die Geschäftsstelle: G. Winkler.

Arbeiter-Jugend - Neukölln
Sonntag, den 2. März 1913, in Bartsch's Festsälen,
Hermannstraße 49:
Heiterer Abend
Konzert □ Rezitation □ Gesangsolis □ Theater
und Tanz, sämtlich ausgeführt
von der Jugend
Saalöffnung 5 Uhr. Beginn 6 Uhr.
Eintrittspreis für Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf.
Karten sind zu haben: bei Bergmann, Allerstr. 46 I;
Zirkel, Poldastr. 56, Portal 6; daselbst Portal 8, im
Jugendheim; Matthes, Hobeckstr. 49 II; Bartsch,
Restaurant, Hermannstr. 49.
Sonnabend, den 29. März 1913,
in Kilems Festsälen, Hasenheide 14:
Konzert zum Besten des
Arbeiter-Jugendheims.
Diese Veranstaltung bedarf der Unter-
stützung der ganzen Arbeiterschaft!!
Karten à 30 Pf. Garderobe
überall zu haben. 10 Pf.
Der Jugendausschuß.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute Donnerstag, den 27. Februar 1913:
Elite-Tag! Im neuen Saal: Großer Ball.
Keine Fleischnot!!
Braten eines ganzen
holländischen Mastkalbes.
Portion 80 Pf. — Anschnitt 9 Uhr.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Freireligiöse Gemeinde.
Am Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
68. Stiftungs-Fest
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Vokal- und Instrumental-Konzert □ Kinderaufführungen □ Theater
Tanz
Eintrittspreis für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.
Billets sind in beschränkter Anzahl in den bekannten Musikstellen zu haben.

Freireligiöse Gemeinde.
Am Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
68. Stiftungs-Fest
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Vokal- und Instrumental-Konzert □ Kinderaufführungen □ Theater
Tanz
Eintrittspreis für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.
Billets sind in beschränkter Anzahl in den bekannten Musikstellen zu haben.

Freireligiöse Gemeinde.
Am Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
68. Stiftungs-Fest
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Vokal- und Instrumental-Konzert □ Kinderaufführungen □ Theater
Tanz
Eintrittspreis für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.
Billets sind in beschränkter Anzahl in den bekannten Musikstellen zu haben.

Freie Volksbühne

Deutsches Schauspielhaus
Ernst Hardt:
Der Kampf ums Rosenrote
Thalia-Theater
Alfons Fedor Cohn
Kulturpalast
Lessing-Theater
Sonntag, 23. März
Extravorstellung:
Die Weber.
6. April:
Glaube u. Heimat.
Deutsche Oper
in Charlottenburg
Lortzing (16. März):
Zar und Zimmermann
Herrnfeld-Theater
Nansen:
Eine glückliche Ehe.
Abendabteilungen
(8 Uhr):
Strindberg:
Die erste Warnung
Debet und Kredit
Residenz-Theater: Francillon.
Die Geschäftsstelle: G. Winkler.

Arbeiter-Jugend - Neukölln

Sonntag, den 2. März 1913, in Bartsch's Festsälen,
Hermannstraße 49:
Heiterer Abend
Konzert □ Rezitation □ Gesangsolis □ Theater
und Tanz, sämtlich ausgeführt
von der Jugend
Saalöffnung 5 Uhr. Beginn 6 Uhr.
Eintrittspreis für Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf.
Karten sind zu haben: bei Bergmann, Allerstr. 46 I;
Zirkel, Poldastr. 56, Portal 6; daselbst Portal 8, im
Jugendheim; Matthes, Hobeckstr. 49 II; Bartsch,
Restaurant, Hermannstr. 49.
Sonnabend, den 29. März 1913,
in Kilems Festsälen, Hasenheide 14:
Konzert zum Besten des
Arbeiter-Jugendheims.
Diese Veranstaltung bedarf der Unter-
stützung der ganzen Arbeiterschaft!!
Karten à 30 Pf. Garderobe
überall zu haben. 10 Pf.
Der Jugendausschuß.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute Donnerstag, den 27. Februar 1913:
Elite-Tag! Im neuen Saal: Großer Ball.
Keine Fleischnot!!
Braten eines ganzen
holländischen Mastkalbes.
Portion 80 Pf. — Anschnitt 9 Uhr.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Freireligiöse Gemeinde.

Am Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
68. Stiftungs-Fest
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Vokal- und Instrumental-Konzert □ Kinderaufführungen □ Theater
Tanz
Eintrittspreis für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.
Billets sind in beschränkter Anzahl in den bekannten Musikstellen zu haben.

Freireligiöse Gemeinde.

Am Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
68. Stiftungs-Fest
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Vokal- und Instrumental-Konzert □ Kinderaufführungen □ Theater
Tanz
Eintrittspreis für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.
Billets sind in beschränkter Anzahl in den bekannten Musikstellen zu haben.

Freireligiöse Gemeinde.

Am Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
68. Stiftungs-Fest
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Vokal- und Instrumental-Konzert □ Kinderaufführungen □ Theater
Tanz
Eintrittspreis für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.
Billets sind in beschränkter Anzahl in den bekannten Musikstellen zu haben.

Großer Saal der kgl. Hochschule für Musik
Fasanen-Straße 1, Ecke der Hardenberg-Straße.

Donnerstag, den 6. März 1913, abends 8 Uhr:

Volkstümliches Konzert

der

TYPOGRAPHIA

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
Chormeister: Alexander Weinbaum.

MITWIRKENDE:
Paula Weinbaum, Gesang. Anton Hekking, Cello.

Eintrittskarten à 1.50, 1.00 und 0.75 M. in der Hof-
musikalienhandlung von Bots & Bock, Leipziger Straße 37 und
Tautentzen-Str. 7, bei A. Wertheim, Leipziger Platz u. Tautentzen-
Straße 7b; P. Horach, Engelauer 15; G. Schulz, Kottbuser Tor,
sowie abends an der Kasse. 18/10

Für die Sänger! Freitag, 28. Februar, und Dienstag, 4. März, abends
9 Uhr: Gesangsstunde im Klubhaus, Ohmstr. 2.
Sonntag, 2. März, vorm. 10 Uhr: Generalprobe in der kgl. Hoch-
schule für Musik, Fasanenstr. 1.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musik. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.

Zillerthaler und Tegerner Sänger
Schuhplattler und Jodler!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen, Freitag, den 28. Februar cr.:

Großes Konzert des „Berliner Liederkrans“.
Leitung: Chormeister Ernst B. Miltacher.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Donnerstag, 27. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Neu! **Mis Barbara.** Neu!
Das Wunder weiblicher Kraft.
Ohne Konkurrenz!
7 Luftvoltigeure 7
Hegelmann-Truppe.
Nur noch 2 Tage!
Der Mann mit d. eisernen Hand.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, 27. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung!
Der mysteriöse Decken-
läufer?
Madame Delta del'Oro
mit ihren dressierten Kühen!
sowie d. große Galaprogramm.
Zum Schluss:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“
in 6 glänzenden Akten.

Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum

50 wilde
Weiber Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers
Hosen.
Humoresko.
Anfang 8 Uhr.

Admiralspalast.

Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Soiree
im Luxushotel.
2. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10^h, halb. Kassenspr.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt u. A. Schütz.
64 Andreasstr. 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
der allgemein beliebten
und bekannten
Hoffmanns Sänger
mit vollständig
neuem Programm
Anfang 8 Uhr.
Nach der
Soiree: Frei-Tanz.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Admiralspalast.

Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Soiree
im Luxushotel.
2. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10^h, halb. Kassenspr.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Admiralspalast.

Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Soiree
im Luxushotel.
2. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10^h, halb. Kassenspr.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Nur den Inhalt der Zierate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Verbandstag der Maler.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tischler und Weißbinder Deutschlands...

Rachdem der Verbandsvorsitzende Tobler-Damburg die Generalversammlung eröffnet, richtete er dieselbe im Namen der Filiale Berlin begrüßt hatte...

Bericht über den Verlauf der Tarifbewegung.

Für die gegenwärtige Bewegung haben 229 Filialen Forderungen gestellt. 64000 Beschäftigte kommen für diese Bewegung in Frage. Nur wenige Filialen des Verbandes sind nicht an der Bewegung beteiligt.

Der Redner ging nun auf die Einzelheiten der Tarifverhandlungen ein. Er schilderte zunächst die Verhandlungen über das Tarifmuster. Er verglich die bisherigen Bestimmungen mit denen des neuen Entwurfs...

Hiernach besprach der Redner die in den einzelnen Gauen gepflogenen Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit. Diese Punkte sind bekanntlich durch Schiedssprüche der Unparteiischen zum Abschluß gebracht worden.

Da zu erwarten war, daß in der Diskussion auch taktische Fragen und organisatorische Angelegenheiten zur Sprache kommen würden, so wurde für diesen Teil der Verhandlungen die Deftlichkeit ausgeschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Die neue Bankensfusion.

Die bereits im Dezember v. J. angekündigte Verschmelzung der Essener Kreditanstalt (72 Mill. M. Kapital) und dem Essener Bankverein (30 Mill. M. Kapital), die beide dem Konzern der Deutschen Bank angehören...

Eine russische Gesellschaft Siemens-Schudert.

Den zurzeit in St. Petersburg stattfindenden außerordentlichen Generalversammlungen der russischen elektrotechnischen Werke Siemens u. Halske A.-G. und der russischen Gesellschaft Schudert u. Co.

Sollen Vorschläge wegen Bildung einer russischen Gesellschaft Siemens-Schudert unterbreitet werden. Entsprechend den Vorgängen in anderen Ländern soll das Starkstromgeschäft beider Häuser auch in Rußland vereinigt werden.

Wirtschaftliche Lage in Serbien.

Während des dreimonatigen Waffenstillstandes hatten sich nach einem Bericht des Kaiserlichen Konsulats die Geschäftshältnisse in Belgrad etwas erholt; der Neuausbruch des Krieges hat jedoch einen Rückschlag zur Folge gehabt.

Die wichtigste Frage ist jetzt, ob eine richtige Bestellung der Felder möglich sein wird. Durch die Störung der Ausfuhr und die nur schwache Hoffnung auf ersprießliche Ernten ist das Goldagio auf 4 1/2 Proz. gestiegen.

Auf dem Belgrader Platz sind größere Zahlungseinstellungen wohl im allgemeinen nicht zu erwarten, falls die ausländischen Gläubiger warten und nicht durch zu starken Druck auf Zahlung drängen.

Für den Herbst sind größere Vorkäufe kaum zu erwarten, da die im Herbst 1912 beschafften Winterwaren zumeist noch unverkauft auf Lager liegen.

Biehferter aus dem Auslande.

Unter der Einwirkung der ungünstigen Futterernte des Jahres 1911 hat auch das Jahr 1912 noch eine recht bedeutende Steigerung des Imports von Futtermitteln aller Art gebracht.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf um die Fachschule.

Die Fachschulfrage für weibliche Handelsgestellte wird in kaufmännischen Kreisen und in Kommunen jetzt viel diskutiert. Im allgemeinen wird erkannt, daß die Vorbildung der Mädchen für das Handelsfach völlig unzureichend ist, und daß es nötig ist, durch eine gute Fachausbildung ihre Leistungsfähigkeit zu heben.

Die Gegner der Frauennarbeit in Handel und Gewerbe, die Deutschnationalen, sind gegen die Fachausbildung der Mädchen, zum mindesten wollen sie allgemeinen Fortbildungs- und hauswirtschaftlichen Unterricht damit verknüpfen.

Die Erhöhung ist nur für die Paritätischen Löhne auszusprechen, da es bezüglich der allgemeinen Lohnerhöhung lediglich der Feststellung bedarf, daß der Arbeitgeberverband diese auch ohne tarifliche Bindung für selbstverständlich erklärt hat.

Die Debatte, die sich im übrigen vorwiegend um die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit drehte, wird am Donnerstag fortgesetzt.

Aber selbst dort, wo die Frau dem Manne unbestritten überlegen ist, herrscht im allgemeinen die Tendenz vor, sie schlechter zu entlohnen. Das zeigt, daß die Frage der Ausbildung nicht allein von entscheidender Bedeutung ist.

bei der Beschäftigung nicht allein die Höhe des Lohnes entscheidet, daß in hervorragendem Maße auch soziale Gründe, besonders die verschiedene Leistungsfähigkeit der Geschlechter mitbestimmend wirken, zeigt ein Vorgang in der Barmer Textilindustrie.

Versammlungen - Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in Reckers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, 19. Jg., „Erziehungstragen“.

Versammlungen.

Die preussische Polenpolitik - eine Kulturhandlung lautete das Thema einer Volksversammlung, die am Dienstag den Kellerischen Saal in der Kopenickerstraße bis auf den letzten Platz füllte.

Der Referent, Reichstagsabgeordneter Wendel, von der zum großen Teil aus polnischen Bewohnern des Ostens bestehenden Versammlung mit lebhaftem Applaus begrüßt, schilderte in großen Zügen die historische Entwicklung der Verhältnisse, die zu der polnischen Frage führten.

Den 1 1/2 stündigen Vortrage folgte eine ebensolange Diskussion. Die Redner schlossen sich fast alle den letzten Ausführungen des Redners an. Sie plädierten für den Anschluß der polnischen Arbeiter an die Sozialdemokratie und kennzeichneten das arbeitserklebende Verhalten der polnischen Fraktion bei verschiedenen Gelegenheiten.

Anknüpfend an diesen Hinweis sagte Genosse Wendel im Schlußwort: Auch wir werden die Kämpfer von 1813 gedenken, die ihr Blut verspritzt haben für die Freiheit des deutschen Volkes.

O, steht gerüstet, seid bereit! O, schafft, daß die Erde, Darin wir liegen harz und harz! Ganz eine freie werde!

Dafür wollen wir kämpfen, daß jegliche Unterdrückung beseitigt, daß vor allem die Vastille des Dreiklassenwahlrechts niedergebrosen wird.

Eingegangene Druckschriften.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Herausgegeben von E. Kasse. (Ergänzungsheft 9.) Leonhard Hall und die Englische Settlement-Bewegung. Von Dr. W. Picht. 5 B. 3. E. B. Mohr, Tübingen.

